DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

173 16. JAHRGANG Februar '99 8,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA: MITARBEITERINNENGESELLSCHAFT

Arbeiten – mitbestimmt und sozial

Begrüßenswert, daß in diesem Land wieder vermehrt über Arbeit gesprochen wird. Doch grundsätzlich veränderte Perspektiven werden nur wenige diskutiert. Mit einer kontinuierlichen Debatte vom Modell »New Work« über »Kritik der Arbeit« bis zum Vorschlag der »Dauerhaften Arbeit« macht CONTRASTE dabei eine löbliche Ausnahme. Mit dem Ansatz der MitarbeiterInnengesellschaft, die demokratische Mitbestimmung und soziale Kriterien verbinden will, führen wir die Debatte fort.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Die anhaltend hohe Zahl von Erwerbslosen ist in den letzten Monaten aufgrund von Betriebsschließungen und Entlassungen kaum geringer geworden. Im Zuge der globalisierten Wirtschaft argumentieren Firmenbosse und Manager mit der unverfroren gleichen Leier von steigenden Kosten wegen des scheinbar teuren Standorts Deutschland. Gleichzeitig jagen sich die wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen von Bilanzpressekonferenzen, an denen stolz die neuesten Fusionspläne und Profitsteigerungsraten von Unternehmen verkündet werden.

Soziale Regelungen und damit der Alltag einzelner ArbeitnehmerInnen haben immer weniger Bedeutung in den Verhandlungen an Konzerntischen. Oft überhastet wird dabei die Schließung einer als nicht mehr rentabel eingestuften Zweigniederlassung eingeleitet – manchmal trotz vollen Auftragsbüchern und einer gesicherten Marktposition. Für die betroffenen ArbeitnehmerInnen bleibt so nur wenig Zeit, eine eigene, betriebserhaltende Alternative zu Abfindung und Sozialplan auszuarbeiten.

Belegschaftsübernahme als Perspektive?

Als EINE mögliche Perspektive wird die komplette Übernahme des Betriebs wieder verstärkt ins Gespräch gebracht – nicht zuletzt aufgrund von gelungenen Beispielen. Bis kurzem von Gewerkschaftsseite strikt abgelehnt, hat sich deren Meinung zum Mitbesitz am Grundkapital mindestens teilweise geändert: Unser Beispiel des Softwareunternehmens *Ditec* zeigt, daß die beteiligten GewerkschafterInnen maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Gründung dieser MitarbeiterInnengesellschaft hatten.

Doch nicht immer sind die betrieblichen Rahmenbedingungen derart günstig. Zudem können die geltenden Gesetze nicht als ausgesprochen förderlich für Belegschaftsübernahmen bezeichnet werden. Wer diesbezüglich eine deutliche Kurskorrektur von der neuen Regierung erwartet hatte, muß bisher mit Absichtserklärungen Vorlieb nehmen.

Auf die Frage, in welcher Form die SPD Belegschaftsübernahmen und MitarbeiterInnengesellschaften unterstütze, erklärte ihr Genossenschaftsexperte im Bundestag, *Dr. Christoph Zöpel*, seine Partei »möchte die Beteiligung am Haben und Sagen durch Mitbesitz und Mitbestimmung als einen Grundpfeiler des sozialen Friedens wieder ins Gespräch bringen.« Er fügte hinzu, daß »eine stärkere Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen der Konzeption« seiner Partei entspreche und erhofft sich mögliche Nachbesserungen am Vermögensbildungsgesetz.

Stellvertretend für Bündnis 90/Die Grünen verwies die Bundestagsabgeordnete *Margarete Wolf* auf das grüne Konzept zur Steuerreform: »Wichtig für Belegschaftsübernahmen und Mitarbeitergesellschaften ist die steuerliche Gleichstellung aller Anlageformen im Rahmen der Einkommensteuer.« Dies könne »die Motivation von ArbeitnehmerInnen verstärken, sich z.B. im Rahmen von Investivlohnvereinbarungen an ihrem Unternehmen zu beteiligen.

Soziale Kriterien

Konkret nachgefragt hatte das netz Hessen (Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen), das MitarbeiterInnengesellschaften befürwortet und dessen inhaltliche Ansätze zu diesem Schwerpunktthema geführt haben. Was in selbstverwalteten Betrieben aus gesellschaftlichen Utopien entwickelt und durch praktische Betriebserfahrungen individuell verfeinert wurde, könnte sich in traditionell hierarchisch geführten Betrieben ebenfalls einführen lassen – so jedenfalls die Vorstellung: Durch Mitbesitz am Grundkapital den MitarbeiterInnen entsprechende Mitbestimmung ermöglichen, um die Zukunft ihres Betriebes und damit soziale Verbesserungen mitgestalten zu können.

Doch wie das praktische Beispiel *Ditec* zeigt, beschränkt sich dort die Mitentscheidung auf einen Tag Aktionär sein nach 364 Tagen normalen Arbeitnehmeralltags. Durch die Gründung der MitarbeiterInnengesellschaft konnten zwar die meisten Arbeitsplätze erhalten werden, eine direkte Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder spürbare soziale Verbesserungen sind bis jetzt allerdings noch ausgeblieben.

Müßte daher nicht gleichzeitig zur Frage von Mitbesitz und Demokratie auch über soziale Qualitätskriterien im Betrieb gesprochen werden? Wie's mit einem »Sozio-Audit« angedacht ist und wie's die Initiative »SocialWatch« vor einiger Zeit in CONTRASTE schon mal forderte und nun erneuert! Wieso also beispielsweise nicht die Qualität eines Betriebs nach der Zufriedenheit seiner MitarbeiterInnen beurteilen, statt auf das Aktienbarometer zu starren.

Ergänzt wird dieser Schwerpunkt durch einen Beitrag aus der Frankfurter Lehrerkooperative, in der von einigen MitarbeiterInnen nach der Einführung eines Betriebsrats der Verlust von Mitbestimmungsmöglichkeiten beklagt wird. Als »Umwandlung der Selbstverwaltung« bezeichnet unser Autor diesen laufenden Prozeß, dessen Ende offen und deshalb spannend bleibt.

Sowohl für die Lehrerkooperative als auch für *Ditec* kann im Sinne einer Parallele festgestellt werden, daß Modelle für Strukturen zur Mitbestimmung und Mitentscheidung in größeren Betrieben kaum und konkrete Beispiele nur wenige zur Verfügung stehen. Gerade darum soll die öffentliche Diskussion sowohl von Ansprüchen als auch von praktischen Erfahrungen weitergeführt werden.●

Seite 7 bis 9

AUS DEM INHALT:

VERSPÄTUNGEN

Gründe für das verspätete Erscheinen dieser und der Januar-Ausgabe gab es viele. Die angespannte Finanzlage, unser Redaktionsplenum Anfang Februar in Berlin, die Produktion der Bunten Seiten 1999 (hierzu mehr auf Seite 2), der Abriß unseres selbstverwalteten Autonomen Zentrums in Heidelberg (Bericht hierzu in der nächsten Ausgabe) u.v.m. Trotz der Verspätung haben wir uns bemüht, aktuell zu sein und hoffen darauf, bald wieder unseren Erscheinungs-Rythmus zum Monatsanfang einhalten zu können.

BESUCH IN ENGLAND

Das mittlerweile schon traditionelle Treffen regionaler Vernetzungsprojekte von selbstverwalteten Betrieben, Wohngruppen und Initiativen fand im Herbst 1998 in England statt. Eingeladen hatte »Radical Routes«, ein seit 10 Jahren bestehender Zusammenschluß. Elisabeth Voß berichtet in dieser Ausgabe über das Community Cafe »Take a Break«. »Radical Routes« wird in unserer nächsten Ausgabe vorgestellt. Ein Besuch in Milton Keynes auf Seite 5.

REPARATURGESELLSCHAFT

Die Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten ist ein wichtiger Beitrag dazu, unsere Müllberge etwas zu verkleinern und die Materialintensität unserer Wirtschafts-und Lebensweise zu verringern. Mitte November fand in Österreich eine »Soziale Erfindungswerkstatt« statt. Hans Holzinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Salzburger »Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen« berichtet auf Seite 6.

ZUKUNFT DER ARBEIT

Unter dem Titel »Alternativen zur Armensuppe« fand im Schweizer Ferien- und Bildungszentrum Salencina die 2. Tagung zur Zukunft der Arbeit statt. Ein Tagungsbericht von Henning Meumann auf Seite 10.

LA BANCA DEL TEMPO

Italien hat eine lange Tradition im Bereich der Sozialprojekte. So engagierten sich z.B. Gewerkschaften schon seit den siebziger Jahren im Bereich der gegenseitigen Hilfe. Die italienische Zeitbank entstand unabhängig zu Beginn der neunziger Jahre und der Aufbau erfolgte durch ehrenamtliche Kräfte. Der erste Teil zu den italienischen Zeitbanken auf Seite 11.

DER »DRITTE SEKTOR«

1998 führte das Bremer »Institut für Lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen« eine Befragung der gemeinnützigen Organisationen des deutschen »Dritten Sektors« durch. Die ersten empirischen Forschungsergebnisse liegen nunmehr in einem Zwischenbericht vor. Seite 12

D 8008

KÖLN 99: ENDE DER BESCHEIDENHEIT

Gipfel stürmen

Gleich zu mehreren Treffen werden sich im kommenden Juni in Köln die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsmächte versammeln. Am 3./4. Juni soll zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentenschaft der EU-Gipfel und vom 18. bis 20. Juni der Weltwirtschaftsgipfel stattfinden, zu dem in erster Linie die G-8-Staaten (die sieben reichsten Länder und Rußland), aber zusätzlich auch Repräsentanten von etwa 25 Staaten aus der »zweiten Reihe« anreisen. Zwischen den Gipfeln finden die Wahlen zum Europaparlament statt.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Mehrere 10.000 Menschen erwarten die OrganisatorInnen der Anti-EU/G8-Aktivitäten für die Zeit vom 29. Mai bis 20. Juni in Köln. An diesen Tagen werden Demonstrationen, Kongresse und Aktionen gegen die Politik der EU-Regierungschefs und die der führenden Wirtschaftsmächte der Welt stattfinden. Hier ein kleiner Überblick zu den geplanten Aktivitäten:

Bereits im Sommer 1998 konstituierten sich zwei Plena um Gegenaktivitäten zu koordinieren und Gegenkonzepte zu diskutieren. Seit Anfang Februar gibt es die erste vierseitige Ausgabe der Bündniszeitung »Ende der Bescheidenheit – Gipfel stürmen« mit aktuellen Infos zu den geplanten Aktivitäten. Diese kann kostenlos, bzw. gegen Spende über das Büro des »Bündnisses Köln 99«, Körnerstr. 69, D-50823 Köln, Tel. (02 21) 952 00 08, Fax 952 00 77, E-Mail: koeln99 @ gmx.net bestellt werden (auch zur Weiterbreitung in größeren Stückzahlen).

Informationen gibt es auch im Internet: http://eu-g7.de und http://www.weedbonn.de/aktiong7.htm, Termine befinden sich unter http://friedenskooperative.de/g799term.htm.

Zwei Plenen zur Vorbereitung

● Das *Antoniterkirchplenum* setzt sich u.a. zusammen aus Nichtregierungsorganisationen, Euromarsch, Parteien, Kirchen und nahestehende Gruppen sowie diversen linken Vereinigungen. Adresse siehe oben.

● Das *Linksradikale Plenum* sammelt Gruppen aus dem linksradikalen und vor allem studentischen Spektrum. Adresse: AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, D-50937 Köln, Tel. (02 21) 470 29 93, Fax 470 50 71, E-Mail: asta@uni-koeln.de

Demos gegen den EU-Gipfel

Nach der offiziellen Vorverlegung des EU-Gipfels auf den 3./4.6. soll die Demo nun am 29.5. stattfinden. Zu diesem Termin mobilisieren außerdem die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Für die Zeit von Mitte bis Ende Mai finden auch die »Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Rassismus und Ausgrenzung« mit dem Zielort Köln statt.
Am 3.6. ist voraussichtlich noch eine 2. Demo des Linksradikalen Bündnisses.

EU-Alternativgipfel

Der Gegenkongreß findet vom 30.5.-2.6.99 statt. Themenschwerpunkte: Arbeit, Migration, Demokratie, sowie Frauen, Umwelt usw. (Bündnis Köln 99) und 7 Foren zu Repression, Antifa, Ökonomie, Patriarchat, Ökologie/Technologie (Linksradikales Plenum). Zur Vorbereitung finden weitere Arbeitstreffen statt (Termine über o.a. Adressen).

G8-Alternativgipfel

Der Alternativgipfel soll am 17./18.6. stattfinden. Geplant sind für den 17.6. bisher drei Arbeitsgruppen: Migration, Zukunft der Arbeit, Weltwirtschaft/internationale Finanzsysteme. Für den 18.6. ist eine Zusammenfassung der Blöcke vom ersten Tag geplant. Angeregt wurde, daß Themen wie Krieg und Rüstung aufgenommen werden. In der bisherigen Planung sollen diese, genauso wie Ökologie und Feminismus, Querschnittsthemen sein. Weitere Arbeitstreffen (s. o.a. Adressen).

Fortsetzung auf Seite 3

CONTRASTE MIT VOLLER KRAFT INS NEUE JAHRTAUSEND

Finanzlöcher stopfen – neue Ziele anpeilen

Vor dem allseits verklärten Rutsch ins neue Jahrtausend, noch im August dieses Jahres, hat CONTRASTE Geburtstag und wird 15. Das Redaktionsplenum in Berlin beschloß allerlei, um die Entwicklung der heranwachsenden Zeitung zum Erwachsenendasein im Jahre 2000undx zu ebnen...

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Es soll ein Riesenereignis werden, was vom 27. bis 29. August in der Krebsmühle (Oberursel bei Frankfurt) ansteht. Ein historischer Ort, wo auf der letzten großen Projektemesse vor 15 Jahren CONTRASTE das Licht der Welt erblickte. Gefeiert wird zusammen mit den JubilarInnen des Verbands der selbstverwalteten Betriebe aus Hessen (20 Jahre), der ASH Krebsmühle (21 Jahre) selbst und eventuell auch mit dem Energiespartrendsetter Wagner & Co (20 Jahre) – alle selber in Geburtstagsehren.

Vor der großen Feier tagte unlängst als Festkomitee das Redaktionsplenum und machte Kassensturz. Ein strukturell angelegtes Defizit von ca. DM 10.000,– pro Jahr war längst wieder auf fast 50.000,– DM aufgelaufen und wenn eigentlich anstehende Technikinvestitionen dazugezählt werden, fehlen derzeit sogar noch DM 5.000,– mehr.

Nun hatte sich seit November ja schon einiges getan. Neue Vereinsmitglieder des Förderkreises verringern das dauerhaft angelegte Loch in der Kasse inzwischen auf DM 7.000,–. Weitere Einzelspenden über insgesamt DM 1.000,– kamen sogar aus der Schweiz und Holland. Trotzdem, das Redaktionsplenum sah sich mit der dringenden Erfordernis konfrontiert, das akute Loch zu stopfen und nachhaltige Besserung anzuleiern.

Leih- und Schenkungsgemeinschaft CONTRASTE

Erste Erfolge der Kampagne zur Mitgliedschaft im CONTRASTE-Verein, die seit vergangenen November verstärkt wurde, machen zwar durchaus Mut. Weitere Initiativen sollen und müssen jedoch hinzu kommen:

● die Zeitung sollte als **Werbeträger** ernster genommen werden. Wenn unsere LeserInnen ihnen bekannte Projekte und Betriebe klarmachen, daß CONTRASTE einen überaus interessierten und engagierten Kreis von ca. 10.000 Menschen (Reichweite) mit Informationen zu alternativ-ökonomischen Themen versorgt, sollte ein Anzeigenaufkommen von durchschnittlich ca. DM 730,– mehr pro Ausgabe durchaus realistisch erscheinen. Diese Summe würde ausreichen, um das noch bestehende Jahresdefizit abzudecken. Jede Mark über diese Zielmarke hinaus könnte als künftiges Jahresplus in weitere inhaltliche Verbesserung gesteckt werden.

● die Tilgung bereits bestehender Schulden und Finanzierung technischer Neuerungen kann durch eine **Leih- und Schenkungsgemeinschaft** in Angriff genommen werden. CONTRASTE hat eine Vereinbarung mit der Gemeinschaftsbank (GLS) vorbereitet, nach der 4-jährige Schenkungserklärungen über kleinere Monatsbeträge zu einer sehr geringen Verzinsung (4,5 %) vorausfinanziert, also geliehen werden können. Obwohl im Redaktionskreis einzelne bereits im laufe der Jahre über DM 20.000,– in die Zeitung gesteckt hatten, konnte auf dem Redaktionsplenum ein erster dieser Schenkungskreise gebildet werden, der ca. DM 15.000,– abdecken wird.

Weitere dieser Schenkungsgemeinschaften sollen aus dem Spektrum interessierter Projekte, Betriebe und Netzwerke akquiriert werden. Wer dafür infrage kommt, kann bei CONTRASTE in Heidelberg hierfür vorbereitete **Unterlagen anfordern**. Da unser Verein mittlerweile als gemeinnützig anerkannt ist, kann am Ende der vereinbarten Schenkungsperiode eine Spendenquittung mit entsprechender Steuerwirksamkeit ausgestellt werden.

Wir haben noch lange nicht fertig

Am allerwichtigsten ist es uns aber, unseren Personenkreis weiter zu öffnen: neue Leute sind herzlich eingeladen, mitzumachen. Wir sind alles andere als ein »closed shop« und (da wir uns schließlich mit C schreiben) auch keine K-Gruppe. Wer Interesse an unseren Inhalten und Lust am Zeitungsmachen hat, der sollte uns einfach mal kennenlernen.

Gelegenheit dafür gibt es genug. Bereits unser nächstes Redaktionsplenum im Juni in Hamburg wird anläßlich der Eröffnung eines Umsonstladens unserer dortigen Redaktion auch eine Podiumsveranstaltung zu unserem derzeitigen Hauptthema »Neue Arbeit« durchführen. Und im kommenden Winter laden wir zu einer LeserInnenreise ein, auf der unsere Zeitung einmal wieder im sonnigen Süden produziert werden soll. Bereits im Winter 88/89 haben wir bereits einmal sehr positive Erfahrungen mit einer solchen Aktion gemacht.

Auch der CONTRASTE-Geburtstag Ende August in der Krebsmühle soll sich nicht in einem reinen »Festakt« erschöpfen. Geplant ist ein »internationaler Frühschoppen« mit verschiedenen JournalistInnen aus verschiedenen Ländern zur Frage der »neuen sozialen Bewegungen« im neuen Jahrtausend.

Näheres dazu demnächst in dieser Zeitung...●

AB 15. MÄRZ 1999:

Es ist geschafft! Die Druckmaschinen der Siegener Winddruck Kollektiv OHG konnten endlich anlaufen. Wir hatten mal wieder den Umfang der anfallenden Arbeiten völlig unterschätzt und haben den Druckbeginn Monat für Monat verschieben müssen. In diesem Zusammenhang herzlichen Dank für die Geduld an die fast 200 VorbestellerInnen.

In der Neuauflage findet Ihr diesmal neben unseren Serviceseiten zu den Themen Anders Reisen, Ethische Geldanlagen und Frauenbildung ca. 12.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen und Betriebe. Im internationalen Bereich sind zusätzlich besonders viele französische Projekte eingearbeitet worden.

Auch der eingearbeitete »Reader der Alternativ-Medien« mit den Rubriken Zeitschriften, Verlage, Freie Radios, Film- & Videogruppen wurde aktualisiert und erweitert. In diesem finden sich im Bereich Zeitschriften und Verlage auch viele Hinweise zu Themenschwerpunkten, Erscheinungsweise und Abobedingungen. Neu hinzugekommen sind außerdem ca. 250 französische Zeitschriftentitel mit ebensolchen Hinweisen in der Landessprache.

Interessant wird der »Reader der AlternativMedien« für InternetnutzerInnen: Auf unserer Website zu den deutschsprachigen Medien befinden sich mittlerweile ca. 90 Links, die ein bequemes Surfen durch den Mediendschungel ermöglichen.●

CONTRASTE (Hg.): BUNTEN SEITEN 1999 – Alternative Projekte, Initiativen & Betriebe. Mit »Reader der AlternativMedien«. Zeitsprung Verlag, 292 Seiten, ISBN 3-924085-05-6, 30 DM und 4 DM Versandkosten. Vorbestellungen für die druckfrische Ausgabe an die Redaktionsanschrift.

VOM ABO ZUR VEREINSMITGLIEDSCHAFT IM CONTRASTE E.V.

Werdet Mitglied im CONTRASTE e.V. !

Bereits zweiundzwanzig Abonnements konnten seit unserem Aufruf in der November-Ausgabe in Fördermitgliedschaften umgewandelt werden. Zusätzlich sind weitere sechs Personen spontan dem Förderverein beigetreten und kleinere und größere Spenden erreichten CONTRASTE. Damit haben wir ca. 40% der Summe, die zum Erreichen unseres Zieles, die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu füllen, erreicht (aktuelle Statistik siehe unten). Jedoch, bis zum vorgebenen Ziel benötigen wir noch 60% Mehreinnahmen, damit nach den Sanierungsmaßnahmen nicht wieder neue Finanzlöcher auftreten. Unser Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 614 12, Kto-Nr. 64076. Auf Wunsch schicken wir gerne eine Spendenbescheinigung.

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Eine Analyse unserer Abodaten der letzten drei Jahre ergibt, daß trotz erfreulicher Neuzugänge dennoch nur die Abostatistik bereinigt wird. Offensichtlich müssen wir uns darauf einrichten in der »alternativen Marktnische« zu überleben. Die Kostenstruktur der CONTRASTE macht das Überleben aber schwierig – trotz ehrenamtlicher Struktur. Die Kosten für die Herstellung, Layout, Druck und Vertrieb, Büro, Telefon, Porto etc. für die Zeitung übersteigen die jährlichen Einnahmen um ca. 10.000 DM. Seit dem Erscheinen der BUNTEN SEITEN in Buchform haben wir diese Deckungslücke verkleinern können, jedoch bedeutet das für uns noch einmal zusätzlichen Arbeitsaufwand – natürlich unter Lohnverzicht.

Aus den vergangenen Jahren schleppen wir noch 40.000 DM an Schulden mit uns herum, die wir hoffen durch Eure Spenden und eine Schenkungs- und Leihgemeinschaft tilgen zu können (siehe auch den obigen Beitrag).

Betriebswirtschaftlich gesehen, könnte uns nur eine Preiserhöhung des Jahresabonnements auf 120 DM vor der drohenden Pleite retten. Oder ein sprunghafter Anstieg unserer Abozahl um mindestens 300 Exemplare. Ersteres können wir wahrscheinlich nicht ohne Verluste durchführen. Einen Abosprung in dieser Höhe können wir uns nur wünschen – unsere Erfahrung läßt diese Erwartung garnicht erst aufkommen.

So bleibt uns nur ein Weg – der Aufruf an unsere AbonnentInnen freiwillig mehr zu bezahlen durch einen Beitritt in den CONTRASTE e.V., den Herausgeber der Zeitung. Mitglieder bekommen CONTRASTE im Rahmen ihrer Mitgiedschaft kostenlos zugeschickt. Betriebe und Institutionen, die dem Verein beitreten, erhalten auf Wunsch auch mehrere Exemplare.

Um unser Ziel zu erreichen, steht weitere Arbeit an, wenn wir alle AbonnentInnen mit der Bitte um Eintritt in den Verein anschreiben müssen – auch die Deutsche Post AG würde sich über unsere Briefaktion freuen. Darum die Bitte an Euch: füllt den untenstehenden Coupon aus und schickt oder faxt uns diesen zu. Diese Bitte geht auch an diejenigen, die sich einen Beitritt nicht leisten können – ein Kästchen zum ankreuzen ist vorgesehen. Ihr könnt uns auch kurz telefonisch (möglichst unter Angabe Eurer Abonummer auf dem Adressenaufkleber) benachrichtigen (Tel. 0 62 21 – 16 24 67). Durch Eure Mithilfe können wir zusätzliche Arbeit und Kosten sparen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KLEINE STATISTIK:

Wir sind unserem Ziel, CONTRASTE aus dem Dilemma, jährlich ein Finanzloch von 10.000 DM zu stopfen, ein Stück näher gekommen. Weitere sechs AbonnentInnen haben sich dazu entschlossen, ihre Abos zu kündigen und dem CONTRASTE e.V. beizutreten. Wir bedanken uns für die Unterstützung bei folgenden neuen Vereinsmitgliedern:

● Axel Bretzke, Taunusstein
● Detlef Bansamir, Berlin
● Claudia Hübler-Schmidt, Sinsheim
● Astrid Böhm, Hamburg
● Andreas Traupe, Karlsruhe
● Burkhard Luner, Düsseldorf

Zusätzlich konnten wir gleich fünf neue Fördermitglieder gewinnen:

● Cornelia und Charles Wockenfuß, Trier
● Horst Ribbeck, Wuppertal
● Wolfgang Jakob, Roßdorf
● Thomas Mitsch, Hockenheim
● Thomas Faßbender, Bonn

Spenden bekamen wir von:

● Büro Gegenwind, Zug (Schweiz, 500 DM)
● Angnes Lewe, Nijmegen (Niederlande, 500 DM)
● Heinz Weinhausen, Köln (100 DM)
● Bernd Hüttner, Bremen (40 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 880 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 2.860 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Das ergibt Mindereinnahmen von 480 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 2.380 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch **6.124 DM**. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Ende der Bescheidenheit: Gipfel stürmen

Demo gegen den G8-Gipfel

Die Demonstration findet am 19.6. statt. Für die Kundgebung wurden folgende RednerInnen vorgeschlagen: VertreterIn MRTA, ZapatistInnen, Wole Soyinka, Madjiguène Cissé (Sans Papiers, Frankreich), Pierre Bourdieu, Jutta Ditfurth; zusätzlich soll der Fall von Mumia Abu-Jamal öffentlich gemacht und sein Anwalt Len Weinglass eingeladen werden (Grußwort von Mumia auf Demo).

Vor der Demo am 19.6. werden außerdem mehrere zehntausend AktivistInnen aus dem kirchlichen Spektrum von der Kampagne »Erlaßjahr 2000« erwartet, die eine Menschenkette für die Entschuldung der armen Länder anstreben.

Weitere Aktivitäten

Zwischen den offiziellen Gipfeln wird es eine Reihe alternativer Gegenveranstaltungen von Gruppen aus den verschiedensten Themenbereichen und eine Vielzahl von Aktionen und Kulturveranstaltungen geben.

Eine bislang noch recht kleine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Basisbewegungen hat begonnen, ein Widerstandscamp im Herzen Kölns zu organisieren, welches mindestens vom 3. bis 21. Juni bestehen soll. Eine Unterstützung und Mitorganisation des Camps wurde durch das europäische Ya Basta-Netz der Zapatistas beschlossen. Auf einem Stück Land soll eine befreite Zone nach dem zapatistischen Vorbild der Aguascalientes entstehen. Mit Zelten und Bauwagen soll die nötige Infrastruktur hergestellt werden, damit sich Leute aus der ganzen Welt an Aktionen, Demonstrationen, Gegengipfeln und Kulturveranstaltungen beteiligen können. Tatkräftige Unterstützung, Erfahrung von anderen Camps und Ausrüstung werden noch dringend benötigt. Nähere Informationen zum Camp: W.I.R. im Exzess, Leipziger Str. 91, D-60487 Frankfurt, Fax (0 69) 77 46 70, E-Mail: wir_frankfurt@wbox.de

Vom 19. bis 21.3. veranstaltet *felS* einen Kongreß zur Zukunft der Arbeit und Existenzgeld in Berlin (siehe CONTRASTE Nr. 172) und vom 1. bis 5. April findet in Berlin die internationale Konferenz »Befriedung oder Befreiung! Perspektiven internationaler Solidarität« zu den politischen Gefangenen weltweit statt (Infos: Libertad!, c/o 3.Welt-Haus, Westerbachstr. 47H, D-60489 Frankfurt, Fax (0 69) 97 84 34 45, Internet: http://www.Libertad.de. Bei beiden Veranstaltungen wird am Rande auch Köln 99 vorbereitet.

InterContinental Caravan

Etwa vom 24.5. bis 23.6. wird eine Aktionskarawane der indischen Basisbewegung KRRS aus dem südindischen Bundesstaat Karnataka mit 500 indischen Kleinbäuerinnen und -bauern durch das reiche Europa ziehen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Multinationale Handelsunternehmen und die Liberalisierungsmaßnahmen der Welthandelsorganisation (WTO) stellen eine große Gefahr für Einkommen, Lebensweise und natürliche Umwelt der Bauern und Bäuerinnen dar.

Sie planen Aktionen gegen Unternehmen und Institute, die den freien Handel fördern. Die bäuerliche Organisation ist bekannt für ihre radikalen Aktionen gegen multinationale Unternehmen. Erst kürzlich wurden zahlreiche Felder mit genmanipulierter Baumwolle des Saatgutmultis *Monsanto* angezündet.

Die weltweite Bäuerinnen und Bauernorganisation *Via Campesina* sowie *Peoples' Global Action* unterstützen die Idee. Mit 20 Bussen wird die Karawane acht Länder besuchen. Mit dabei sein werden auch AktivistInnen aus anderen Kontinenten. Kontakt: ICC 99, c/o Eurodusnie, Postbus 2228, NL-2308 CE Leiden, E-Mail: icc99@gmx.net. Informationen hierzu im Internet: http://www.agp.org und http://stad.dsl.nl/~caravan.

»Geld oder Leben?«

Unter diesem Motto ist ab Mitte Mai wieder eine »Karawane gegen den neoliberalen Wahnsinn« geplant, ähnlich zu derjenigen zur WTO-Konferenz 1998 in Genf. Teile der Karawane aus Bauwägen und Fahrrädern werden zu Pfingsten in Berlin und Dresden starten (mit eventueller Verstärkung aus Polen und Tschechien) und dann gemeinsam über Hannover nach Köln ziehen. Ein anderer Teil startet in Basel und fährt über Frankfurt/Main. Die letzte Tagesstrecke nach Köln wollen alle gemeinsam fahren. Auf dem Weg wird es zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen geben. Um Unterstützung wird gebeten: Wiwawendland, Jobst Quis, Molden 3a, D-29465 Schnega, E-Mail: wiwawend@mail.nadir.org

Und schließlich wird es am 18. Juni parallel Aktionen gegen Konzerne in aller Welt geben: Straßenparties in Sydney, Bogota und Prag, Happenings in den USA, Demos in Indien und Brasilien u.a. Den »June 18« koordinieren »Reclaim the Streets« in London, E-Mail: rts@gn.apc.org und PGA Genf, E-Mail: pga@agp.org. Genaueres im Netz: http://www.apc.org/June18.●

Tips & Termine

27./28.2.99 Bundesweites Linksradikales Anti-EU-/WWG-Bündnis, Köln
1.3.99 – 7. Bundesweites Treffen im Gemeindesaal der Antoniterkirche, Köln (16-20 Uhr)
13.3.99 CADTM: Konferenz »Geld oder Leben: Streicht die Schulden!«, Freie Universität Brüssel
19.-21.3.99 felS: Kongress zur Zukunft der Arbeit und Existenzgeld, Berlin
1.-5.4.99 Libertad!: Konferenz »Befriedung oder Befreiung«, Berlin
Mitte Mai: Start der EuroMärsche nach Köln
15.-30.5.99 Aufruf für ein internationales Abkommen zum Verbot aller Atomwaffen bis 2000: Friedensmarsch 2000 für nukleare Abrüstung, von Den Haag (NL) nach Brüssel (B).
23.5.-3./4.6.99 WiWa Wendland Fahrradkarawane »Geld oder Leben« (Start: Berlin und Genf)
24.5.-22.6.99 Peoples' Global Action: Interkontinentale Karawane (ICC)
29.5.99 voraussichtlich Demo des Bündnisses Köln 99 gegen EU-Gipfel, Köln
3.6.99 voraussichtlich Demo des Bundesweiten Linksradikalen Anti-EU-/WWG-Bündnisses gegen EU-Gipfel, Köln
3.-20.6.99 Widerstandscamp zwischen den beiden Gipfeln, Köln
3.-6.6.99 Gegengipfel zum EU-Gipfel, Köln
17.-18.6.99 G7-Gegengipfel, Köln
19.6.99 Demo gegen G7-Gipfel, Köln
19.6.99 Menschenkette der Erlaßjahrkampagne »Jubilee 2000«, Köln
20.6.99 Weltmusikfestival, Köln
24.-26.6.99 ATTAC: internationale Konferenz zur Vernetzung von Widerstand, Paris

MATERIALIEN:

ILA Dezember 1998
Schwerpunkt »Gipfelwirtschaft«. Diskussionen und Hintergrund zu Neoliberalismus, MAI, Verschuldung, neue Festungen und Grenzen.
8 DM, Ila, Heerstr. 205, D-53111 Bonn

WEED-Schuldenreport
Eine kritische Analyse der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer sowie der Rolle der Bundesregierung als Gläubiger. Der Report verdeutlicht die strukturellen Ursachen von Schuldenkrisen und zeigt Alternativen zu deren Lösung auf.
76 Seiten, 35 Grafiken und Tabellen, 15 DM, WEED, Bertha von Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn

Ende der Bescheidenheit – Gipfel stürmen
Vierseitige Aktionszeitung im Berliner Format von »Bündnis Köln 99«, Nr. 1, Februar 1999, kostenlos bzw. gegen Spende. Bis einschließlich Juni sind weitere Ausgaben mit den aktuellen Infos geplant. Die Zeitung kann auch zur Weiterverbreitung bestellt werden.
Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, D-50823 Köln, Tel. (02 21) 952 00 08, Fax 952 00 77,
E-Mail: koeln99@eu-g7.de

Ö-Punkte 1/99
Juni 1999: Zunächst die EU-Chefs, dann die Staatschefs der führenden Industrienationen – Köln wird zum Zentrum der politischen Entscheidungen. Während die Menschen immer weniger beteiligt und unerwünschte Personen gerade zu den Gipfelzeiten aus Köln beseitigt werden, wollen die Mächtigen weitere Entscheidungen zur Vorherrschaft von Konzernen und deren Zusammenschlüssen treffen. Die Umweltzeitung »Ö-Punkte« hat dazu ein Schwerpunktheft herausgegeben: Auf 16 Seiten erfahren die LeserInnen Fakten und Hintergründe zu den anstehenden Entscheidungen, den Weltwirtschaftsorganisationen und -regelungen, aber auch über den Widerstand von Chiapas bis Indien, von internationalen Bündnissen und deutschen Aktionsgruppen, Märschen und konkreten Aktionen rund um die Kölner Gipfel.

Doch der Schwerpunkt ist nicht alles, was die »Ö-Punkte zu bieten haben. In bewährter Weise haben die inzwischen 18 autonomen Redaktionen zu fast allen wichtigen Bereichen des Umweltschutzes Berichte, Termine, Vorstellungen neuer Materialien, Aktionen und Kampagnen zusammengetragen. So ist ein Überblick über das entstanden, was zur Zeit in Umweltgruppen, Verbänden und nahestehenden politischen Initiativen läuft, der einmalig ist im deutschsprachigen Raum.

Die »Ö-Punkte« werden über bestehende Rundbriefe und Fachmagazine an zur Zeit 12.000 Kontaktadressen vor Ort verschickt – Tendenz steigend! Das aktuelle Heft kann ebenso wie die bereits erschienenen bei der Redaktion (Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen) bestellt weren (ein Heft: 5,50 DM in Briefmarken, jedes weitere: 2 DM).
(Presseinfo der Ö-Punkte-Redaktion)

Globalisierung: Herrschende Entwicklungen, Institutionen und Diskurse. Konsequenzen für eine internationale Praxis, Hrsg. BUKO – Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft. Erscheint im April 1999, ca. 5 Mark, ca. 70 Seiten. BUKO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg

CONTRASTE Nr. 175:
Aktuelles zu den geplanten Aktionen gegen die Gipfel in Köln
Auf zwei Seiten stellt das »Bündnis Köln 99« für CONTRASTE-LeserInnen alle wichtigen Informationen zu den Aktivitäten in Köln zusammen. Erscheint im April 1999.

2. BUNDESWEITES ANTI-EXPO-TREFFEN VOM 12. bis 14.3.1999

EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus !

Tipp-Ex, Hannover ● Vom 11. bis 13. Dezember letzten Jahres fand in Wunstorf bei Hannover das erste bundesweite Anti-EXPO-Treffen statt, an dem erfreulicherweise ca. 60 Menschen aus verschiedensten Regionen der BRD teilnahmen. Dieses Treffen zeigte eine große Übereinstimmung darüber, daß die Weltausstellung aufgrund ihres allumfassenden Anspruchs die Möglichkeit bietet, gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen verschiedener Teilbereiche zu sein. Allerdings verlief es relativ unstrukturiert, und einige unserer Erwartungen wurden nicht erfüllt, trotzdem waren wir, die VeranstalterInnen vom Tipp-Ex Hannover, nicht unzufrieden. Wie die inhaltliche Klammer aussieht, die sich an der Ideologie der EXPO festmacht, wurde nur sehr oberflächlich angerissen. Wir kamen zu der Ansicht, daß es sinnvoll ist, die EXPO in den verschiedenen Städten und Regionen zu thematisieren, den übergreifenden, herrschaftsstabilisierenden Charakter herauszustellen und vor Ort gegen die Weltausstellung zu arbeiten bzw. bereits laufende politische Arbeit auf dieses Ereignis und dessen Inhalte zu beziehen. Weiteres Ergebnis des Treffens war die Einrichtung einer Verteilerstruktur, die gewährleisten soll, daß alle interessierten Gruppen, wesentliche Informationen erhalten und die auch zu überregionalen Diskussionen genutzt werden kann.

Auf dem Treffen im März in Hannover möchten wir gerne die Inhalte des Tipp-Ex-Papieres, das wir letztes Jahr veröffentlicht haben (Titel: »EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus« – siehe CONTRASTE Nr. 170), vertiefen. Der Text ist nach wie vor aktuell und bei uns unter der unten angegebenen Adresse erhältlich. Folgende Fragen könnten entsprechend diskutiert werden:

● Was sind die wesentlichen Aussagen der EXPO und was macht die inhaltliche Klammer aus, die die verschiedenen Ansätze von Widerstand umfaßt?
● Wie sehen die veränderten Verwertungsbedingungen aus und welches sind die herrschaftsstabilisierenden Strategien (wo/wie findet Integration, wo Repression statt?), die uns über die Weltausstellung verkauft werden sollen?
● Wo ergeben sich anhand der EXPO Ansatzpunkte für Widerstand gegen die immer aggressiver durchgesetzten Verwertungsbedingungen?
● Welche konkrete (dezentrale) Praxis ließe sich entwikkeln?
● Wie könnten Organisierungsformen oder könnte eine Zusammenarbeit aussehen, die politische Perspektiven über das Ereignis EXPO hinaus schaffen?
● Wie stellen wir (weltweit) Bezüge zu anderen progressiven Widerstandsbewegungen/-formen her?

Das Treffen richtet sich auch an Gruppen und Menschen, die sich noch nicht näher mit der EXPO auseinandergesetzt haben. Wenn Ihr also an dem Treffen teilnehmen wollt, meldet Euch bei uns bis Fr., 26. Februar unter folgender Adresse:
Tipp-Ex, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, D-30167 Hannover, Tel.: (05 11) 762 50 61, Fax: 71 74 41
Ihr erhaltet dann von uns eine Textsammlung und weitere Informationen zum Treffen, wie z.B. Lageplan und vorläufigen Ablauf. Ihr könnt bei der Anmeldung gerne Eure eigenen Erwartungen an das Treffen und Fragen, die Ihr diskutieren wollt, formulieren.●

ÖSTERREICH: KONZEPT IN DIE PRAXIS UMGESETZT

ESO-Infodienst auf Touren

Als Peter Scheibengraf vom steirischen Landesjugendreferat und von der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus 1996 die beiden Historiker Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka einlud, doch einmal in der Steiermark Aktionen zu setzen, die ausgewogen über sogenannte Sekten und Esoterik aufklären, war der Beginn großangelegter Aktivitäten gegeben. Scheibengraf, der als nimmermüder Aktivist für die Anliegen Jugendlicher und für soziale Gerechtigkeit in der Steiermark bekannt ist, bot als erster den beiden Historikern die Möglichkeit, Teile ihres Konzepts eines ESO-Informationsdienstes, das Gugenberger und Schweidlenka zu Beginn des Jahres 1996 erarbeiteten, in die Praxis umzusetzen.

Von Gustav Knut ● Der ESO-Informationsdienst soll auf demokratischer Basis den Themenbereich Esoterik/Sekten/Okkultismus durch wissenschaftliche Forschung und Aufklärungsarbeit aufbereiten. Er soll das Gefahrenpotential dieses Komplexes entschärfen helfen und mittelfristig in der Bevölkerung eine Kritikfähigkeit gegenüber sogenannten Sekten und esoterischen Angeboten initiieren. Der ESO-Informationsdienst versteht sich dabei nicht als Kampfinstitution gegen sogenannte Sekten und Psychogruppen, auch nicht gegen esoterische Weltbilder, sondern als ein verständnisvolles Sprachrohr wissenschaftlich fundierter Aufklärung. Sein wichtigstes Ziel ist die Förderung der Information und der Kritikfähigkeit bei Jugendlichen im präventiven Sinn.

Dabei wird besonderer Wert auf das Aufzeigen des Problems der Ausbeutung und Entmündigung des Menschen durch totalitäre religiöse Gruppierungen gelegt. Etliche der als Sekten bezeichneten Organisationen produzieren durch ihre autoritären und totalitären Systeme geistige Einstellungen, die unsere Demokratie bedrohen. Manche dieser Vereinigungen streben auch ein politisches System an, das eine Mischung aus moderner Diktatur mit einem theokratischen Überbau ist. Nicht zuletzt unterhalten einige der sogenannten Sekten auch Kontakte zum Rechtsextremismus! Dieser Tatsache schenken die beiden Österreicher in ihrer Arbeit große Beachtung. Auch der Thematik Esoterik und Rechtsextremismus, die u.a. durch den Erfolg der Bücher Jan van Helsings hochaktuell ist, wird breiter Raum eingeräumt. Im September 1998 konnte der ESO-Infodienst gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Landesrat Günter Dörflinger die Esoterik & Rechtsextremismusbroschüre der sozialistischen Jugend Österreichs in Graz präsentieren.

Der ESO-Informationsdienst setzt sich für den Einsatz der kritischen Vernunft und des »gesunden Hausverstandes« ein, der von totalitären Gruppen als »hinderlich«, »antispirituell« etc. dämonisiert wird. Derartige Lehren fördern die Anfälligkeit des (jungen) Menschen für Ausbeutung und Führerkultur. Meditation/Spiritualität und rationaler Verstand sind – zumindest sehen das Gugenberger/Schweidlenka so – kein Widerspruch, sondern einander ergänzende Möglichkeiten des Menschen. Das sei vor allem für die nahende Jahrtausendwende bzw. zum Jahr 2012 von Bedeutung, für das viele esoterische Gruppen den Weltuntergang voraussagen: die apokalyptische Zeitgeist-Stimmung fördert die Radikalität etlicher sogenannter Sekten, was zunehmend unter Ausschaltung der kritischen Vernunft zu okkult motivierten Morden bzw. Massenselbstmorden (wie es die Sonnentempler, Heavens Gate etc. bereits gezeigt haben) führen kann. Der Bostoner Historiker Richard Landes, Mitbegründer des »Zentrum für Studien zur Jahrtausendwende«, rechnet für das Jahr 2000 verstärkt mit Gewalttaten, denn: »Wenn Gott nicht wie vorhergesagt erscheint, brauchen sie Sündenböcke.« Gegenüber derartigen Entwicklungen will der ESO-Informationsdienst als Gegenkraft wirken.

In einer Grazer Pizzeria, nahe des unübersehbaren Uhrturms, der als Wahrzeichen für die Stadt amtiert, traf ich mich mit Schweidlenka. Kollege Gugenberger tourte zu dieser Zeit als ESO-Vortragender durch Niederösterreich. Im Laufe des Gesprächs erklärte mir der Historiker, was für ihn bei aller warnenden Tätigkeit auch von großer Bedeutung ist; und das sei neben der konfessionellen Ungebundenheit ein wichtiges Merkmal des ESO-Infodienstes: Die internationale Sektendiskussion hat in konstruktiver Weise viel zur Sensibilisierung der Menschen beigetragen. Als »Schatten« dieser Diskussion werden nun aber immer mehr Fälle bekannt, bei denen Menschen oder Gruppen als »Sekte« bezeichnet werden, die alternative Lebensstile, autonome Selbstverwaltung, moderne Kunstformen oder progressive Aktivitäten erproben. Versuchen, jede Form alternativer Spiritualität und neuer Lebenswelten zu diskriminieren, tritt der ESO-Informationsdienst entgegen.

Der Zeitgeschichtler Schweidlenka plauderte da aus der Praxis: So mancher »Mißliebige« wird heute schnell zum »Sektenmitglied«. Da genügt es schon, wenn die Freundin einen neuen Freund erwählt, der Tai Chi praktiziert. Der verlassene Ex-Mann zettelt dann aus gekränkter Eitelkeit eine Sektenkampagne gegen die Ehemalige und ihren neuen Lover an. Auch Firmen wurde durch unberechtigte Sektenvorwürfe großer finanzieller Schaden zugefügt. »Sekte«, so hat der Zeitgeschichtler öfters den Eindruck, ist heute im Volksmund fast verwerflicher als »Vergewaltigung« oder »Raub«.

Der ESO-Informationsdienst ist bemüht, dieser zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in »gute« NormalbürgerInnen und »böse« Sektenmitglieder und der Schaffung neuer Feindbilder, die im Gefolge des intoleranten und eng-dogmatischen Flügels der SektenkritikerInnen entstanden sind, entgegenzuwirken. Es geht letztlich um die Akzeptanz einer multireligiösen bzw. spirituell-pluralistischen Gesellschaft unter demokratischen Vorzeichen. Dabei kann nach Schweidlenkas Überzeugung die Unterscheidung Erich Fromms hilfreich sein. Fromm, ein in die USA ausgewanderter Psychoanalytiker der Frankfurter Schule, unterschied zwischen einer autoritären, zu diktatorischen Regimes neigenden und einer humanitären, mit der Demokratie Hand in Hand gehenden Spiritualität.

Kritik allein genügt freilich nicht, meinen Gugenberger/Schweidlenka. Ihre Überzeugung: Wenn wir den Sinnsuchenden unserer Zeit, seien es Jugendliche, seien es verunsicherte Erwachsene, keine Alternativen, keine egalitären und identitätsstiftenden Utopien anbieten können, dann haben wir autoritären religiösen Gruppierungen wenig entgegenzusetzen. Politisch geht es um die Förderung egalitärer Gemeinden, Netzwerken und Initiativen. Auf dem religiösen Gebiet geht es da um eine Spiritualität, in der das Teilen und das Engagement für die Armen und Entrechteten unserer Erde wieder zu anerkannten Werten werden.

Konkrete Schritte

In der Steiermark konnten einzelne Teilbereiche des ESO-Informationsdienst-Konzepts seit dem Herbst 1996 verwirklicht werden, dank der tatkräftigen Unterstützung der bereits erwähnten ARGE Jugend gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus und des Landesjugendreferats der steiermärkischen Landesregierung. Bald stieg auch die Jugendinfo LOGO ein, getragen von einem kreativen und zugleich lockeren Team von JugendarbeiterInnen, das von Stefan Perschler (einem altgedienten Aktivisten der Jugendzentrumsbewegung) in der Steiermark koordiniert wird. LOGO leistet progressive, vielbeachtete Jugendarbeit.

Die neueste Aktion: Ein Teil des Teams der Jugendinfo LOGO 1997 zieht, koordiniert von den SozialarbeiterInnen Uschi Theißl und Thomas Jaklitsch, gemeinsam mit VertreterInnen anderer Sozialinitiativen mit dem Logomobil, einem großen bunt bemalten Bus, im Rahmen sogenannter Infojam-Touren durch das Land, um Jugendliche über Aids, Gewalt, ihre Rechte, Jobmöglichkeiten, sogenannte Sekten, Satanismus, aber auch über Skaten und Auslandsreisen etc. zu informieren. So dringt der ESO-Infodienst mit dem Logomobil auch in die unwegsamen bergigen Regionen der Steiermark vor, um vor den Gefahren zu warnen, die so manche Gurus ihren AnhängerInnen bescheren.

Eine große Hilfe für die Arbeit des ESO-Infodienstes ist die von Landesrat Günter Dörflinger gewährte finanzielle Unterstützung. Dörflinger konnte sich durch seinen Einsatz für progressive Drogenpräventionsprojekte (Vivid) und andere soziale Präventionsinitiativen einen ausgesprochen guten Ruf verschaffen und gilt als ein Bollwerk gegen den unsozialen, unsolidarischen politischen Zeitgeist. Später beteiligte sich auch das österreichische Familienministerium (Minister Martin Bartenstein) an der Unterstützung des ESO-Infodienstes, zu dessen Aufgabenbereich u.a. Vortrags- und Informationsabende, Programme bei Gemeinden und Elternvereinen, (Dia-)Vorträge in Schulen, Multiplikatorenschulungen, Informations- und Beratungsgespräche, intensive Pressearbeit, Broschürenerstellung, Erstellung eines ESO-Net im LOGO-Jugendserver für das Internet, wissenschaftliche Quellensammlung und -bearbeitung zählen. Seit dem Herbst 1997 ist der ESO-Infodienst zu festen Zeiten über eine Handynummer erreichbar.●

Kontakt:
ESO-Informationsdienst, c/o LOGO, die Jugendinfo, Karmeliterplatz 1, A-8010 Graz, (Tel: 0043-316-1799), ESO-Hotline: 0043-663-9233244 (Mo 10-18 Uhr, Fr 10-13 Uhr)

FREIBURGER MIETSHÄUSER- & WAGENWIESEN-SYNDIKAT:

Schafft Immobilien für Wohnmobilien!

Das Syndikat, Freiburgs non-profit Bau- und Grundstücksunternehmen, und die Ex-Schönberg-Wagenburg haben die Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft beschlossen: die Wagenwiesen-GmbH soll ein geeignetes Grundstück am Rande Freiburgs erwerben und an die zwangsgeräumte Schönberg-Wagenburg verpachten. Das notwendige Stammkapital der Wagenwiesen-GmbH beträgt 50.000 DM, mit dem auch ein großer Teil des Kaufpreises einer Wiese abgedeckt wird. Zusammengetragen werden soll dieser Batzen Geld durch viele Leute, die neue Syndikateinlagen zeichnen: 500 DM oder 1.000 DM oder x-tausend DM.

»Wagenburgen und kein Ende...«

... orakelte die Freiburger »Badische Zeitung«. Die Ex-Schönberg-Wagenburg, zwangsgeräumt am 22. September, hatte für kurze Zeit Unterschlupf auf der Baustelle einer Vauban-Baugruppe gefunden: Station einer Odyssee, die vor 5 Jahrern auf dem Vaubangelände begonnen hatte durch Vertreibung der Wohnwagen, deren Erscheinen dort erneut panische Abwehr bei der Stadtverwaltung hervorruft.

»Quartier Vauban – offen für Sie«, so wirbt ein niedlicher Bildprospekt Bauinvestoren für den ökologischen Modellstadtteil. Ein Beschluß des Gemeinderates regelt exklusiv für's Vauban: hier dürfen keine Wagen stehen (offen hin, offen her). Außerhalb des Vauban, im ganzen restlichen Stadtgebiet, gibt sich die Verwaltung noch offener: Auf privatem Grund und unter bestimmten Bedingungen duldet sie Wagenplätze. Eine Bedingung klingt sozial und heißt auch so: »Soziale Akzeptanz«. Sie unterstellt Wagenplätze kurzerhand dem rechtskräftigen Aburteil selbsternannter Bürgervereine und dem jedes Dorfbewohners. Preisfrage an die Damen und Herren des Gemeinderates: Welche Minderheit in Deutschland hätte je das Kriterium der »Sozialen Akzeptanz« erfüllt? – Wir fordern: Der Säuberungsparagraph der »Sozialen Akzeptanz« muß gestrichen werden!

Was in jeder US-amerikanischen Kleinstadt am Stadtrand zu finden ist, nämlich große Dauersiedlungen von Wohnmobilen, ist im bundesdeutschen Baurecht einfach nicht vorgesehen und somit verboten. Für den Wagenstandort Deutschland und Freiburg fordern wir von *Gerhard Schröder* und *Margot Queitsch* (beide SPD) und von *Joschka Fischer* und *Maria Viethen* (beide Bündnisgrüne) eine Ergänzung der Koalitionsvereinbarungen: 1 % der Fläche neuer Baugebiete für »experimentelle Wohnformen«, d.h. ein Wagenplatz für jeden Stadtteil!

Kein Ende, aber eine Perspektive

Der Kauf einer Wagenwiese wird kaum das Ende, sondern eher der Anfang einer neuen Folge von Auseinandersetzungen um Wagenplätze sein. Anders als bei den üblichen Mietshausprojekten des Syndikats droht einer Wagenburg auch nach dem Grundstückskauf die Zwangsräumung: zwar stehen die Wägen sicher auf eigenem Grund unserer Wagenwiesen-GmbH, gleichzeitig aber auf dem Boden des Baugesetzes, das Wagenburgen nicht vorsieht. Das Recht auf die Wohnform Wagenwiese muß erst noch politisch durchgefochten werden. Für das Syndikat als Wirtschaftsunternehmen bedeutet es, daß der Kauf der Wiese mit einem besonderen Risiko behaftet ist. Wir können nicht ausschließen, daß die Wagenwiesen-GmbH auf ihrer Wiese sitzen bleibt, auf der dauerhaft keine Wohnwagen stehen dürfen. Dann wird die Wiese zwar nicht wertlos, kann aber nur als Garten für Gemüse und freilaufende Hühner genutzt werden. Das Kaufkapital bleibt dauerhaft gebunden. Dieses Risiko wollen wir eingehen, weil es uns wichtig ist, Wagenplätze politisch durchzusetzen. Mit 100-200 Einlagen à 500 DM oder mehr können wir den geschätzten Kaufpreis von 50-100.000 DM aufbringen und den Beitrag für die einzelnen EinlegerInnen gering halten.●

Näheres zu den Beteiligungsmöglichkeiten:
Mietshäuser Syndikat, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg, Infos Tel. (07 61) 28 18 92

Mietshäuser Syndikat

Wir beteiligen uns an der Initiierung neuer selbstorganisierter Hausprojekte. Wir beraten, geben unser know how weiter und bieten ein erprobtes Organisationskonzept an: das Syndikat-Modell. Über das Syndikat bleiben die einzelnen, autonomen Projekte vernetzt. Unsere finanzielle Basis sind zum einen die Einlagen unserer Mitglieder, mit denen wir den größten Teil des Stammkapitals der Projekt-GmbH's stellen. Zum anderen der Solidarfonds, in den die bestehenden Projekte einzahlen und so die Entstehung neuer Projekte unterstützen.
Projekte mit Syndikat-Beteiligung:
Grether Ost GmbH, Villa Nostra GmbH, S.U.S.I. GmbH, Rennerstraße 12 GmbH, Grether-Maschinenhalle, rasthaus freiburg (geplant)

Wagenwiesen-GmbH

Die WagenbürglerInnen haben sich zu einem Projektverein zusammengeschlossen, der zusammen mit dem Syndikat als zweitem Gesellschafter die Wagenwiesen-GmbH gründet. Der Projektverein verwaltet die Wiese in Selbstorganisation. Das Syndikat behält ein Vetorecht gegen die Verwertung der Wiese durch Verkauf, Privatisierung und Spekulation. Die GmbH verpachtet die Wiese an die Wagenburg. Der Pachtzins deckt wie beim Mietshaus laufende Grundstückskosten sowie Zins und Tilgung von Darlehen.

REGIONALE VERNETZUNGSPROJEKTE:

Ein Besuch in Milton Keynes

Das diesjährige Treffen regionaler Vernetzungsprojekte von selbstverwalteten Betrieben, Wohngruppen und Initiativen (CONTRASTE berichtete mehrfach) fand Ende September/Anfang Oktober in England statt. Eingeladen hatte »Radical Routes«, ein seit 10 Jahren bestehender Zusammenschluß von mittlerweile 40 Cooperativen, überwiegend Wohngruppen, aber auch 12 Arbeitskollektive, die über das ganze Land verstreut sind. Entstanden ist »Radical Routes« aus einer vielfältigen Protestbewegung (Ökologie, Tierrechte, Cooperativen...), und ein wesentlicher Grundgedanke des Projekts war und ist, daß Kollektive eine unterstützende, materielle Basis für AktivistInnen darstellen können.

von Elisabeth Voß, Berlin ● Für eine Woche kamen Menschen von den Vereinigten Arbeitskollektiven *VAKgroep* aus Utrecht, vom *VERbunt* aus Verden und aus dem Umfeld des *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Berlin (die FreundInnen vom Westerwälder Initiativen- und BetriebeNetz* (WIBeN) müßten leider wegen Überarbeitung im letzten Moment absagen, und auch vom Verband aus Nijmegen konnte diesmal keineR kommen).

Spencer Street

Der erste Teil des Treffens, über den ich hier berichten werde, fand in Milton Keynes statt, einer Stadt zwischen London und Birmingham (dort verbrachten wir den zweiten Teil des Treffens). Wir wohnten in der Spencer Street, einer Straße, die für Autos nicht befahrbar ist, mit 22 typisch englischen Wohnhäusern. Sie werden bewohnt von einer Gruppe, die vor vielen Jahren aus einer Initiative von Leuten an der Uni entstand, die eine Lebensgemeinschaft gründen wollten. Vor etwa 10 Jahren berechnete die Stadtverwaltung, der die Häuser gehörten, daß langfristig der Erhalt der denkmalgeschützten Gebäude mehr Kosten verursachen würde als durch Mieteinnahmen eingenommen werden könnte. Also sollte die Spencer Street verkauft werden. Die BewohnerInnen gründeten eine Genossenschaft und kauften die Häuser, die sich in gutem Zustand befanden, zum unglaublichen Preis von zusammen 10.000 Pfund (entspricht heute etwa 30.000 DM).

Heute ist die Spencer Street ein kleines, grünes Paradies. Die öffentliche Straße endet an einer Schule. So gehen täglich viele Kinder in ihren Schuluniformen durch diese doch etwas andere Welt. Die BewohnerInnen halten die Kosten für den Erhalt der Häuser durch viel Eigenarbeit in Grenzen. Die Menschen leben in Kleinfamilien in den Häusern, ein Haus dient als Community-Haus für gemeinsame Treffen. Neben kleinen Familiengärten gibt es ein großes Gemeinschaftsgelände. Das Verbindende scheint vor allem das Leben in dieser Straße zu sein, ihren Lebensunterhalt erwirtschaften die Menschen individuell.

Die Genossenschaft ist nicht Mitglied in *Radical Routes*, dem Zusammenhang aber freundschaftlich verbunden. Unseren Besuch dort verdankten wir in erster Linie Margaret, die in der Spencer Street lebt und im Community Center in Netherfield (ein Bezirk von Milton Keynes) unter anderem Genossenschaften berät. Sie hatte es auch

The Great Experiment

Take a Break Community Café

Department of Health

I was just what people had dreamed of. A place where all were welcome. Where you could get a good meal at a decent price or just pop in with the kids for a cup of tea and a chat.

Now the derelict premises had been transformed. The floor shone, there were checked cloths on the tables, and the smell of coffee filled the air. The cafe was open for business, and *Take a Break* was proud to lend its name to the venture.

Then a visitor arrived. Name: Tessa Jowell. Job: Minister for Public Health. She presented the cafe with a bronze Healthy Eating award.

'This is for you, in recognition of all your hard work,' she said to the staff as the photographers snapped away. It was reported in the regional newspapers, on television — and in *Take a Break*.

Tessa Jowell returned to her office in London. Then some top-level meetings were held to discuss one of the Blair government's big ideas.

The experts said that many people saw the National Health Service only as a National Sickness Service, intervening only when folk got ill. But what

Abbildungen aus der Zeitschrift »Take a Break«

organisiert, daß wir zum Essen zu einem sehr beeindruckenden Projekt fuhren.

Take a Break

Vor etwa 2 Jahren überlegten einige Frauen aus einer Selbsthilfegruppe für Menschen mit familiären Problemen, die sich regelmäßig im Community Center von Netherfield trafen, daß in ihrem Bezirk ein Cafe als Treffpunkt fehlt. Mit Unterstützung von Margaret machten sie eine Umfrage unter den BewohnerInnen des Bezirks, um herauszufinden, ob die Leute ein Cafe besuchen würden, was sie dort essen und trinken würden usw. Und alle, von den Jugendlichen bis zu den RentnerInnen, bestätigten sie darin, daß ein Cafe eine gute Idee wäre und daß sie es selbst nutzen würden.

Nun organisierten sie geeignete, vorerst mietfreie Räume, die sich allerdings in einem sehr schlechten Zustand befanden. Um daraus ein Cafe zu machen, war viel Geld nötig. Monatelang schrieben sie Briefe an Geschäftsleute, Kirchen und staatliche Stellen, bis endlich die ersten Spenden eintrafen. Sogar eine ausrangierte Kücheneinrichtung bekamen sie geschenkt.

Mit Unterstützung von Margaret gründeten sie eine Genossenschaft, besuchten etliche Fortbildungen über Genossenschaften, Ernährung usw., die vom Europäischen Sozialfonds finanziert wurden. Im Oktober 1997 war es dann endlich so weit, das Community Cafe konnte nach einem Jahr Vorbereitung eröffnet werden. Den Namen *»Take a Break«* hatte die Gruppe, zu der mittlerweile auch einige Männer gehörten, von einer gleichnamigen Zeitung bekommen, die etwa unserem *»Goldenen Blatt«* vergleichbar ist. Für diese Kooperation zahlte die Zeitschrift das Firmenschild für das Cafe und berichtet regelmäßig über die Genossenschaft.

Anfangs arbeiteten alle ohne Bezahlung, wichtig war nur, daß es das Cafe gab. Das *Take a Break* ist mehr als nur ein Cafe mit einem preiswerten Speisenangebot. Es ist ein wichtiger Treffpunkt für die Menschen in Netherfield, jedeR ist willkommen. Es arbeiten immer vier Leute in einer Schicht, damit genug Zeit bleibt für Gespräche mit BesucherInnen. Die 14 Genossenschaftsmitglieder sind fast alle arbeitslos, beziehen überwiegend Sozialhilfe und haben hier eine Aufgabe gefunden, die mehr ist als nur irgendein Job.

Über alle Belange des Cafes wird auf den wöchentlichen Plena entschieden. Margaret steht für Beratung und Verwaltungsfragen zur Verfügung, die Buchhaltung machen die GenossInnen unter ihrer Anleitung selbst. Neben dem Cafebetrieb wurde noch ein Catering-Service aufgebaut, und nach einem halben Jahr kam so viel Geld rein, daß begonnen werden konnte, die Arbeit zu bezahlen. Alle arbeiten in Teilzeit. Der gesetzliche Mindestlohn von 3,60 Pfund die Stunde kann vorerst nicht für alle Stunden aufgebracht werden, daher bekommen alle nur die Hälfte ihrer Arbeitsstunden bezahlt. Weil SozialhilfeempfängerInnen auch in England nur wenig verdienen dürfen, wird der Lohn teilweise in Form von Essensgutscheinen ausgezahlt, so daß die GenossInnen mit ihren Familien regelmäßig im Community Cafe essen.

Kürzlich erhielt die Genossenschaft den »Milton Keynes Healthy Eating 1998 Award«, einen Preis für gesundes Essen in Bronze vom Gesundheitsministerium, auf den alle sehr stolz sind. Diese öffentliche Anerkennung führte dazu, daß das Community Cafe ausgewählt wurde für ein Experiment der Blair-Regierung: ergänzend zu herkömmlichen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge, wo vorwiegend Krankheiten behandelt werden, sollen »Healthy Living Centres« errichtet werden, in denen Menschen darin unterstützt werden, ein gesünderes, glücklicheres Leben zu führen. Zu diesem Zweck schickt das Gesundheitsministerium Fachleute zu verschiedensten Themen, z.B. Asthma, Streßbewältigung, Angina, Diabetes, Erziehungsfragen etc. Die Geschichten der Menschen,

The Government has selected the Take a Break Community Cafe to pioneer a venture that could help everyone in Britain

Every two weeks we'll be telling the true-life stories of the people who come to the cafe for help and advice — for themselves and for their relatives. But although these are stories from one place, they affect everyone everywhere. The advice and help they're offered will help you too. And that's how all of you will be taking part in the *Great Take a Break Experiment*.

Dr Knott's Q&A

die sich ratsuchend an die ExpertInnen wenden, und die Antworten auf ihre Fragen werden regelmäßig in der Zeitschrift *Take a Break* veröffentlicht, um diese Hilfen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Begegnung der Kulturen

Unser erster Besuch im *Take a break* war ein richtiges Aha-Erlebnis. Wir wußten nur, daß wir zum Essen in ein genossenschaftliches Cafe gehen würden. Dort empfing uns ein weißgestrichener Raum, eine gläserne Kühltheke, gefüllt mit Getränkedosen (Cola usw.), trennte die Küche im hinteren Teil ab vom Gästeraum, in dem die Tische für uns zusammengeschoben waren. Für unsere vegetarischen bis streng veganen Wünsche hatten sich die Köchinnen, alle mit roter Weste und Cap, mächtig ins Zeug gelegt (und vorher von Margaret ausführlich beraten lassen), und trotz ihnen offensichtlich sehr fremder Rezeptur zwei schmackhafte Varianten Lasagne zubereitet.

Mich hat sehr fasziniert, wie ganz »normale« Menschen, die keiner politischen, ökologischen oder sonst welcher Szene angehören, hier ihr Leben selbst in die Hand genommen und etwas geschaffen haben, was über sie selbst und ihre eigenen Bedürfnisse hinausweist. Nicht aus großen politischen Ansprüchen heraus, sondern einfach, weil sie Freude daran haben. Selbstverwaltung mal ganz anders.

Seit Mitte der 80er Jahre wurden in England Genossenschaftsgründungen als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefördert. Damit wurde selbstverwaltetes, kollektives Arbeiten auch offiziell viel weitgehender anerkannt als in Deutschland. Hier gilt immer noch der »Herzog'sche Ruck« in Form von individueller Selbständigkeit als Alternative zur zunehmend in Frage gestellten Lohnabhängigkeit. Kollektiver Selbständigkeit werden in Deutschland nach wie vor Steine in den Weg gelegt.

Wie wäre es, wenn sich in Deutschland Kollektive von Arbeitslosen zusammenfänden, und mit breiter Unterstützung, auch z.B. durch bürgerliche Revolverblätter, Gemeinwesenarbeit auf selbstbestimmte Art organisieren würden, jenseits von ABM- oder BSHG-Zwangsarbeit? Eine Ahnung von solch möglicher Realität haben mir die Besuche bei *Take a Break* gegeben.

Aus Berlin viele liebe Grüße und Wünsche für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit an Margaret, Janet und all die anderen vom Community Cafe *Take a Break*.●

RADICAL ROUTES

In CONTRASTE Nr. 174 stellt Sven Giegold am Beispiel von »Radical Routes« die wachsende Vernetzung selbstverwalteter Betriebe und Wohnprojekte mit radikalen Prinzipien, deren Selbstverständnis und ausgefeiltes basisdemokratisches Selbstverwaltungsmodell vor.

KOMMUNE-INFO-TOUR 1999

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Wohnprojekt in Berlin Foto: W. Sünderhauf

von T. Lehmann, Umbruch-Bildarchiv (Berlin) ● Immer wieder gibt es Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die das Leben in der bürgerlichen Kleinfamilie nicht als einzig mögliche Antwort auf die Themen: Beziehung, Kinder, Altwerden oder Kranksein begreifen; Leute, die auf der Suche sind nach Solidarität und Ansatzpunkten zu widerständigem Leben.

Eine Möglichkeit ist, die Fragen des Lebens kollektiv zu beantworten. Also das Leben in Kommunen, in Wohnprojekten, besetzten Häusern, auf Wagenplätzen zu organisieren.

Mit dem Begriff »Kommune« verbinden viele die altgewordene »68er-Bewegung«. Damals taten sich politisch Aktive in Stadt- und später in Landkommunen zusammen, um aus den bürgerlichen Konventionen auszubrechen, mit neuen Formen zu experimentieren. Meist beschränkten sich diese Projekte auf einen bestimmten Lebensabschnitt der daran Beteiligten.

Im Unterschied dazu sind die heute bestehenden Kommunen und Wohnprojekte eher Lebensentwürfe, in denen Menschen unterschiedlichster Ausprägung altersgemischt zusamen wohnen und/oder arbeiten. Durch gemeinsames Wirtschaften in eigenen Betrieben und Arbeitsbereichen ergibt sich Stabilität und Verbindlichkeit in den Projekten. Sie wollen Alternativen zur vorHERRschenden Gesellschaft entwickeln. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß die Weltwirtschaft darauf angelegt ist, allein auf freieste Marktentfaltung, Ausbeutung der Ressourcen und Gewinnmaximierung zu achten. In der Folge produziert sie weltweite Verelendung, ökologische Desaster und soziale Deregulierung. Der Kampf gegen diese Strukturen ist, entgegen anderslautenden Gerüchten und Wunschvorstellungen, noch nicht überflüssig geworden.

»Nicht, daß wir denken, wir hätten alleinseeligmachende Konzepte dafür«, heißt es von Seiten der Tourgruppe, »aber durch den Aufbau menschenfreundlicher Lebensformen, gerechter Arbeitsstrukturen sowie Infragestellung normalen Konsumverhaltens wollen wir in der Tat nichts weniger als am Aufbau und am Erhalt einer gerechteren Welt mitwirken.

Große Worte für kleine Schritte?

KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Finkenburg bei Bremen (Projektbericht in unserer nächsten Ausgabe), der Schäferei Reinighof im Pfälzer Wald, dem Wohnprojekt Zorrow aus Berlin sowie die Olgashof-Kommune bei Wismar stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch. Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfestellungen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.●

Tourplan:

26.2.99, 20 Uhr, Lesung im Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, Göttingen;
28.2.99, 20 Uhr, Infoladen Kornstraße, Kornstr. 28/30, Hannover;
1.3.99, 20 Uhr, Palando, Wittekindstr. 42, Bielefeld;
2.3.99, 20 Uhr, ESG, Breul 43, Münster;
4.3.99, 20 Uhr, Alternative Pelmke-Schule, Pelmkestr. 14, Hagen;
5.3.99, 20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum;
6.3.99, 18 Uhr, Cafe Käthe, Emstr. 25, Oberhausen.

REISEN ZU ÖKOLOGSICHEN UND SOZIALEN ZUKUNFTSPROJEKTEN

Für sechs Tage nach Utopia

»Wir schreiben das Jahr 1999 nach Christus. ganz Germanien ist von Menschen besetzt, die täglich zu ihrem Gott namens Mammon beten und nur noch die Worte »Wachstum, Wachstum über alles« auf ihren spröden Lippen führen. Ganz Germanien? Nein! Einige kleine Dörfer leisten tapfer Widerstand. Doch nicht nur das: Die mutigen Männer Frauen und Kinder in den Gemeinschaften und projekten haben einen Zaubertrank, der sie unbesiegbar macht und die Legionäre in den befestigten Lagern Bounum und Berlinum erzittern läßt. Der Zaubertrank besteht aus... doch halt, so einfach geht das nicht. Wer das Geheimnis kennenlernen möchte, der muß sich schon selbst dorthin begeben.«

(frei nach Asterix)

Seit 1998 bietet deshalb die *»agentur reisewerk«* Schnupperreisen zu Zukunftsprojekten der Gemeinschafts- und Öklogiebewegung an. Die Touren sind eine Möglichkeit für Interessierte, in einer kleinen Gruppe Projekte zu besuchen und dort neben der Führung durch das Projekt auch etwas über den ideologischen/olitischen/spirituellen Hintergrund und die Entstehung des Projektes zu erfahren. Gedacht sind die Reisen für Neugierige, für Leute mit eigenen Vorhaben oder menschen, die auf der Suche nach der für sie passenden Gemeinschaft sind. Die Touren ermöglichen ein Reinschnuppern und die Chance, erste persönliche Kontakte zu knüpfen. Manchmal arbeiten wir für ein paar Stunden mit. Außerdem übernachten wir in den meisten Projekten und lernen beim gemeinsamen Essen auch gleich deren Ernährungsweisen kennen. Ideen und Konzepte für »Neue Arbeit«, andere Lebensstile, kooperative Beziehungen zwischen Mensch und Natur, regenerative Methoden zur Energiegewinnung, Pflanzenkläranlagen und viele Kommunikationsformen wurden in den Projekten erfunden und erprobt und können hautnah erlebt werden.

Drei Reisen werden in diesem Jahr angeboten. Vom 13. bis 18. April geht es nach Berlin, Brandenburg und Sachsen, vom 11. bis 16. Mai nach Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (u.a. auch zu dem umstrittenen Projekt *»ZEGG«*) und vom 7. bis 12. September in die Region Wendland. Teilnehmen können jeweils 8 Personen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Reisen gibt es bei der agentur reisewerk, Cranachhof, Schloßstr. 1, D-06886 Lutherstadt Wittenberg, Telefon (0 34 91) 40 72 80.●

dp

SOZIALE ERFINDUNGSWERKSTATT: »REPARATURGESELLSCHAFT«

Reparieren – ein Plus für Umwelt und Beschäftigung

Die Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten ist ein wichtiger Beitrag dazu, unsere Müllberge etwas zu verkleinern und die Materialintensität unserer Wirtschafts- und Lebensweise zu verringern. Unter welchen Rahmenbedingungen könnte sich das Reparieren wieder »rechnen« und welche beschäftigungspolitischen Möglichkeiten liegen in der Ausweitung der Wartungs- und Reparaturdienstleistungen?

von Hans Holzinger, Salzburg ● Diese Frage stand im Zentrum der Mitte November 1998 im *»Bundesinstitut für Erwachsenenbildung«* Strobl durchgeführten »Sozialen Erfindungswerkstatt«, einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Salzburger *»Bibliothek für Zukunftsfragen«*, der *»Plattform OÖ Sozialprojekte«*, dem *»Institut für Ausbildungs- und Beschäftigungsberatung«* und der *VHS Linz*.

Norbert Weiß, Mitautor des Buches »Die Reparaturgesellschaft« (ÖGB-Verlag), zählte auf, warum gegenwärtig der Neukauf von Produkten dem Reparieren des alten Gerätes meist vorgezogen wird: das Wissen über Reparaturmöglichkeiten ist gering, Reparaturen sind häufig teuer und dauern zu lange, Handel und Hersteller verdienen mehr am Verkauf von Neuprodukten als an der Reparatur der alten. Die gegenwärtigen Marktkosten für Rohstoffe, Fertigung und Entsorgung stünden somit einem Wandel ebenfalls entgegen.

Reparatur- und Servicezentrum Wien

Ein Problembereich ist der ständig wachsende Elektro- und Elektronikmüll. In Österreich fallen davon derzeit rund 80.000 Tonnen jährlich an, die meist ohne Demontierung und Sortierung auf dem Müll beziehungsweise in der Schredderanlage landen, berichtet *Sepp Eisenriegler*, Geschäftsführer des vor einem halben Jahr gegründeten Reparatur- und Servicezentrum *R.U.S.Z.* in Wien. Etwa fünfzig alte Waschmaschinen und Geschirrspüler werden in den Werkstätten des R.U.S.Z. zur Zeit pro Monat begutachtet und – je nach Zustand – repariert, zerlegt oder – in Altstoff-Fraktionen getrennt – entsorgt. Das aus Mitteln des Arbeitsmarktservice und des Europäischen Sozialfonds geförderte Projekt beschäftigt zwölf Langzeitarbeitslose auf sogenannten Transitarbeitsplätzen, die spätestens nach einem Jahr wieder in die Wirtschaft zurückfinden sollen. Die reparierten Second-Hand-Geräte sind vor allem für einkommensschwächere KäuferInnen interessant, geplant ist auch ein Gutscheinsystem für Sozialhilfeempfängerinnen. Ähnlich den Copy-Service-Verträgen baut das R.U.S.Z. auch ein Leasing für Waschmaschinen und Geschirrspüler auf. Zudem werden demnächst Reparaturkurse angeboten, denn eine Umfrage im Rahmen des Projektes habe, so Eisenriegler, »bei einem Drittel der Befragten ein hohes Interesse ergeben, einfache Reparaturen selbst zu erlernen«.

Werkstatt Frankfurt

Bereits seit 1990 betreibt die »Werkstatt Frankfurt«, ein gemeinnütziger Betrieb, der über 900 Langzeitarbeitslose beschäftigt, ein eigenes Recyclingszentrum. »Begonnen hat es mit dem Sammeln von Batterien, mittlerweile werden aber sämtliche Elektronik- und Elektrogeräte wie Fernseher, Waschmaschine, Geschirrspüler, aber auch Büromaschinen und Altöfen aus dem Frankfurter Sperrmüll geholt, in Kleinteile demontiert beziehungsweise – wenn möglich – repariert«, berichtete Horst Bröhl-Kerner, kaufmännischer Leiter des Recyclingzentrums. Monatlich werden auf diesem Weg an die 450 Tonnen Material verarbeitet. Nicht verwertet werden Kühlschränke, da die Entsorgung der FCKW sehr teure Anlagen erfordern würde.

Hauptauftraggeber ist die Stadt Frankfurt, aber mittlerweile »leisten sich auch einige Unternehmen die kostspieligere Feindemontage«, so Bröhl-Kerner. Die reparierten Altgeräte werden im betriebseigenen Second-Hand-Kaufhaus veräußert. In der Regel gibt es ein halbes Jahr Garantie. Wichtigste Kundschaft sind die Sozialhilfeempfänger der Stadt Frankfurt. »Solange die ökologisch saubere Feindemontage nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, können wir im Preiskampf am Verwertungsmarkt wirtschaftlich nicht bestehen«, beteuerte der Mitarbeiter des Frankfurter Recyclingzentrums, das sich immerhin zu 70 Prozent selbst trägt (Bei einer durch Krankenstände, Qualifizierungsmaßnahmen, Fehlzeiten und Urlaube bedingten Ausfallquote von 40 Prozent müssen fast alle Arbeitsbereiche doppelt besetzt werden!). »Wir könnten ohne Förderungen nicht existieren«, bestätigte auch R.U.S.Z.-Mitarbeiter Eisenriegler, der für die Startphase nur an einen 10 Prozent-Eigenerwirtschaftungsanteil gebunden ist.

Wirtschaftlichkeit und sozialer Nutzen von Beschäftigungsprojekten

Ob Reparieren tatsächlich ein Zukunftstrend sein wird und somit auch ein Geschäft werden kann, und ob die in Sozialprojekten Beschäftigten die für Reparaturdienste notwendigen Qualifikationen aufweisen, war demnach auch die am häufigsten gestellte Frage seitens der Teilnehmer. Die Sozialwissenschaftlerin Ruperta Lichtenekker machte deutlich, daß Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose nicht nur der sozialen Reintegration der Betroffenen dienen, sondern sich sehr früh auch volkswirtschaftlich rechnen. Bereits 100 bis 150 Tage in einem Beschäftigungsverhältnis nach der erfolgten Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen führen, so die Ergebnisse ihrer Untersuchung eines Sozialprojektes in Wien, zu einer »vollen volkswirtschaftlichen Amortisation der Kosten«. Die Einsparung von sozialen Folgekosten durch Verschuldung, psychischen Erkrankungen oder Kriminalität – die jährlichen Strafvollzugskosten belaufen sich in Österreich auf 3,5 Milliarden Schilling – seien hier noch gar nicht berücksichtigt, so die Sozialwissenschaftlerin.

Reparaturzentren in allen größeren Städten

Warten und Instandhalten, Reparieren und am Ende sorgfältiges Entsorgen von Geräten einschließlich des Recyclings wiederverwertbarer Stoffe sind ökologisch notwendige und beschäftigungspolitisch sinnvolle, da arbeitsintesive Prozesse. Doch noch fehlt es – soweit das Resümee der Tagung – am Bewußtsein und den Rahmenbedingungen für die Reparaturgesellschaft. Sie ist für Norbert Weiß aber dennoch die notwendige Antithese zur Wegwerfgesellschaft: »Die Verlängerung der Nutzungsdauer von Geräten, Gebäuden und Fahrzeugen ist Bedingung für die Reparatur der Natur und erfordert auch eine Reparatur der Gesellschaft.« Der bei der Erfindungswerkstatt erarbeitete Vorschlag, in allen größeren Städten »Reparaturzentren« einzurichten, könnte ein Signal setzen. Die Vorzüge solcher Häuser liegen auf der Hand: die Kleinreparaturbetriebe werden aus ihren Kellern herausgeholt; die angebotenen Dienste sind kundenfreundlich an einem Ort konzentriert; gemeinsame Infrastruktur und Werbemöglichkeiten erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit. Zudem könnten diese Zentren Reparaturberatungsdienste, Kurse, Flohmärkte und Tauschbörsen beherbergen. Da die TeilnehmerInnen der Erfindungswerkstatt auf Patentrechte bewußt verzichteten, bleibt also nur die Frage, welche Stadt die Idee als erste aufgreifen wird!●

DER AUTOR

Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und Mitorganisator der Sozialen Erfindungswerkstatt.●

JUGENDUMWELTKONGRESS

»Freut Euch bloß nicht zu früh!«

Über 1.000 TeilnehmerInnen werden zum 6. bundesweiten Jugendumweltkongreß vom 4. bis 10. April erwartet. Eine Woche lang werden unter dem »Motto freut Euch bloß nicht zu früh!« Perspektiven für die Umweltbewegung entwickelt. Über 200 Arbeitskreise mit einem breiten Themenspektrum, bei dem sowohl TheoretikerInnen, als auch PraktikerInnen nicht zu kurz kommen, versprechen interessante Tage.

Erstmals wird es auf dem JUKß auf ein Bundestreffen der TeilnehmerInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) geben. Ziel ist es den überregionalen Austausch und die Vernetzung zu fördern, aber auch gemeinsame Forderungen zur Verbesserung des FÖJ zu entwickeln. Der Spaß und das »andere« Leben kommen dabei nicht zu kurz. Kongreßcafés und ein buntes Kulturprogramm sowie Bioessen und basisdemokratische Entscheidungsfindung umrahmen das ganze Treffen.●

JUKß-Koordination, Herrlichkeit 1, 27283 Verden (Aller), Tel. (0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48, eMail: Info@jugendumweltkongress.de, web: www.jugendumweltkongress.de

START DES BINGO-LOTTOS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Typisch Agenda 21 – Umweltlotto kontra Umweltschutz

Nun ist es soweit: das Bingo-Umweltlotto strahlte seine erste live Sendung aus. Kaum zu glauben, aber doch wahr: als erster Hauptpreis wird gleich ein nagelneues Auto präsentiert. Nicht etwa ein 3-Liter-Auto oder Solarmobil ist zu gewinnen, nein ein echter »NewBeetle«, mit 7,5 Liter Spritverbrauch auf 100 km, mußte es sein.

Jugendumweltprojektwerkstatt Bad Oldesloe ● Auch die folgenden Preise lassen sich sehen: Reisen – nicht etwa in den Nationalpark Wattenmeer, nein, Fernreisen in die Karibik, natürlich mit dem Flugzeug. Wo bleibt da der entwicklungspolitische Anspruch? Da wundert es kaum, daß in den Vergaberichtlinien des Umweltlottos die Präambel der Agenda 21 gewählt wurde und sämtliche Förderung im Sinne der Agenda 21 stattfinden soll. Die Agenda 21 ist das Abschlußdokument der Rio Umweltkonferenz, die 1992 noch von allen Umweltverbänden als Flop bezeichnet wurde. Umweltschutz im Sinne der Agenda 21 ist auch die Nutzung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dies wird ausführlich in einem ganzen Kapitel in der Agenda 21 erläutert, leider wird dies häufig verschwiegen. Auch die Verbrennung von Müll oder der weitere Ausbau der Atomkraft wird in der Agenda 21 gefordert. In der Agenda finden sich alle wieder, ob nun Umweltschützer oder -zerstörer das ist dabei egal.

Aber nicht genug, daß die umwelt- und entwicklungspolitischen Inhalte des Bingo-Lottos sehr fragwürdig sind. Auch die Besetzung des Vergaberates und des Gremiums, welches die Vergaberichtlinien erarbeitet hat, ist scheinbar im Sinne der Agenda 21: Alle sagen zwar, die Agenda 21 fordere die Beteiligung der Bevölkerung in einer lokalen Agenda 21, doch in Wirklichkeit wird nur eine Beteiligung von Funktionären gefordert und genau dies ist auch beim Umweltlotto geschehen. Beide genannten Gremien sind durch PolitikerInnen und Geschäftsführer bzw. Vorsitzende großer Umwelt- und Entwicklungsverbände besetzt. Trotz mehrmaliger Bitte wurden weder kleine Umweltgruppen und Initiativen noch Jugendliche berücksichtigt. Selbst Frauen wurden anfangs vergessen, was jetzt aber wohl noch korrigiert werden soll.

In Schleswig-Holstein wird die Umweltarbeit durch zahlreiche kleine Umweltgruppen und Initiativen seit Jahren vorangebracht. Insbesondere Jugendliche haben immer wieder durch Aktionen und Projekte an das Umweltbewußtsein der Menschen apelliert. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, warum diese Gruppen in den Vergabegremien nicht berücksichtigt werden, obwohl dies ursprünglich geplant war. In Niedersachsen dagegen werden kleinere Gruppen und Initiativen berücksichtigt. Das vom Umweltministerium hervorgebrachte Argument, die kleinen Gruppen und Initiativen müßten sich erst einmal vernetzen, um in den Gremien berücksichtigt zu werden, geben wir hiermit zurück. Für die großen Umweltverbände und Parteien gilt dieses Argument nicht, hier wird scheinbar gezielt ausgegrenzt!

Insgesamt schade, daß eine an sich gute Sache für den Umweltschutz eher kontraproduktiv wirkt. Wir appellieren daher, das Umweltlotto insgesamt neu zu konzipieren, damit es auch seinem umwelt- und entwicklungspolitischen Anspruch gerecht wird. Wir rufen alle kleinen Gruppen, Initiativen und Projekte dazu auf, mit uns gemeinsam ein Mitentscheidungsrecht zu fordern.

Weitere Informationen zur Kritik an der Agenda 21 und dem Umweltlotto können auch über die JUP!, Am Bürgerpark 2, 23843 Bad Oldesloe, Tel. (0 45 31) 45 12, Fax: 71 16, eMail: JUP-OD@Lynet.de erfragt werden.●

Facts zur Materialintensität unseres Wirtschaftens

- Mit der Zunahme des Kaufs von Produkten und Geräten steigt der Müllberg kontinuierlich an. Über 80.000 Tonnen Müll fallen in Österreich jährlich allein aufgrund ausrangierter Elektro- und Elektronikgeräte an.
- Wir sehen üblicherweise nur die Masse, die in den Produkten selbst stecken und letztlich zu Müll werden. Jedes Produkt hat aber auch einen sogenannten »ökologischen Rucksack«, das ist jener Material- und Energieaufwand, der im Zuge ihrer Herstellung aufgewendet wird – von der Gewinnung der Rohstoffe bis hin zur Fertigung.
- Jeder Westeuropäer oder US-Amerikaner setzt in diesem Sinne jährlich an die 70-80 Tonnen Material um, den Ressourcenverbrauch in den Ländern des Südens (etwa in der Rohstoffgewinnung) eingerechnet (Berechnung: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 1998).
- Zur Herstellung eines Autos, das selbst 0,8 bis 1 Tonne wiegt, werden über 25 Tonnen Abfall produziert (Umweltbundesamt, Wien, s. Grafik).
- Besonders Materialintensiv ist die Gewinnung von Rohstoffen, da hierfür große Mengen Erdmaterial umgesetzt werden. Zur Herstellung eines Kilogramms Aluminium fallen 85 Kilogramm Materialinput an. Bei Recyclingaluminium fällt dieser Wert auf 3,5 Kilogramm (Quelle: Wuppertal-Institut, http://www.wupperist.org)
- Über 5000 LKW-Kilometer werden an Transportwegen zurückgelegt, um den Tisch für ein durchschnittliches »Österreich-Frühstück« zu decken. (Quelle: ÖAMTC-Akademie)
- Ressourcenintensiv sind auch unsere Ernährungsgewohnheiten: Zur Erzeugung von einem Liter Orangensaft aus Brasilien werden 22 Liter kostbares Wasser verbraucht sowie 1/2 Liter Treibstoff (Friedrich Schmidt-Bleek, Faktor 10-Institut, 1995)
- Ein Drittel aller Elektrogeräte, die auf dem Sperrmüll landen, sind ohne größeren Aufwand wieder funktionstüchtig zu machen. (Sepp Eisenriegler, R.U.S.Z.)
- 50% der häufigsten Fehler bei Haushaltsgeräten treten unabhängig vom Alter auf und haben nichts mit Verschleiß zu tun (Umwelthandwerker Heinrich Jung aus der BRD, zit. n. Norbert Weiß)
- 30% aller Computer landen, ohne je verkauft worden zu sein, auf dem Müll, da sie veraltet sind und der innovationsgeschwindigkeit in der EDV-Branche zum »Opfer« fallen (Prof. Kanatschnik bei einer WIFI-Tagung am 15. Oktober 1998 in Salzburg)
- Die Arbeiterkammer OÖ testete die Servicefreundlichkeit von Computergeschäften und machte dabei äußerst negative Erfahrungen. Nur drei von zehn Händlern waren bereit, ein Gerät mit Defekt zu reparieren. Drei lehnten gleich ab, vier nach kurzer »Prüfung«. Mehrfach wurde vorgeschlagen, einen neuen Computer anzuschaffen. Der Defekt am Gerät war jedoch äußerst gering: es handelte sich lediglich um eine durchgebrannte Sicherung. Jene drei Geschäfte, die der Reparatur zustimmten, »zeichneten« sich durch sehr unterschiedlich hohe Preise für die Reparatur aus: diese lagen zwischen 650 und 3000,- Schilling. Kosten einer Sicherung: ca. 3,- Schilling (Bericht in OÖ Heute, 17.3.98)

Die MitarbeiterInnengesellschaft:

Betriebe

Eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit

Früher wurden sie Belegschaftsbetriebe genannt, heute nennen sie sich Mitarbeiter-Gesellschaften (MAG). Die Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) nennt Betriebe mit Mitarbeiterbeteiligung »Partnerschaftsunternehmen«. Selbstverwaltete Betriebe in Hessen diskutieren die MitarbeiterInnengesellschaft (MAG) als ergänzendes Gütekriterium der vorhandenen Rechtsform.

von Uwe Weppler, Redaktion Rhein/Main ● Durch das Beifügen eines großen »M« für MitarbeiterInnen an die vorhandene Rechtsform soll die MAG gekennzeichnet werden. Aus der GmbH wird somit die MgmbH, wenn mehr als die Hälfte der Beschäftigten die Entscheidungsgewalt inne haben. Ergänzt werden sollen die Kriterien für das »M« durch eine »Sozialbilanz«, in der das soziale Engagement des Betriebes festgehalten wird. Neben betrieblichen Sozialleistungen wie etwa einem Kinderhort für die Beschäftigten, kann die Integration von Behinderten, das Angebot von Fair-Trade-Produkten oder Sozialsponsoring die Sozialbilanz aufbessern.

Diskussion über die MAG anläßlich des 15jährigen Jubiläums des Werkhof in Darmstadt

Von Sparförderung bis Gütesiegel

Nur 3% der Bevölkerung besitzen 80% des Produktivkapitals. Der Staat verstärkt in diesem Jahr die staatliche Förderung für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Das Sächsische Wirtschaftsministerium gewährt den Unternehmen höhere Subventionen, die ihre Arbeitnehmer am Unternehmen, Kapital oder Gewinn beteiligen. 1997 gab die deutsche Wirtschaft 100 Mio. DM für Sozial-Sponsoring aus. Viele Banken und Versicherungen bieten zunehmend ethische Geldanlagen an. Die Evangelische Kirche im Rheinland will Unternehmen mit vorbildlichem arbeitspolitischen Engagement auszeichnen und durch das Gütesiegel »Arbeit plus« kenntlich machen. Wobei die Kirche erkennt, daß die soziale Qualität eines Unternehmens sich nicht allein an der Zahl neuer Arbeitsplätze messen läßt. Das Ausbildungsverhalten, die Beschäftigung Behinderter, Weiterbildungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten sind ebenso Kriterien wie auch Partizipationsmöglichkeiten der Beschäftigten.

Gesellschaftliche Tendenzen

Bei einer 1997 durchgeführten empirischen Untersuchung über die öffentliche Beurteilung von Unternehmen haben 67% der Befragten es als besonders wichtig eingestuft, daß die Unternehmen sichere Arbeitsplätze bieten. Gute Leistungen zu vernünftigen Preisen erreichte 61% der Nennungen, umweltbewußtes Verhalten 50%. 48 % würden gar in ihrem Kaufverhalten solche Unternehmen bevorzugen, die neue Arbeitsplätze schaffen, nur noch übertroffen vom Verzicht auf Kinderarbeit als produktunabhängiges Kriterium. Zwar seien die Produktinformationen gut gegeben, über das soziale und ökologische Verhalten fühlten sich die KundInnen jedoch schlecht informiert.

Demokratisch und selbstbestimmt

Die MitarbeiterInnengesellschaft (MAG) könnte hier Abhilfe schaffen. Noch dazu kann sie dem Staat, der die Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmen fördern will, Möglichkeiten dazu eröffnen. Und sie kann ethischen AnlegerInnen Anlagemöglichkeiten bieten. Denn MitarbeiterInnengesellschaften sind Betriebe, in denen Menschen sich gemeinsam Eigentum zugelegt haben, damit arbeiten und dieses auch demokratisch und selbstbestimmt verwalten. MitarbeiterInnengesellschaften versuchen, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die den Menschen nützen, soziale Beziehungszusammenhänge fördern, regionale Besonderheiten berücksichtigen, zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen beitragen oder helfen, die Erwerbsarbeit so zu organisieren, daß sie mit Partnerschaft, Kindererziehung und anderem mehr verträglich ist. (vergleiche Kasten)●

INTERVIEW:

Vom Sinn und der gesellschaftlichen Bedeutung

Der Begriff MitarbeiterInnengesellschaft (MAG) ist zur Zeit noch nicht klar definiert. Daher erscheint es sinnvoll, mögliche Probleme sowie eine gesellschaftliche Bedeutung genauer zu beleuchten. Nachfolgend einige Fragen an Uwe Weppler vom »netz Hessen«, das bereits einige Diskussionsveranstaltungen zum Thema MAG initiierte.

CONTRASTE: *Was ist der Sinn einer MAG?*

Uwe Weppler: Der Sinn einer MAG ist, daß die Beschäftigten über die »Früchte ihrer Arbeit« bestimmen.

Wieso haben MAG's in den kommunistischen Ländern versagt?

In den ehemals »staatskommunistisch« angelegten Gesellschaften hat Wirtschaftsdemokratie nicht funktioniert. Der Chef wurde ersetzt durch einen bürokratischen Apparat. Entscheidungsträger wurden zudem oft nach Parteibuch eingesetzt, die mangelnde Qualifikation und Flexibilität, trug ein übriges zum Debakel der Staatsgenossenschaften bei. Eine echte Mitentscheidung der Genossen in einer zentralistisch strukturierten Hierarchie war ein Widerspruch. Daß bürokratische Systeme nur schwerfällig funktionieren, belegt der auch in marktwirtschaftlichen Systemen allseits bekannte »Amtsschimmel«. Langsam, entscheidungsunfreudig und oft überfordert trabt der Amtsschimmel recht gemächlich daher, lieber ist ihm das »Aussitzen«, doch die Konkurrenz schläft nicht.

Welche Probleme gibt es bei Belegschaftsübernahmen?

Belegschaftsübernahmen sind meist dadurch gekennzeichnet, daß Betriebe, die sich in der Liquidation befinden oder ausgegliedert werden sollen, übernommen werden können. Keine gute Startposition, zumal nicht nur das nötige Kapital fehlt, sondern oft auch qualifizierte Führungskräfte. Die Übernahme von unrentablen Produktionszweigen, die ausgelagert werden sollen, ist häufig nur möglich mit einer Absatzgarantie der Muttergesellschaft. Abgesehen von der Abhängigkeit, in die sich die Belegschaft begibt, ist sie als Zulieferer mit spezifischem Profil gezwungen, sich einen Markt neu zu erschließen, auf dem sich günstigere Konkurrenten tummeln – weshalb die Muttergesellschaft ja die Eigenproduktion abstoßen will. Daß diese Modelle mitunter trotzdem funktionieren, meist mit Sozialplangeldern und staatlicher Unterstützung, ist der neuen Solidarität und dem Engagement der Belegschaft als Eigentümergemeinschaft zu verdanken.

Welche Rolle spielen Führungskräfte bei der MAG?

Über die »Früchte der Arbeit« bestimmen zu wollen, ist meist eingeschränkt durch mangelnde kaufmännische Entscheidungskompetenz. Bei Belegschaftsübernahmen wird häufig das alte Management eingesetzt, welches ggf. eine Krise mitzuverantworten hatte. Oft weil es sich bei der Übernahme stark engagierte und weil »gute« Führungskräfte teuer sind. Bei neueren Übernahmen konnten Seniormanager gewonnen werden, die aus dem Ruhestand nach einer Herausforderung verlangten (wie beispielsweise der »Ditec«, vgl. sep. Beitrag). Bei der MAG sind Geschäftsführer gefragt, die sich nicht nur durch Managementfähigkeiten, sondern vor allem auch durch soziale Kompetenz und Teamfähigkeit auszeichnen. Ideal ist der Geschäftsführer, der sich wie die andern auch, als Rädchen im Getriebe sieht.

Bei selbstverwalteten Betrieben ist es meist ein »Learning by Doing«. Wobei besonders motivierte Mitarbeiter über Seminare oder autodidaktische Weiterbildung sich für Führungstätigkeiten qualifizieren und schließlich zum Geschäftsführer aufsteigen. Selten finden sich heute selbstverwaltete Betriebe ohne einen oder mehrere Geschäftsführer.

Welche Bedeutung hat die MAG für die Beschäftigten?

Dadurch, daß die Belegschaft ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt, ist sie nicht mehr abhängig von Standortentscheidungen und Verwertungsinteressen bis hin zur Veräußerung seitens einzelner Unternehmer oder unbekannter Kapitaleigner. Die Beschäftigten können selbst entscheiden, ob ihnen der Erhalt ihrer Arbeitsplätze oder die Gewinnmaximierung und damit die Vermehrung ihres Kapitals wichtiger sind. Statt dem Abbau sozialer Leistungen können diese ausgeweitet werden. Die Produkt- und Leistungspalette kann an den eigenen Gesundheitserfordernissen und denen der VerbraucherInnen orientiert werden. Und über den Ertrag ihrer Arbeit können sie selbst entscheiden, über die Verteilung, Reinvestition, Neueinstellungen, Arbeitszeitverkürzung u.v.m.

Welche gesellschaftliche Bedeutung besitzt die MAG?

Die MAG leistet einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit und zum Abbau von Arbeitslosigkeit, vor allem durch Ausweitung der regionalen Beschäftigungsangebote. Sie fördert die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins am Arbeitsplatz und solidarisches Miteinander. Durch bedarfsgerechte betriebliche Sozialleistungen und ethische Angebotskriterien rückt der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses, als Produzent ebenso wie als Konsument. Soziale und ökologische Folgekosten werden gesenkt und die Demokratie wird nicht mehr vor den Werkstoren aufhören.●

Stichwort MitarbeiterInnengesellschaft (MAG)

Die Rechtsform spielt bei der MAG keine Rolle. Eine Änderung der Rechtsform ist also nicht notwendig. Um die MAG zu kennzeichnen, wird einzig der Zusatz »MitarbeiterInnen« vorangestellt, z.B. MgmbH. Mögliche Kriterien für die MAG:

Demokratie

1) Mehr als 50% der Beschäftigten (*) besitzen mehr als 50% der Kapitalanteile (ohne Sperrminoritäten) oder mehr als 50% der Beschäftigten entscheiden über die wesentlichen betrieblichen Angelegenheiten laut Betriebsstatut, z.B. beim Verein oder der gGmbH.
2) Grundsätzlich gilt bei Entscheidungen das Prinzip »pro Kopf eine Stimme«, wobei begründete Varianten denkbar sind, die dem Sinn der MitarbeiterInnengesellschaft nicht entgegenstehen.
3) Der Betrieb oder Verein hat mindestens 3 Vollzeitbeschäftigte, die mindestens 20 Stunden/Woche arbeiten.

Sozio-Audit

1) Intern: Der Betrieb oder Verein berücksichtigt die sozialen Bedürfnisse seiner Beschäftigten über gesetzliche Bestimmungen hinaus, wobei das Wohl der Beschäftigten höher bewertet wird als die Verwertung des Betriebskapitals. Dies kann z.B. ein betrtiebliches Kindergeld oder Freizeitausgleich für Erziehende sein.

2) Extern: Der Betrieb oder Verein berücksichtigt gesellschaftliche Sozialkriterien oder ethische Grundsätze bei der Erstellung seines Produkt- oder Dienstleistungsangebots. Dies kann z.B. das Angebot von Fair-Trade-Produkten oder solchen, die ohne Kinderarbeit gefertigt wurden, der Handel mit regionalen Produkten oder Sozialsponsoring sein.

3) Der Betrieb oder Verein erstellt eine »Sozialbilanz« und entwickelt seine sozialen Leistungen weiter.

*)
ggf. in Form einer Beteiligungsgesellschaft

MitarbeiterInnen-Gesellschaft in der Realität

Betriebe

Ausgezeichnet als Gegenstück zum Sozialplan

Von der bürgerlich-liberalen Presse gelobt, vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ausgezeichnet und wirtschaftlich im Aufwind: Das mittelgroße Softwareunternehmen Ditec hat es wohl geschafft. Innovativ und sozial soll sie sein – die bei Ditec realisierte MitarbeiterInnengesellschaft, bei der sich das gesamte Grundkapital in den Händen der Belegschaft befindet. Was ist wirklich dran an den Lobeshymnen? Und kann diese Betriebsform als Modell betrachtet werden?

von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● »Der Chef kocht selbst« – in der hauseigenen Broschüre macht das Systemhaus Ditec gleich auf der ersten Seite Werbung für seine Eigentumsverhältnisse, die zu einigen positiv gestimmten Presseberichten geführt haben. Das Stichwort »Mitarbeitergesellschaft« machte die Runde und wurde als das »sozialste Organisationsmodell« gepriesen, mit dem »der Weg zum Erfolg« führen soll, nachdem »die Manager den Malochern das Zepter übergeben« hätten.

Doch der Reihe nach und damit zurück zur Ditec-Broschüre. Der kochende Chef müßte eigentlich in Mehrzahl geschrieben werden, denn »statt Mitarbeiter im üblichen Sinne hat das Unternehmen Ditec fast ausschließlich Miteigentümer.« Nun geht es wohl nicht darum, daß viele Köche den Brei verderben, sondern der Vergleich mit einem Feinschmeckerlokal wird angeführt, in dem eben der Chef selbst kocht und sich entsprechend ins Zeug legt: »Das Engagement für die eigene Sache ist allemal stärker als das Engagement für eine Sache, mit der man sich bloß identifiziert.« Mit diesem unternehmerischen Selbstverständnis habe Ditec erstaunlich schnell Erfolg gehabt und sich mittlerweile unter den »Top Ten der deutschen Software-Elite« etabliert.

Nicht ohne Stolz erzählt *Wolfgang Stübich*, Vorstand der Ditec Informationstechnologie AG, wie sie auch von prominenter Seite für die erreichten Leistungen gelobt wurden. Im Juli letzten Jahres wurde Ditec vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für »die kreativste Innovation sowie das sozialste Organisationsmodell« honoriert (1). Ditec habe Vorbildcharakter und würde Anreize zur Nachahmung schaffen und damit Impulse auf den Arbeitsmarkt ausüben.

Sind nun dem BDI, gemeinhin eher für harte Arbeitgeberpolitik bekannt, die Ideen ausgegangen? Soll nun die Losung »arbeiten ohne Chef« von ungewohnter Seite plötzlich zum neuen Ziel in Deutschland erklärt werden? – Ganz so wohl doch nicht! Dennoch ist die Frage interessant, was denn mit dem »sozialsten Organisationsmodell« gemeint sei.

Aktionär statt arbeitslos

Zur Beantwortung verweist Wolfgang Stübich im Gespräch auf die kurze Firmengeschichte von Ditec. Der US-Computer-Multi *Digital Equipment (DEC) und dessen Tochterfirma Digital Kienzle* (vormals Kienzle und Philips Bürosysteme) wollten vor fünf Jahren 2.200 Leute in Deutschland entlassen. Nach monatelangen Verhandlungen übernahmen schließlich 1.302 Ex-MitarbeiterInnen verschiedene DEC-Sparten und gründeten Ditec als Aktiengesellschaft. Sie verzichteten auf die Aufhebungsverträge ihrer KollegInnen und erhielten zum Start die Betriebe, wertvollen Grundbesitz, etwa ein Drittel der ursprünglich geplanten Abfindung als Anschubfinanzierung und wurden damit zu AktionärInnen und MitbesitzerInnen.

Für Wolfgang Stübich, auch ehemals bei DEC, hat das »Soziale« bei Ditec hauptsächlich mit dem Mut des Betriebsrats zu tun, das Unternehmen fortführen zu wollen und damit den beteiligten MitarbeiterInnen die Arbeitslosigkeit zu ersparen: »Die Leute mußten von der Lohnliste«, gibt er die harte Ausgangslage seitens DEC wieder. Zusammen mit dem Betriebsrat war ein bekannter Gewerkschaftsanwalt verantwortlich für die geglückten Verhandlungen.

Wolfgang Apitzsch hatte sich einen Namen gemacht als geschickt verhandelnder Rechtsanwalt und hatte schon bei einigen akzeptablen Sozialplänen mitgeholfen. Doch in den Ohren einiger Gewerkschafter mußten anfangs seine Ideen einer MitarbeiterInnengesellschaft eher ungewöhnlich geklungen haben. Sein Ansatz: »Wenn die Beschäftigten beweisen, daß sie eine Firma führen können, warum sollten sie dann nicht als Nachfolger in Betracht kommen?« (2)

Angesprochen auf die Frage, ob es seit Gründung der Ditec soziale Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen gegeben hätte, antwortet Apitzsch prägnant, die ganze Firma sei »ein Gegenstück zum Sozialplan«. Erstes Anliegen in den Gründungsverhandlungen sei die Erhaltung der Arbeitsplätze gewesen. Auf den ersten Blick scheint das aber nur zur Hälfte geglückt, denn heute zählt Ditec etwa 590 MitarbeiterInnen. Durch weitere Neugründungen und sogenannte Management-Buy-Outs hätten die Arbeitsabläufe reorganisiert werden müssen. Nur wenige MitarbeiterInnen mußten in der Anfangszeit dennoch entlassen werden, betont Apitzsch, der dem Aufsichtsrat von Ditec vorsitzt.

Basisdemokratie nur geträumt

Neben den neu zu ordnenden Abläufen gab es noch weitere, nicht so klar greifbare Schwierigkeiten zu bewältigen: Ein klares Rezept für die Gründung und den Betrieb einer MitarbeiterInnen-Gesellschaft dieser Größe gab es nicht. Viele MitarbeiterInnen hatten große Hoffnungen in eine nicht genau definierte Zukunft gesetzt. »Irgendetwas Tolles tut sich, dennoch konnte niemand sagen, was sich genau tut«, versucht Apitzsch die anfängliche Stimmungslage zu beschreiben.

Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten. Träume von Basisdemokratie und »jeder entscheidet und diskutiert mit« waren schnell ausgeträumt. Neben den Umstrukturierungen machte es die angespannte Finanzlage notwendig, Kosten einzusparen. Der Aufsichtsrat, zur Hälfte mit VertreterInnen des Betriebsrats besetzt, und der Vorstand beschlossen einstimmig einen sozial gestaffelten Gehaltsverzicht von fünf bis neun Prozent und den Verzicht der 35-Stunden-Woche.

»Nicht shareholder value sondern der Erhalt der Arbeitsplätze war oberste Maxime«, betont auch der Betriebsrat *Siegfried Schwarz*. Auch heute hätten die MitarbeiterInnen bei Ditec dank ihren Betriebsratsstrukturen mehr Einfluß auf den Erhalt ihrer Arbeitsplätze als in anderen Unternehmen. Auf die Frage, was denn im Alltag die MitarbeiterInnen-Gesellschaft ausmache, erwähnt Schwarz ein »im Arbeitsprozeß mitschwingendes, verändertes Bewußtsein bei den MitarbeiterInnen, auch anteilig UnternehmerIn zu sein«. Nicht wenige würden ihre Aktien auch als Teil ihrer Altersversorgung betrachten, die sie durch eigene Kraft absichern und vergrößern könnten.

Wolfgang Apitzsch, der sich im Aufsichtsrat als Moderator zwischen Betriebsrat und den von außen dazugezogenen, ehemaligen Managern versteht, spricht von einem »ausgesprochen freundlichen Arbeitsklima bei Ditec«. Gute Moral und überdurchschnittliche Motivation im Team aller MitarbeiterInnen betrachtet auch Wolfgang Stübich als bezeichnende Merkmale für Ditec und schwärmt von dem in den letzten fünf Jahren Erreichten.

Gleichzeitig betont er, daß die anfänglichen Träume von demokratischer Mitbestimmung einer branchenüblichen Organisationsstruktur und einem »knallharten Ablauf« Platz machen mußten. Denn nur mit »klaren Hierarchien und klarem Controlling, verbunden mit einer Bezahlung nach Leistung«, könne Ditec wirtschaftlich erfolgreich sein: »364 Tage im Jahr wird hier gearbeitet und an einem Tag kann ein Mitarbeiter Aktionär sein.«

Kann Ditec Modell sein?

Antwort auf die eingangs gestellte Frage, inwieweit die Form der MitarbeiterInnengesellschaft bei Ditec als Modell auf andere Firmen übertragbar sei, gibt Wolfgang Stübich vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und erwähnt drei Voraussetzungen, die erfüllt sein müßten. Zum einen sei eine hohe Anschubfinanzierung über mindestens zwei Jahre erforderlich, zweitens habe es bei Ditec nur geklappt, weil sie in einem real existierenden Markt tätig seien (»Steinkohle geht nicht«) und drittens sei von Anfang an ein professionelles Management notwendig. Ähnlich argumentiert Wolfgang Apitzsch, der als Rechtsanwalt seit dem Bekanntwerden der Ditec-Gründung auch mehrere unseriöse Angebote von Firmenchefs erhalte, »die ihre Firmen in den totalen Bankrott getrieben haben und nun noch versuchen, den Schrott ihren Beschäftigten auf den Rücken zu binden.«

Zudem erforderlich ist sicher die Bereitschaft der bisherigen Unternehmer und Besitzer, eine Belegschaftsübernahme als MitarbeiterInnengesellschaft zuzulassen. Prominentes Beispiel dafür, daß auch bei ausgezeichneter Vorarbeit, breiter Unterstützung der MitarbeiterInnen und intensiven Verhandlungen eine Belegschaftsübernahme an der Sturheit eines Mehrheitsaktionärs scheitern kann, ist die traditionsreiche Firma *Messer Griesheim*, ehemalige *Hoechst-Tochter* in Frankfurt. Zum entscheidenden Zeitpunkt hätte innerhalb von 48 Stunden ein Vierfaches des gesamten Umsatzvolumens als Bankbürgschaft aufgetrieben werden sollen, wie sich ein Beteiligter an den damaligen Verhandlungen erinnert. Mit anderen Worten kam für Hoechst-Chef Dormann »ein solches Experiment nicht in Frage«.

Nur vom Betriebsrat Siegfried Schwarz ist zu hören, was aus der Sicht der Ditec-MitarbeiterInnen verbessert werden könnte. Der Wunsch, daß die MitarbeiterInnengesellschaft »noch mehr greifen muß, um Strukturen und Instrumente für die Zukunftsgestaltung bzw. Mitbestimmung der Ditec-Produkte zu schaffen«, hört sich allerdings etwas bescheiden an. Bescheiden insbesondere, wenn sich der interessierte Betrachter vergegenwärtigt, daß eigentlich 100 Prozent der Aktien in der Hand der Beschäftigten sind. Zudem sei es auch nach den Gehaltskürzungen noch so, daß die Ditec-MitarbeiterInnen im Vergleich zur Branche überdurchschnittliche Gehälter beziehen würden. Spielraum wäre also vorhanden.

Nach den verschiedenen Gesprächen bleibt es von außerhalb schwierig zu beurteilen, ob die MitarbeiterInnen sich wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen zur Weiterentwicklung der Firma nicht zutrauen oder dies abgeben wollen aus Furcht vor erhöhtem zeitlichen Aufwand. Und als Folge davon auch keine Verbesserungen aushandeln wollen, wie zum Beispiel einen weiteren Gehaltverzicht zu Gunsten von sozialen Verbesserungen (erhöhtes Kindergeld oder individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten).

Ist also das von der bürgerlich-liberalen Presse gelobte »sozialste Organisationsmodell« der MitarbeiterInnengesellschaft lediglich eine demokratische Ausgestaltung der Besitzverhältnisse ohne Auswirkung auf den konkreten Arbeitsalltag?

Ein Vergleich mit einer ähnlich großen MitarbeiterInnengesellschaft der gleichen Branche zeigt, daß es auch anders gehen könnte. Das Berliner Software-Unternehmen *PSI AG* wird von Wolfgang Stübich als »den Urvater dieser Modelle« bezeichnet mit dem entscheidenen Vorteil, das sich PSI von klein auf entwickeln konnte und nicht auf einen Schlag mit einer zu hohen MitarbeiterInnenzahl zurecht kommen mußte. Die Schwierigkeiten, Organisationsstrukturen an schnelles Wachstum des Unternehmens anzupassen, sollen hier allerdings nicht diskutiert werden, vielmehr soll erinnert werden, daß PSI gezeigt hat, daß auch demokratisch orientierte Unternehmen sich innovativ entwickeln können (3). Umfangreich vorgestellt wird PSI AG vom CONTRASTE-Autor Burghard Flieger in seinem Buch »Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation« (4).

Er bezeichnet MitarbeiterInnengesellschaften vom Typ der Ditec zur Unterscheidung z.B. von Industriebetrieben unabhängig von der Rechtsform als Professionsgenossenschaften. Sie können charakterisiert werden dadurch, daß ein großer Teil der MitarbeiterInnen eine ähnlich hohe Art des Qualifikationsniveaus aufweisen und die Unternehmen in einem spezialisierten, wirtschaftlich funktionierenden Marktsegment tätig sind. Die Voraussetzungen für größere innerbetriebliche Demokratie, die über »einen Tag Aktionär-sein« pro Jahr hinausgeht, wären bei Ditec also vorhanden, soweit man das von außen beurteilen kann. Notwendig wäre dafür allerdings, daß sich nach dem Erhalt der Arbeitsplätze und dem wirtschaftlichen Erfolg auch ein Bewußtsein für den sozialen Erfolg zugunsten der MitarbeiterInnen verbreitet, womit sich Errungenschaften wie bei PSI erreichen ließen: Weitgehend autonome Gruppenstrukturen, die beinahe wie selbständige Firmen operierten und z.B. ihren Gruppen-Chef auch nach sozialen Kriterien aus den eigenen Reihen wählten, sowie innerbetriebliche Regelungen zur selbständigen Festsetzung der Löhne seien als zwei Beispiele erwähnt.●

Quellen:
(1) Süddeutsche Zeitung, 12.10.98
(2) Frankfurter Rundschau, 27.6.98
(3) CONTRASTE, 3/96
(4) Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen; Metropolis Verlag, 1996, 2. Aufl., 68 DM. Erhältlich beim Autor Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel. 0761/709023.

Niederlassung der DiTEC in Köln

SOZIALE PRÜFKRITERIEN FÜR BETRIEBE, INSTITUTIONEN UND KOMMUNEN

Über das übliche Qualitätsmanagement hinaus....

In der real existierenden Gesellschaft in Deutschland scheint es Konsens zu sein, daß jede und jeder sich selbst helfen müssen, wenn sie »erfolgreich« sein wollen. Leistung ist gefragt, und gleichzeitig verlieren soziale Anliegen zunehmend an Bedeutung. Ein Instrument, dieser gesellschaftlichen Schieflage gegen zu steuern, könnte ein soziales Qualitätsmanagement namens »SocialWatch« sein.

von Gerhard Kern, Dörwies e.V. ● Sozialwörter wurden verfaßt von den Kirchen, die Gewerkschaften und »linke Parteien« sprachen scharfe Worte gegen die »alte« Regierung. Selbst im Regierungslager wurde der Abbau der sozialen Sicherheit für die Armen und Ärmeren bedauert und appelliert, man müsse mehr Solidarität aufbringen.

Die Wohlfahrtsverbände analysierten die »Neue Armut« und forderten den Schulterschluß der Institutionen, die sich in ihren Satzungen für die Belange der Unterprivilegierten verpflichteten.

Konsens scheint derzeit mehr oder weniger, daß die, »denen der Arsch auf Grundeis geht«, sich selbst helfen müßten. Das hört und liest man in allen Medien, auch in denen, die sich einem linken Diskurs verpflichtet fühlen. Hilfreich ist bei dieser Konstruktion die Selbstbestimmungs- oder auch Selbstverwaltungsdebatte, die liberale Linke seit Jahrzehnten führen. Wie schon bei der Diskussion um die Emanzipation der Frauen, neuerdings auch der Kinder, haben die herrschenden Kräfte gut hingeschaut und gehört, haben schneller gelernt als die Linken und schließlich die prinzipiell emanzipatorischen Ideen in ihr Weltbild eingepaßt. Sie haben es auf jeden Fall verstanden, die transformierten Ideen besser an das, was man Volk nennt, zu verkaufen.

Helft Euch selbst, rufen sie den Wahlbürgern zu. Da ihr mündige BürgerInnen sein wollt, müßt ihr auch ein hohes Maß an Selbstbestimmung und -Verantwortung auf Euch nehmen. Sie verschweigen allerdings, daß Verantwortung nur übernehmen kann, wer auch Einblick in die Entscheidungsprozesse und Zugriff auf die Ressourcen hat.

Wer arbeiten will, findet auch welche, wird gesagt und das angesichts einer Arbeitslosenquote von 15%. Die Dunkelziffer nennt kein Mensch, obwohl sie mit Hilfe des Zensus bekannt sein könnte.

LEHRERKOOPERATIVE FRANKFURT:

Betriebe

Umwandlung der Selbstverwaltung

Einer der größten selbstorganisierten und selbstverwalteten Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland, die Lehrerkooperative e.V. Frankfurt, hat sich Ende 1998 mehr oder weniger lautlos dazu entschlossen, neue Wege zu gehen. Weg vom Mitarbeiterverein, dessen Statut einer der Grundpfeiler der Selbstverwaltung bedeutete, hin zu einem »normalen« Betrieb mit Betriebsrat.
Was steckt dahinter, bzw. wie kam es dazu?
Um dies besser zu verstehen und den Prozeß dahin einordnen zu können, möchte ich kurz die Geschichte der Lehrerkooperative in Frankfurt wiedergeben.

Foto: Archiv Netz Hessen

von Rolf Sang-ho Becker, Redaktion Rhein-Main ● Anfang der 80er Jahre war aus Nichteinstellungen im Bildungsbereich eine gravierende Arbeitslosigkeit erwachsen. 90% der PädagogInnen, SozialpädagogInnen, BildungsarbeiterInnen und ErwachsenbildnerInnen standen arbeitslos auf der Straße. Von öffentlicher Seite zeichneten sich keine Konzepte zur Veränderung der Bildungspolitik ab. Aus dieser Situation heraus fanden sich die Betroffenen in Selbsthilfeeinrichtungen zusammen, in denen aber nicht nur der Arbeitslosigkeit entgegnet, sondern auch eine Kritik an der herrschenden Bildungspolitik formuliert werden sollte. Gleichzeitig sollten pädagogische Alternativen praktiziert werden.1983 machten sich mehrere dieser Betroffenen in Frankfurt auf und starteten das Projekt *Lehrerkooperative*. 1985 dann, wurde der Verein offiziell gegründet.

Aus anfangs mobilen Sprachkursen für ausländische ArbeitnehmerInnen und MitbürgerInnen, wurden feste Einrichtungen und Projekte. Mit der Unterstützung des Dachverbandes *L.O.S.* (Lehrer organisieren Selbsthilfe), bei dessen Gründung auch die *Lehrerkooperative* sowie die *GEW* beteiligt war, entstand über die Jahre hinweg ein alternativer Träger von Bildungsmaßnahmen und sozialer Arbeit, neben den »klassischen« Trägern wie der *AWO, Caritas* und dem *Diakonischen Werk*. Heutzutage umfaßt die *Lehrerkooperative* 30 Projekte und Einrichtungen, die im Bildungs- und Sozialbereich vielfältigste Schwerpunkte belegen, von Sprachkursen, über Kinderbetreuung, zur Stadtteilarbeit, Flüchtlings- und MigrantInnen-Projekte sowie schulische Fort- und Weiterbildung. Insgesamt arbeiten mittlerweile ca. 350 Festangestellte und HonorarmitarbeiterInnen in der *Lehrerkooperative*.

Selbstverwaltung nicht weiter entwickelt

Die Vielfalt der Projekte, ihre unterschiedlichen Interessen sowie die Projektautonomie und Selbstorganisation, stellten immer eine große Herausforderung an Selbstverwaltungsstrukturen dar. War die Anzahl der Projekte und auch der MitarbeiterInnen am Anfang noch überschaubar, so ist die *Lehrerkooperative* aufgrund ihrer Größe heutzutage ein sehr komplexer Organismus geworden. Konnten am Anfang noch basisdemokratische Entscheidungen getroffen werden, so wurde die Entscheidungsfindung im Zuge der ständigen Expandierung des Vereins zunehmend schwieriger. Gleichzeitig veränderten sich auch die Motive derer, die nun neu in der Lehrerkooperative arbeiteten: Von Aufbruch und Veränderungswillen hin zu reinem Jobpragmatismus, fokussiert lediglich auf die eigene Arbeit.

Verschiedenste Modelle der Mitbestimmung und Mitsprache wurden aktiv diskutiert und auch praktiziert. Vom Bereichsleitergremium ging man über zu Geschäftsführern, mit Delegiertenräten und Delegiertenversammlung, die die MitarbeiterInnen vertreten sollten. Es zeigte sich aber, gerade bei Konflikten, daß dem Wachstum des Vereins immer mehr Priorität eingeräumt wurde als der Entwicklung der eigenen Arbeitsstrukturen. Es fehlte eine ständige Reflexion und Weiterentwicklung der Selbstverwaltung. Mit der Zeit etablierten sich durch Arbeitsteilung entstandene Hierarchien, die durch die ständige Vergrößerung auch ihre Vorteile hatten, aber auf der anderen Seite längst nicht mehr den basisdemokratischen Anfangsstrukturen gerecht wurden, noch ein adäquates System bildeten, welches auf äußere und innere Veränderungen reagieren konnte. Diese lose Struktur barg zunehmend Reibungspunkte durch Willkürlichkeiten.

Spielraum wird enger

Im Zuge stärkerer Kürzungen im sozialen Bereich Mitte der 90er Jahre, wurde für viele dieser selbstverwalteten Projekte der finanzielle Spielraum enger. Solidarische Prinzipien, wie Einkommenseinbußen für alle oder finanzielle Umverteilung wurden auf die Probe gestellt. Es zeigte sich, daß die Transformation der eigenen Strukturen, d.h. wie ein Konstrukt aus verschiedenen Einzelprojekten (LKOOP) zusammen arbeitet und sich in Krisensituationen solidarisiert, vollkommen offen war. Projektdefizite, Entlassungen, aber auch Arbeitsplatzsicherung waren nun Gegenstand der Diskussionen. Politische Arbeit, Weiterentwicklung der Selbstverwaltung und Bildungsmaßnahmen spielten auf Gesamtvereinsebene nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Kommunikation verlor sich in persönlichen Gesprächen und rein pragmatischem Handeln, und wurde somit immer weniger transparent für alle.

Mangel an Verbindlichkeiten

In dieser Zeit entstand die Strukturgruppe, die von der Mitgliederversammlung beauftragt war, ein Strukturpapier zu erarbeiten, welches einerseits die alltägliche Arbeitsstruktur beschreiben sollte, eingebunden in die Grundprinzipien des Vereins, und andererseits Lösungskonzepte für jeweilige Situationen (betreffend Finanz/Personal-Politik) beeinhalten sollte. Trotz intensivster Bemühungen und einem jahrelangen Arbeitsprozeß, größtmöglichen Konsens herzustellen, konnte nur ein Teil des Papiers verabschiedet werden. Dieser Mangel an Verbindlichkeiten und die somit verbundene »Luftleere« in denen sich somit die meisten Diskussionsgremien befanden, führte zu Frustration und steigender Teilnahmslosigkeit gegenüber dem Gesamtgeschehen des Vereins.

Für die Arbeit der Projekte mit ihrer relativen Autonomie, bedeuteten diese inneren Richtungsdiskussionen erstmal keine Beeinträchtigung, soweit es nicht um Etatkürzungen und Kündigungen ging. Standen diese aber zur Diskussion, offenbarte sich hier ein immenser Mangel. Die fehlende Reflexion, Kommunikation und Transparenz führte schließlich dazu, daß nur noch die Mitgliederversammlung als Gremium genutzt werden konnte. Hierhin verlagerten sich alle Entscheidungen, die eigentlich in anderen Gremien hätten behandelt werden müssen. Eine Aufgabe, die die MV regelmäßig überforderte.

Zäsur und veränderte Bedingungen

In dieser zunehmenden Polarisierung von Meinungen, war es nur noch selten möglich, sachliche Diskussionen zu führen. Zusätzlich enstand ein permanentes Gefühl der Unsicherheit, da die Selbstverwaltungsstrukturen nicht auf betriebsverfassungsrechtliche Grundlagen gestützt waren, die bei einigen Konflikten relevant wurden. Dies führte schließlich zu einer Zäsur im Verein, die zum Rücktritt des Vereinsvorstandes führte. Der neugewählte Vorstand machte seine Wahl von der Veränderung des Mitarbeitervereins abhängig, wobei aber nicht der Mangel an Selbstverantwortung innerhalb der Selbstverwaltung gesehen wurde, sondern die Selbstverwaltung an sich kritisiert wurde. Somit sollten die entstandenen »Lager« im Verein überwunden und ein Neuanfang gestartet werden. Statt der »verlorenen Mitbestimmungsmöglichkeit« sollte ein Betriebsrat installiert werden.

Selbstverwaltung überdenken

Die *Lehrerkooperative* manifestiert sich in der Öffentlichkeit durch ihre Projekte, in denen auch noch ein hohes Maß an Selbstverwaltung praktiziert wird, deshalb ist mit der Aufgabe des Mitarbeitervereins noch nicht die Selbstverwaltung aufgehoben. Aber zur Zeit ist keine alternative Struktur bzw. ein Prozess erkennbar, der die Selbstverwaltung übergreifend erfaßt, aus den Fehlern lernt und innovativ weiterführt. Es wird sich zeigen, inwieweit die MitarbeiterInnen der einzelnen Projekte, Selbstverwaltung/Selbstverantwortung im Gesamtverein für sich als Gewinn ansehen und welche Rolle der Betriebsrat in Zukunft spielen kann als Vermittler und Mediator, auf dem die offen geblieben Strukturfragen lasten. Gerade im Hinblick auf selbstverwaltetete Betriebe mit Betriebsrat, gibt es bisher wenig Erfahrung. Die Instrumente der Selbstverwaltung boten hier vielmehr Spielraum. Es wird ein Überdenken der Selbstverwaltung an sich notwendig sein, da sich die Bedingungen und die Motivation für selbstverwaltetes Arbeiten geändert haben.Trotzdem bleibt der Selbstverwaltungsgedanke nach wie vor aktuell, gerade im Hinblick auf Tendenzen in vielen konventionellen Betrieben. Für die Lehrerkooperative beginnt ein neues Kapitel, dessen Ausgang offen ist und somit natürlich auch spannend.●

Der Autor (Rolf Sang-ho Becker) arbeitet seit 7 Jahren in der Lehrerkooperative, in einem Kinder/Jugendlichen Projekt. Von 1997 bis Ende 1998 war er zusäztlich als Delegiertenrat tätig (Gremium der Mitarbeitervertretung des Vereins) und kandidiert als Betriebsrat für die LKOOP.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Macht euch doch selbständig, gründet eigene Unternehmen und ihr könnt auch bald zu jenen gehören, die man die Habenden nennt. Es gibt Kredite und jede Menge Institute, die mit Rat und Tat auf der Seite von ExistenzgründerInnen stehen (und dafür kräftig einkassieren). Wie es den armen Säcken nach ein paar Jahren geht, sofern es solange gut geht, danach fragt niemand mehr. Der unbegrenzte Markt der Möglichkeiten fordert doch geradezu den unternehmerischen, am kapitalistischen Markt orientierten, Leistungsmenschen. Denn Leistung ist alles was zählt, in dieser Gesellschaft.

Zunächst war das vorher Aufgezählte ein Privileg der gesunden und nichtbehinderten Menschen. Nach erfolgreicher Reifung des westlichen Gesellschaftssystems haben nun auch die Kranken und Behinderten teil an der neuen Qualität menschlichen Miteinanders. Nun dürfen auch Behinderte als selbständige, selbstbestimmte UnternehmerInnen auftreten. Seit es den § 93 gibt, der am 1.1.1999 in Kraft getreten ist, wird zunächst nur eine (Behinderten)Elite, später vielleicht auch viele, in den Genuß kommen, nicht mehr abhängig von Staates Gnaden, sondern ganz selbstbestimmt ihre Existenz zu steuern. Wenn das kein Fortschritt in der menschlichen Entwicklung ist. Der/Die Behinderte oder Kranke wird Händlerin und kauft sich die Dienste, die benötigt werden. Die DienstleisterInnen werden konkurrieren und dadurch wird alles viel schöner, vor allem billiger. So werden auch im Sozialhilfebereich, wie zuvor bei Arbeitslosen oder Arbeithabenden, die Leute hinters Licht geführt. Selbstbestimmung sei angesagt auch dort, wo sie überhaupt nicht möglich ist.

Wann endlich werden sie wach und merken den Betrug, der doch so offensichtlich ist?

Kurzum es herrscht Eiszeit im Sozialstaat, oder vielleicht wäre es gar besser zu benennen, was zu benennen ist: es gibt ihn gar nicht mehr. Das Schlimmste ist, daß auch die neue rosa/grüne Regierung die Politik des Abbaus von sozialen Leistungen fortsetzt – nur etwas besser kaschiert als das die VorgängerInnen taten. Oder hatten Sie tatsächlich etwas anderes erwartet?

Zeit gegen zu steuern: SoWat oder wie?

Es gab einmal eine Utopie. Eine Initiative sollte entstehen, die inmitten einer barbarisierten Welt die Weichen in Richtung eines sozial-verträglichen Klimas stellt. »SocialWatch« hieß die Idee, die das soziale Umfeld bei Betrieben, Institutionen und Kommunen derart steuern wollte, daß zumindest die extremen Härten des kapitalistischen Gesellschaftssystems ein wenig abgemildert werden sollten. Keine Revolution war angesagt, obwohl den Ideeninhabern klar war, daß nur diese eine tatsächliche Veränderung herstellen könnte. Aber, wie schrieb schon Frau *Ditfurth* in der letzten *ÖkoLinx* (28/29): »Aber von einer starken radikalen Linken existiert nicht einmal eine verzerrte Zeichnung.« Weil dies auch bei der Ideensetzung von SocialWatch schon so war, hatten wir uns entschlossen, eine Initiative zu starten, die durchaus in der Lage wäre, die schärfsten Kanten, die schreiensten Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Und wir hofften auf die breite Unterstützung derer, die sich der Selbstverwaltungsbewegung, der MitarbeiterInnenbetriebe zurechnen.

SoWat würde dezentral arbeiten und zwar in ganz Germoney oder auch in dem neuen (für einige) reichen Europa. Es gibt an allen Orten sozial engagierte Menschen, die bereit sind, das Instrument SoWat zu benutzen. Die Aufgabe der Sozial-QualitätsmanagerInnen wäre die Kontaktaufnahme zu Betrieben, Institutionen und Kommunen (das Ganze ist ausbaubar). Mit diesen würden Prüfkriterien und Methoden festgelegt, etwa in der Form des Qualitätsmanagements für bestimmte Warengruppen oder wie sie jetzt auch im Bereich der Sozialhilfe angewandt werden. Die Schreinerei, die Behindertenwerkstatt hat nachzuweisen, daß sie ihr Produkt qualitätsgerecht herstellt.

Warum nun soll ein Betrieb, eine Institution oder eine Kommune nicht nachweisen müssen, daß seine/ihre Sozialstruktur von noch fest zu legenden Richtlinien geformt wird?

Jeder Betrieb aber auch jedes Arbeitsamt hätte offen zu legen, zu welchen Bedingungen (Arbeitsvertrag, Entlöhnung, Fortbildung, Mutterschutz, etc.) die MitarbeiterInnen angestellt sind. Sie hätten auch den Umgang miteinander nach einem Kriterienkatalog zu verbessern und auch das Verhalten den KundInnen – oder in unserem Beispiel den Arbeitslosen gegenüber – auf ein humanes Maß hin zu entwickeln. Diese doch wohl von jedem Menschen anerkannten Ziele könnten im fairen Wettkampf miteinander (vielleicht mit ähnlichen Leistungsansprüchen, wie das in der Wirtschaft üblich ist) erreicht werden.

Wäre es nicht wunderbar, wenn auf den Firmen-Plakaten, auf den Briefbögen oder am Eingang von Arbeitsamt und Sozialamt eine Plakette sichtbar wäre, die den InhaberInnen bescheinigt, das beste soziale Klima weit und breit zu haben. Ganze Kommunen könnten sich rühmen, daß es sich lohnt, in ihrer Gemeinde zu leben. Der Wettbewerb »unser Dorf soll schöner werden« würde eine soziale Krone bekommen und den Menschen in den Orten und Städten ein wahrhaft menschliches Leben, welches einzig diesen Namen verdient, ermöglichen.

Alles nur eine Utopie?

Ja, sicher! Solange sich nicht Menschen finden, die inmitten der Eiszeit ein Feuer zünden, welches je nach Größe und Kraft wärmen könnte. Sicher haben Sie recht, wenn Sie behaupten, in einer Eiszeit nütze auch ein Feuer nichts, damit könne sie nicht beendet werden. Eins ist zuwenig, aber viele Finger werden zur Faust und viele Fäuste vielleicht zur gemeinsamen Kraft für die Revolution.●

TAGUNG ZUR ZUKUNFT DER ARBEIT

Alternativen zur Armensuppe

Vollbeschäftigung ist nicht mehr zu erwarten. Wie gehen die Kommunen und Unternehmen damit um? Wie funktioniert die neoliberale Geschlechterideologie? Welche Arten und Weisen von Diskriminierungen finden statt? Wie kann Geldverdienen, Arbeiten und Lernen auf sinnvolle Weise selbst organisiert werden? Neben Referaten zu diesen Fragen wurden Aufbau und Idee des inzwischen neugegründeten »Fachforums Soziale Sicherung gegen Armut« vorgestellt.

von Henning Meumann, Marburg ● Unter dem Titel »Alternativen zur Armensuppe« fand die 2. »Salecina-Tagung zur Zukunft der Arbeit« Anfang Oktober 1998 statt. Das gleichnamige selbstverwaltete Ferien- und Bildungszentrum liegt am Malojapass im äußersten Südosten der Schweiz. Die erste Tagung hatte ebenfalls dort vom 25. bis 28. September 1997 unter dem Untertitel »arbeitslos! ausweglos?« stattgefunden.

Das Kompetenzniveau der Anwesenden konnte sich durchaus sehen lassen. Zum überwiegenden Teil waren sie tätig als Beraterinnen und Berater in solchen sozialen Bereichen, die von Armut und Erwerbslosigkeit betroffen sind. Ferner waren Personen dabei, die sich haupt-, neben- oder ehrenamtlich in der Politik und/oder im Bildungsbereich engagieren oder engagiert haben, sei es in Diskussionskreisen, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, in der Kirche oder in Parteien. Ebenfalls war anwesend eine Vertreterin einer Selbsthilfeinitiative, eine Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, eine Sozialwissenschaftlerin und eine freie Schriftstellerin. Auffallend viele TeilnehmerInnen zeichneten sich durch einen oder mehrere Berufswechsel in ihrem Leben aus. Dies war in einigen Fällen verbunden mit mehreren Jahren Arbeitslosigkeit. So verbargen sich unter den oben genannten Berufen frühere Karrieren als medizinische Assistentinnen, Zoologin, Architektin, Maurer, Mütter, Kauffrau, Verkäufer im Sportgeschäft, Väter, Schriftsetzer, Slavistin.

Martin Übelhart – derzeit Fachberater beim Regionalen Arbeitsvermittlungsamt (RAV) Zürich – leitete die Tagung ein mit seinem Referat »Wege und Irrwege der sozialen Sicherung«. Er brachte die Bedeutung von »sozialer Sicherheit« in Zusammenhang mit Artikel 22 der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte von 1948, in dem die Rede ist von Würde und freier Entwicklung der Persönlichkeit sowie unabdingbaren kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen Werten. Die heutige Diskussion beschränke sich aber auf den Blickwinkel der rein materiellen sozialen Absicherung. Sozialpolitik sei nicht mehr die Politik für eine Gesellschaft von Menschen im Sinne der Menschenrechte. Hinzu kommt die Einschränkung der sozialen Sicherheit durch die systematische Kürzung von Sozialleistungen. Dies wird vertreten mit dem Argument von deren Nicht-Finanzierbarkeit. Damit aber – so Martin Übelhart – greife das Bürgertum seine aus der französischen Revolution stammende Erfindung des Sozialstaats an. Die Sicherheit ist kein einklagbares Recht mehr. Der Staat verliert seine historische Rechtfertigung. Martin Übelhart verteidigt die soziale Sicherheit im umfassenderen Sinne als Recht, welches nicht durch das Motiv der Wohltätigkeit korrumpiert werden darf.

Susanne Elsen aus Trier berichtete in ihrem Referat »AgentInnen des sozialen Wandels« über die Entwicklung eines sozialen Projektes in Trier von 1983 bis heute. Sie selbst arbeitet in diesem Projekt und hat es wesentlich vorangetrieben. 1983 wurde im Rahmen eines universitären Projektes ein soziokulturelles Zentrum am Rande eines sozial benachteiligten Stadtteils gegründet. Die Kontaktaufnahme mit den Menschen aus dem entsprechenden Viertel erfolgte zögernd zunächst über die Kinder, dann über alte Menschen und schließlich auch über Menschen mittleren Alters. Gegründet worden war die Institution von Intellektuellen aus der Mittelschicht. Hingegen leben die BewohnerInnen des sozial benachteiligten Gebietes in einer davon verschiedenen eigenen Kultur. Diese von der Referentin so bezeichnete »Kultur der Armut« ist geprägt von eigenen Gesetzen, eigenen Stärken – etwa eine starke Form der Solidarität – aber zum Beispiel auch einer ausgeprägt patriarchalen Lebensweise. Die gegenseitige Annäherung war ein allmählicher Lernprozeß. Aus den Zusammenkünften entstanden diverse Selbsthilfestrukturen. Das Gebäude wurde zunehmend genutzt, sodaß es 1985/86 in einer gemeinsamen Aktion ausgebaut wurde. Dies war verbunden mit einer ersten Beschäftigungsmaßnahme für Arbeitslose. Jugendliche wurden in Planung und Ausbau integriert. Viele Gruppen von Studierenden der Universität Trier führten aktivierende Befragungen zu der Gestaltung zum Beispiel des Spielplatzes durch.

1990 trat eine Veränderung ein: von dem soziokulturellen Zentrum hin zur Gestaltung des Stadtteils. Anlaß war das Vorhaben einiger Investoren, alte bewohnte Kasernengebäude aus dem Stadtviertel aufzukaufen und zu sanieren. Es kam zu der sehr schnellen Gründung einer Genossenschaft. Dank günstiger Gutachten kaufte diese die zunächst auf 1,6 Millionen DM veranschlagten Gebäude für 860.000 DM auf. Die erforderliche Summe wurde aufgebracht durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft der BewohnerInnen mit einem Einsatz von 22,5% Eigenkapital. Die Wohnungsbaugenossenschaft ist seit 1990 ein eigenes Unternehmen, welches einerseits marktwirtschaftlich funktionieren, andererseits den Bedürfnissen der Bewohner gerecht werden muß. Gleichzeitig übernimmt sie die Funktion einer finanziellen »Milchkuh« für viele andere Initiativen des Projekts.

1992 entstand eine GmbH mit fünf sogenannten »Gewerken«: eine »Hausverwaltungs- und Sanierungs-GmbH«, eine Kindertagesstätte, eine Wäscherei, ein Catering-Service sowie ...

Eine weitere Gründung führte zu der *WSG*, der »Wohnungswirtschaflichen Service-Gesellschaft«. Eine kleine Gartenstadt in Trier wurde aufgekauft, saniert und wird nun hauptsächlich von Familien mit Kindern bewohnt. Die neueste Gründung ist *PROLOG*, ein ökonomisches »Projekt zur Förderung der lokalen Ökonomie«, welches Hilfestellung geben soll für die Gründung kleiner Geschäfte. Unabdingbar für alle Unternehmungen des Gesamtprojekts war die Hinzuziehung externer personeller Kompetenzen. Entsprechend der Idee des dienenden Kapitals setzen die Betriebsgenossenschaften Geld und Arbeit für die Gemeinschaft ein.

Das gesamte Projekt unterliegt verschiedenen Eigendynamiken. Die jetzt sanierten Wohnungen in den alten Kasernengebäuden bieten einen erheblich höheren Lebensstandard als die Häuser in der Umgebung. Daraus ergibt sich ein neues soziales Gefälle. Einige Bewohner der neu sanierten Räumlichkeiten bringen dies zum Ausdruck durch die Betonung ihrer materiellen Ausstattung, die sie ja nun endlich haben. Eine andere Gefahr liegt in einer Verökonomisierung der Projekte. Das finanzielle Gedeihen und der Fortgang der einzelnen Projekte könnte Übergewicht bekommen über die Idee des gemeinsamen Handelns. Soll das Gesamtprojekt wieder zu seinen Anfängen zurückfinden, so bedarf es einer gewissen Ruhe zum Nachdenken über das Verhältnis von Markt und sozialer Ökonomie.

Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin aus Bonn legte in einer Betrachtung zum »Verhältnis von Individuum und Gemeinsinn« aus feministischer Sicht die Ideologie der »neuen Freiwilligen« dar. Ihre zentrale These lautet, daß der sogenannte »neoliberale Gesellschaftsvertrag« in Wirklichkeit ein uralter Geschlechtervertrag ist. Von konservativer Seite wird versucht, »Gemeinsinn« oder »Gemeinschaft« in erster Linie den Frauen als positives Ideal zu vermitteln. Männer hingegen müssen weiterhin im Beruf leistungs- und konkurrenzfähig sein. Sofern Frauen nicht ihren Rollenerwartungen entsprechen, etwa weil sie berufstätig sind, wird ihnen die »Verwahrlosung der Kinder« und »Entwurzelung der Alten«, die »Krise der Familie«, ja sogar die »Krise des Sozialstaats« als negative Folgen der Individualisierung angelastet. Nicht zuletzt durch das Erziehungsgeld wird ein Familienmodell gefördert, in dem die Frau wirtschaftlich unselbständig der Familie zuarbeitet. »Reden ist silber, helfen ist Gold«: In diesem Sinne wird auch die Ehrenamtlichkeit aufgewertet. Freiwilligen-Agenturen schießen aus dem Boden und inszenieren freiwillige Solidarität. Angesichts des sozialen Kahlschlags und der Arbeitslosigkeit ist die Pufferfunktion solcher »Bürger für Bürger«-Aktivitäten unübersehbar. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die »Bürger« zu 80% aus Frauen bestehen. Diese sollen ohne Lohn die sozialen Folgen tragen und am besten ideologisch ihr Geschlecht umwandeln, sofern sie öffentlich anerkannt werden wollen. *Ulrich Beck* leistet in dieser Hinsicht Pionierarbeit. Der Erfinder der Individualisierungsthese gilt heute als der Erfinder der »Bürgerarbeit«, die mit einem »Bürgergeld« in Höhe der Sozialhilfe vergütet wird.

In der Tat ist die Angst vor Lebensexperimenten größer denn je. Das Problem postmoderner »sozialer Innovationen« besteht darin, daß sie keine reale Utopie, keine Vorstellung vom guten Leben im positiven Sinne liefern können. Für *Gisela Notz* würden zu solch einer Utopie eigenständige Menschen im Sinne von Arendt gehören die nicht abwarten, was von oben kommt, sondern in einem Prozeß gegenseitiger kritischer Auseinandersetzung selbst ihr Leben gestalten.

Hans-Georg Heimann vom Arbeitslosenkomitee Basel beschäftigte sich in seinem Referat »Aus der Not eine Lust machen« mit der zentralen Rolle der Lust beim selbstorganisierten Lernen und Handeln. Menschen, die erwerbsarbeitslos werden, verlieren mit ihrer Arbeit eine Tagesstruktur, die manchmal auch den Eindruck von Sinnhaftigkeit vermittelt. Daraus entsteht eine Leere, die zu füllen eigene Initiative erfordert. Die Frage, was übrigbleibt, wenn eine vorgegebene Struktur fehlt, lenkt die Suche auf andere vorgegebene Strukturen oder auf etwas Spontanes, was in einem Menschen selbst liegt, die Lust. Die Lust als zentrale Initiatorin von Ideen ermöglicht erst die eigene Erzeugung von Orientierungspunkten, deren Wirkung sich wiederum als Erfahrung niederschlägt. Lernen geschieht aus der Selbstorganisation heraus und organisiert sich zugleich selbst. Wenn hinzu kommt, daß das Eigene der Lust zusammen mit anderen erfahren wird, dann wird Lust zur Voraussetzung für eigenverantwortliches und zugleich solidarisches Handeln. Die Lust anderer abzuschneiden, indem sie verdrängt werden, wäre demgegenüber kontraproduktiv. Konkurrenz im Sinne der Verdrängung zwingt anderen wieder fremde Strukturen auf und grenzt sie aus. Das Prinzip, aus der Not eine Lust zu machen, fordert nicht dazu auf, durch Entlassungen den Mangel an fremdbestimmten Arbeitsstrukturen herbeizuführen. Vielmehr soll der tatsächlich empfundene Mangel, anstatt in die Resignation zu führen, Anlaß bieten, die Lust als Initiatorin zur Selbstorganisation ernst zu nehmen.

»Lohn statt Fürsorge – Integration statt Ausgrenzung«. Dieser Titel entspricht eher nicht der Botschaft des Referenten *Lukas Schwyn*, Pfarrer und Mitarbeiter in der Fachstelle Arbeit und Wirtschaft bei den Reformierten Kirchen Bern-Jura. »Sozialllohn statt Sozialhilfe«, »Arbeit statt Fürsorge« sind weitere Bezeichnungen derselben Programme in der Schweiz. Der Kernpunkt dieser Programme besteht darin, Sozialhilfegelder durch lohnwirksame Arbeitsangebote zu ersetzen. Dies soll Ausgrenzung verhindern und den Anschluß an das Arbeitsleben ermöglichen. Es geht aber auch um Kostenreduzierung für die Gemeinden, zumal ehemals Fürsorgeabhängige nach 12 Monaten Arbeit wieder Anspruch auf Arbeitslosenversicherungsgelder erhalten. Fürsorge/Sozialhilfe wird in der Schweiz wie in Deutschland von den Gemeinden getragen, Arbeitslosen-Gelder in beiden Staaten vom Bund.

Die Ausgestaltung dieser Programme in der Schweiz ist von Stadt zu Stadt verschieden. Grob kann von zwei Modellen gesprochen werden, dem »Wiedereingliederungseinkommen« und dem »Soziallohn«. Beide Modelle haben gemeinsam, daß der »Lohn« bzw. das »Einkommen« sich in etwa der Höhe der Fürsorge beziehungsweise Sozialhilfe bewegen. Kantone und Gemeinden in der Westschweiz interessieren sich für das erstere Modell besonders dort, wo eine Rückzahlungspflicht für empfangene Sozialhilfe besteht. Es richtet sich nicht an alle Menschen, die Sozialhilfe beziehen, sondern im Gegenteil in erster Linie an ausgesteuerte Erwerbslose und an Personen mit ungenügendem Einkommen. Unter diesen Bedingungen wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich die zunächst erwerbslose Person zur Teilnahme an Arbeitsprojekten, Weiterbildungs- und anderen Integrationsmaßnahmen verpflichtet.

Das Modell »Soziallohn« heißt in Bern »Arbeit statt Fürsorge«. Ein Fünftel dieser Arbeitsstellen wird in der Privatwirtschaft, ein weiteres Fünftel bei der Verwaltung und drei Fünftel bei Nonprofit-Organisationen vergeben. Interessant ist die Finanzierung in der Privatwirtschaft: 20-40% des Lohns werden durch die Arbeitgeber, 60-80% von der Fürsorge finanziert. Beispielsweise wird in einem McDonalds-Projekt ein Stundenlohn von 15 Franken zu 40% subventioniert. Hingegen wird die Verdrängung bestehender Arbeitsplätze aus dem öffenltichen Sektor in Bern daran sichtbar, daß Hausdienste, Reinigungsdienste, einfache Verwaltungsstellen, Straßenreinigungdieste für die Stadt wesentlich weniger von regulären Stellen besetzt werden.

Die Stadt Biel versucht die Integration von ehemals Erwerbslosen noch profitabler für die Unternehmen zu machen. Zusammen mit den »Arbeitgebern« werden wünschenswerte Arbeiten herauskristallisiert, die dann den Firmen mit bis zu 100 Prozent finanziert werden. Die Arbeitnehmer sind abgesichert mit »Temporärverträgen«. Der äußerste Fall wird dabei zur »fifty-fifty«-Lösung heruntergekocht: Der Arbeitgeber trägt die »Hälfte« der Kosten für die Infrastruktur, die Bereitstellung des Arbeitsplatzes sowie die Betreuung (2.500-3.000 Franken), die »andere Hälfte« trägt das Fürsorgeamt, indem es den Bruttolohn zu 100% überweist. 11 Menschen sind in diesem Programm beschäftigt. Mit Propagandabegriffen wie »soziale und berufliche Integration«, »sinngebende Erwerbsmöglichkeit«, »feste Tagesstruktur«, »Qualifizierung«, »Selbstwertgefühl« wird letztlich ein äußerst effektives Programm zur weiteren Reduzierung der untersten Lohnniveaus durchgeführt.

»Der 'Rand der Geselschaft' beginnt in deren Mitte«. Um Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeits'markt' ging es in dem Vortrag von *Martin Übelhart*, der auch das Eingangsreferat gehalten hatte. Das Vorurteil, Erwerbsarbeitslose seien selbst schuld an ihrer Situation, ist gekoppelt mit der Unterstellung, sie wollen im Grunde gar nicht arbeiten. Vor diesem Hintergrund müssen sie sich ständig rechtfertigen. Infolge dessen haben es bei der Stellensuche diejenigen am schwersten, die seit längerem erwerbsarbeitslos sind. Schlecht Qualifizierte haben inzwischen so gut wie keine Chance auf eine feste Anstellung. Von Nachteil ist es außerdem, eine Frau zu sein, an den Wohnort gebunden zu sein, über 49 Jahre alt zu sein oder aus einem anderen Land zu stammen. Junge mobile pendelnde schweizer Männer unter 29 Jahren mit einer Fachausbildung gehören zu den Gewinnern. Dementsprechend werden bei anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen in Unternehmen Entlassungshierarchien deutlich.

Eine weitere Diskriminierung besteht in der Segmentierung von Voll- und Teilzeitstellen. Letztere werden für Gutverdienende mit dem Argument abgelehnt, führende Positionen seien nicht teilbar, wohingegen Erwerbstätigen, die wenig Geld verdienen (typischerweise Frauen), Teilzeitstellen aufgezwungen werden. Offene Diskriminierungen tauchten in Stellenanzeigen zum Beispiel durch Hinweise auf wie »keine 220« (schweizer Nationencode für Jugoslawien, muß neurdings ersetzt werden durch »CH-« oder »EU-Bürger«). Schweizer Clubs im Ausland werden übrigens aufwertend bezeichnet als »5. Schweiz«, wohingegen die MigrantInnen innerhalb des Landes abwertend unter der »5. Kolonne« zusammengefaßt werden. Offene Beleidigungen und Beschimpfungen wegen Herkunft oder Hautfarbe tauchen bei Bewerbungssituationen vorzugsweise in juristisch nicht beweisbaren Situationen auf. Rassistische Denkmuster gehen inzwischen so weit, daß für Personalentscheidungen wieder vermehrt physiognomische Gutachten über Kopf-, Gesichts- und allgemein Körperform herangezogen werden. Das heißt, daß das intuitive Einteilen und Aburteilen von Menschen nach ihrem Aussehen gerechtfertigt und systematisiert wird.

Silvia Sager, eine in der Ehe- und Familienberatung tätige Psychologin aus Bern, stellte das Konzept des »Fachforums Soziale Sicherung gegen Armut« vor. Es ist am 28. Oktober 1998 offiziell gegründet worden. Verschiedenste Fachleute, die mit Arbeitslosigkeit und sozialer Sicherheit im weitesten Sinne zu tun haben, sollen in dieser Vereinigung organisiert werden. Die Idee dafür entsprang der letztjährigen Veranstaltung und wird seither ausgearbeitet. Vorgesehen sind bisher die drei »Fachgruppen« »Armut/Erwerbslosigkeit«, »Selbsthilfeprojekte für Erwerbslose« und »Nachhaltigkeit«. Auf dem diesjährigen Treffen wurden Ideen zur Thematik und Funktion der Fachgruppen gesammelt.

Die zuerst genannte Fachgruppe wird die Aufgabe haben, Informationen über Ausmaß und Beschaffenheit der Armut in der Schweiz zu sammeln und sowohl an die allgemeine als auch an die Fach-Öffentlichkeit zu bringen. (Es gibt in der Schweiz keinen Armutsbericht.) Ferner wird es um die Empfehlung, Forderung, Durchsetzung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut gehen.

Die Fachgruppe »Selbsthilfeprojekte für Erwerbslose« setzt die Betonung auf die Förderung selbstorganisierter und selbstgestalteter Projekte und wird sich für die Bereitstellung von Mitteln etwa aus der Arbeitslosen- oder auch Wirtschaftshilfe für Selbsthilfeprojekte einsetzen. Perspektivisch wird wirtschaftlichen Kreislaufmodellen die Priorität eingeräumt vor ausschließlich betriebswirtschaftlichem Denken. Die Bereitstellung von Know-How für entsprechende Projekte wird ein weiterer Schwerpunkt sein.

»Nachhaltigkeit« bezeichnet die dauerhafte Wiederherstellung der verbrauchten Ressourcen. Dies betrifft den ökologischen Kreislauf, die Gesellschaft bzw. das Kultursystem und die Selbstwiederherstellung der Individuen. Zum einen wird sich diese Fachgruppe auseinandersetzen mit Ideologien und Haltungen wie zum Beispiel die Identität durch Arbeit und/oder Konsum. Zum anderen gibt es Ideen für die Kritik und Entwicklung von Konzepten zur Werbung als einem wichtigen ideologiebildenden Instrument. Ökologische und soziale Steuermodelle als Instrumente zur Umschichtung finanzieller Ressourcen werden ebenfalls diskutiert.

Die gut organisierte Tagung ermöglichte ein streßfreies und dennoch spannendes Diskussionsklima. Für die nächste Tagung tauchte der Wunsch auf, einzelne Punkte mehr zu vertiefen als anzureißen. Außerdem wurde kritisiert, daß das eigentliche Thema, der zukünftige Charkter der Arbeit, zu kurz kam. Möglicherweise werden zu der 3. Salecina-Tagung zur Zukunft der Arbeit UnternehmerInnen eingeladen, sodaß noch mehr Kontrapunkte in der Diskussion entstehen können.●

Die Beiträge der 1. und der 2. Salecina-Tagung zur Zukunft der Arbeit werden in einer Broschüre zusammengefaßt und sind über die Stiftung Salecina erhältlich:
Ferien- und Bildungszentrum. CH-7516 Maloja. Tel. 0041/81/824 32 39. Fax 0041/81/824 35 75

Anzeige

antimilitarismus information

Lesen verzögert den Krieg.

1/99

ami

- Der Walser-Disput
- Kosova und deutsche Truppen
- Bomben auf Irak
- Sexismus in der Polizei
- Rüstungsproduzent Diehl
- Raketenstreit auf Zypern
- Friedensgruppen zu Rot-Grün
- Kriegsökonomien der "Dritten Welt"
- NATO-Rußland-Rat

uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

ITALIEN:

La Banca del Tempo – die Zeitbank

Obwohl in Italien bereits verschiedene Sozialprojekte der gegenseitigen Hilfe existierten, entstand die Zeitbank (BdT) erst zu Beginn der 90er Jahre. Der Aufbau erfolgte durch ehrenamtliche Kräfte. Es engagierten sich viele Pensionäre, aber das eigentliche Modell entstand in Santarcangelo de Romagna, einer kleinen Stadt ein paar Kilometer von Rimini entfernt an der adriatischen Küste.

von Rosa Amorevole* ● In Unkenntnis bestehender Tauschringe ließen sich die Mitglieder der Kommission für Chancengleichheit der Gemeinde Santarcangelo de Romagna von einem von *Gente Money* publizierten Artikel über LETS anregen, ein Instrument zu verwirklichen, das Frauen einen besseren Umgang mit ihren Zeitressourcen ermöglichen sollte. Inzwischen beteiligen sich auch andere Frauen der Stadt an dem Experiment.

Über die Zeitbank werden Talente und Dienste unter den Mitgliedern getauscht. Maßeinheit für die Tauschaktionen ist die aufgewendete Zeit. Jedes Mitglied hat ein Konto sowie ein Heft mit Zeit-Schecks. Innerhalb eines bestimmten Zeitraums muß das Konto ausgeglichen werden. Die Idee ist folgende: Es wird ein Netzwerk der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe aufgebaut, das auf Tauschaktionen basiert, mit denen alltägliche Bedürfnisse befriedigt und soziale Hilfe ermöglicht wird, die öffentliche Dienste nicht leisten können.

Bis 1996 war in Italien wenig über LETS (Local Exchange Trading Schemes) bekannt. Erst durch die Organisation von Seminaren zur Weiterentwicklung der Zeitbörsen wurde die Presse zur Berichterstattung über die BdT angeregt und verbreitete die Idee. Zunächst wurde in Norditalien über den Zeittausch berichtet. In wenigen Jahren stieg daraufhin die Anzahl der Tauschringe: 1995 waren es 5, Ende 1996 bereits 40, 1997 mehr als 100, 1998 dann über 230.

Allmählich verbreitete sich das Modell von Santarcangelo de Romagna unter Anpassung an die jeweils lokalen Gegebenheiten: Unterschiede resultieren aus dem jeweiligen Verhältnis zur lokalen Verwaltung, aus den sozialen Bedingungen und dem Umfeld sowie aus den Persönlichkeiten der Akteure. In Italien sind die BDT-Vereinigungen inspiriert vom Modell Santarcangelos, 4 oder 5 Modelle entsprechen LETS, eines basiert auf direktem Tausch.

Aktuelle Situation

BdT hat zur Zeit 230 aktive Projekte vorwiegend in Norditalien. Inzwischen entstehen sie aber auch im Süden. Die Tauschringe dort sind noch nicht alle funktionsfähig, viele sind noch in der Anlaufphase, manche tauschen schon in kleinem Kreis (7-8 Personen). Ältere Projekte haben durchschnittlich 80-100 Mitglieder. Im Allgemeinen unterstützen die städtischen Behörden die BdT mit Räumen, Telefonen, Faxgeräten oder Fotokopierern. Wenn der Tauschring läuft, können die Mitglieder auch mit der Gemeinde Zeit tauschen. Dazu werden Aktivitätsquittungen ausgegeben. Der Zeittausch mit Verwaltungen bezieht sich auf Dienste, die nicht vom Staat angeboten werden, um bestehende Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Die Tauschleistungen sind vielmehr ergänzende Tätigkeiten (die hauswirtschaftliche Betreuung älterer Menschen, den Park 2 Stunden pro Tag länger offen halten, Strände sauber halten, Straßenfeste für Kinder organisieren...)

Die BdT wird als Informationsträger eingesetzt. Erst der Informationsrückfluß zur öffentlichen Verwaltung macht das Kreieren von Diensten möglich, die auf neue Bedürfnisse zugeschnitten sind. Manche Leute suchen spezielle Hilfe, ohne zu wissen, wohin sie sich wenden sollen. Hier setzt die BdT an und bietet Informationen zur Problemlösung an. Aus der Nachfrage nach Hilfe entstehen so neue Angebote, z.B. Kinderbetreuung von ArbeiterInnen mit untypischen Arbeitszeiten, Kinderbetreuung von alleinerziehenden Frauen. Solche Gesuche werden an entsprechende Träger weitergegeben. Die BdT hat somit nach innen gerichtete Aktivitäten, die aus den unterschiedlichen Gesuchen der Mitglieder entstehen. Zugleich agiert sie auch mit externen Projekten.

Die Zeitbank und ihre Prinzipien

Im Gegensatz zur europäischen und internationalen Tauschringbewegung, die als kritische Reaktion auf die Globalisierung und Geldpolitik der Zentralbanken zu werten ist, wurde in Italien der Zeittausch aus praktischen Gründen entwickelt. Die wie die Local Exchange Trading Schemes funktionierenden Tauschringe, z.B. der Tauschring von Martano sind durch ihre strenge theoretische Grundlagen und durch den Einfluß von *MAUSS* – der indirekten Gegenseitigkeit *(SRI)* charakterisiert. SRI beeinflußt weder die Tauschaktivitäten der Mitglieder noch ihr Verhalten, stellt aber den Informationsfluß (Gesuche/Angebote) sicher. Während Geben und Nehmen und sich danach freiwillig um Hilfsbedürftige zu kümmern ein wirtschaftliches Verhalten erzeugt und durch die BdT institutionalisiert wird. So wird gegenseitiger Respekt und gegenseitige Solidarität gefördert.

Das Konto der BdT wird auf der Basis der Währung »misthos« geführt. 1 Misthos entspricht 6 Minuten Arbeit. Voraussetzung der Tauschaktionen ist die freie Beziehung der Individuen untereinander – losgelöst vom gesellschaftlichen Status oder der Position der am Tausch Beteiligten. Getauscht wird dagegen aus einer moralischen Verpflichtung: In jedem Mitglied der BdT ensteht ein starkes Wir-Gefühl.

Die BdT spricht in ihrer Öffentlichkeitsarbeit nicht in sozialwirtschaftlichen Fachbegriffen. Der Name *Banca del Tempo* ist eher ironisch gemeint, denn tatsächlich existiert kein bankähnlicher Geschäftsbetrieb mit Schalter, sondern es werden lediglich Tauschanlässe organisiert.

Wir sprechen von:

- Tausch im Sinn von Angebot und Nachfrage und nicht von sozialer Hilfeleistung
- indirekter Gegenseitigkeit im Sinne der Verbreitung des nicht monetären Tauschs und von autonomer Entwicklung von Beziehungen innerhalb der Gruppe.
- Bewertung des Dienstes sowie produzierter oder geliehener Güter auf der Baisis der dafür aufgewendeten Zeit, auch wenn dies in der Vergangenheit stattfand. Bewertungsgrundlage sind bei uns immer Zeitelemente. Jeder Dienst wird nur in Zeiteinheiten bewertet – egal ob eine Stunde Kinder betreut oder elektrische Reparaturen ausgeführt wurden.

Die Tauschleistungen sind demnach gleichwertig, unabhängig von vorhandenen Qualifikationen oder dem Alter.

Unsere Ziele sind:

- die Förderung neuer Beziehungen (Aufbrechen der Isolation, Kreieren von Beziehungen, Integration von Individuen, Entwicklung von Bürgernähe und gegenseitiger Hilfe, soziale Kohäsion, ...)
- Individuelles Wachstum innerhalb der Gruppe (Steigerung der Selbstachtung)
- Verbesserung der Lebensqualität
- Ökonomische Ersparnisse

Diese Ziele werden häufig in Dokumentationen über den nicht-monetären Tausch hervorgehoben. Tatsächlich wird in Italien der soziale Aspekt des nicht-monetären Tauschs betont, auch wenn viele neue Mitglieder aus ökonomischen Gründen beitreten. Im Gegensatz zur Tauschringbewegung Frankreichs, wo laut eines älteren Berichts durchschnittlich 40 bis 60% der Beitritte aus ökonomischen Gründen erfolgen, sind in Italien mehr als die Hälfte der Mitglieder von Tauschringen aus sozialen Erwägungen und weniger aus ökonomischen Gründen beigetreten. Eine Mitgliederanalyse aus der Region Emilia Romagna zeigte, daß die Mitglieder über durchschnittliche bis bessere Einkommen verfügen. Sie wünschten sich eher andere nicht über Geld definierte Beziehungen und nicht mehr Geld zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Aber die BdT entwickelt sich weiter und die neuen Mitglieder schätzen auch die ökonomischen Aspekte. Die BdT muß sich in ihren Zielen der Entwicklung anpassen, wenn sie funktionieren soll.

Beziehung zur öffentlichen Verwaltung

Heute werden mehr als 85% der BDT Italiens von Kommunen unterstützt. Teilweise initiiert die Kommune direkt den Betrieb der BDT (indem sie das Büro organisiert, oder einen oder mehrere Beamte mit der Organisation betreut). Dieses Modell birgt jedoch auch Risiken: einerseits wird die BdT dadurch als Bestandteil der öffentlichen Fürsorge angesehen, andererseits ist ihre Entwicklung und Verwaltung abhängig von der Person des jeweiligen Beamten oder Parteifunktionärs. Einige BDT werden von den Gewerkschaften unterstützt oder von Kulturbetrieben, von freien Trägern der Behindertenarbeit, von Schulen oder von Genossenschaften (z.B. wurde ein Bericht mit mehr als 2.000.000 Kopien von einer großen Distributionsfirma gesponsert). Die Kommunen unterstützen die BdT, weil sie soziale Integration, multikulturelles und Generationen übergreifendes Zusammenleben sowie Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern fördert.

Folgende Ergebnisse brachte die Studie aus der Emilia Romagna zutage:

Die Banca del Tempo

1) entwickelt schlummernde Potentiale gegenseitiger Hilfe und macht sie sichtbar: Die Hilfeleistenden und -nehmenden gehören dabei weder zu einem Freundeskreis noch zu einer Familie, was besonders innovativ zu bewerten ist.
2) ermöglicht eine flexible Organisation des Alltags bezogen auf unterschiedliche Lebensstile und den Wandel der Familie. Deshalb kann die BdT eine wichtige Rolle in der sozialen und ökologischen Stadtentwicklung spielen.
3) fördert die soziale Integration, lokale Nachbarschaftshilfe, beugt sozialer Ausgrenzung und dem Niedergang von Regionen vor, fördert die Identifikation mit dem Gemeinwesen, die lokale Produktion sinnvoller Produkte und wirkt dem Konsum von Massenprodukten wie Fernsehen und Auto entgegen, welche die Individualität behindern.
4) ermöglicht die Rückorientierung auf individuelle Präferenzen, was eine kollektive Nachfrage nach qualitativ hochstehenden Produkten und Diensten auslöst
5) fördert die lokale und soziale Entwicklung
6) stellt ein »symbolisches Entschädigungssystem« für auf dem Markt »nicht verkäufliche« Dienste bereit
7) bewertet Menschen nicht nach ihrer Arbeit, sondern nach ihren Talenten●

Wird fortgesetzt in einer unserer nächsten Ausgaben

* (aus dem Französischen übersetzt von Andrea Pfeiffer und Carole Lunt, überarbeitet von Ricarda Buch)

BERLIN:

Archiv der Jugendkulturen gegründet

Daß Jugend undankbar sein soll, wird immer wieder, besonders von der älteren Generation behauptet. Daß es heutzutage aber auch undankbar ist Jugendlicher zu sein, wird von der älteren Generation gerne unter den Teppich gekehrt. Ich, Jahrgang 1954 möchte auf keinen Fall mit der heutigen Jugend tauschen müssen. Bei uns gab es noch 'ausreichend' Jugendclubs, Lehrstellen und preiswerten Wohnraum.

Von Jochen Knoblauch, Berlin ● Eine gewisse Nach-68er-Liberalisierung nimmt den Jugendlichen selbst die Nach-Pubertäre Revolte aus den Segeln. Es gibt nichts mehr wogegen sie ankämpfen können. Die Kinder jener großmäuligen Weltverbesserer (meistens jedenfalls), stehen heute vor vollendeten Tatsachen, und spielen eigentlich nur noch als Konsumenten einen Faktor, mit Jobaussichten auf eine Nebenrolle in einer der zahlreichen Soaps.

Es war früher nicht besser, aber anders – und dies soll keine Wertung sein. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg begannen Jugendliche immer mehr ihre eigenen Kulturen zu entwickeln. Auch wenn diese spätestens seit den Hippietagen immer wieder in Kommerz umgewandelt, derartig verwässert wurden, daß ihnen jede aufrührerischen Tendenzen geraubt wurden, so entwickelten sie doch eigenen Stil, eigene Sprache (so fürchterlich die auch mitunter sein mag), und vor allem eigene Musik und die dazu gehörige Philosophie.

Spätestens mit dreißig blickt da kaum noch jemand durch, und oft werden Erscheinungen von Jugendkulturen in den Medien derart negativiert dargestellt, daß ihnen nur noch die Rolle des Buhmanns bleibt. Wer weiß denn schon was von linken Skinheads oder Nazi-Punks

usw.? Pauschalisierungen sind hier an der Tagesordnung. Woher sollen da Jugendliche lernen zu differenzieren?

Der Publizist *Klaus Farin*, der mit Büchern über Skinheads, Hooligans, Autonome etc. bekannt geworden ist, hat jetzt zusammen mit ein paar engagierten Leuten und vor allem mit eigenen Mittel ein umfangreiches *»Archiv der Jugendkulturen e.V.«* gegründet. *Klaus Farin*, der in 20 Jahren mehr als 2.000 Tonträger, 2.500 Fanzines, 800 Videos, Tausende von Buttons, Aufklebern, Flyers usw., sowie ca. 60 Aktenordner mit Artikeln als Grundstock in das Archiv mit einbrachte, hat sich selbst mit rund 100.000,– DM verschuldet, um dieses Projekt anzuschieben. Inzwischen sind verschiedene Sammlungen dazugekommen, wie z.B. der komplette Bestand des Berliner Jugendfilmstudios (incl. diverser Apparate), die 30 Jahre lang mit Jugendlichen Filmarbeit leisteten.

Im Trägerverein arbeiten JounalistInnen und WissenschaftlerInnen zusammen, sie geben Bücher heraus, organisieren Veranstaltungen (u.a. an Schulen) und stellen kompetente ReferentInnen. Das Archiv erarbeitet professionelle Recherchen, aber natürlich sind auch interessierte Menschen, die »stöbern« wollen, jederzeit willkommen.

Die Mitgliedschaft kostet im Jahr 240,– DM. Darin ist enthalten ein vierteljährlicher Rundbrief, der über die Arbeit des Archives informiert, sowie ca. sechs Bücher die jedes Jahr erscheinen sollen, sodaß der Betrag von 240,– DM gar nicht mehr so hoch erscheint.

In diesem Jahr sind bisher erschienen: »Jugendkulturen zwischen Kommerz & Politik« (300 S. / 230 Abb. / 38,– DM), »Die Dritte Halbzeit. Hooligans in Berlin-Ost« (140 S. / 60 Abb. / 28,– DM), »Klaus N. Frick; Vielen Dank, Peter Punk«. Ein Roman (140 S. / 28,– DM), und »Die Partei hat immer Recht! Die gesammelten Schriften der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands (APPD)« (142 S. / 28,– DM). Natürlich können diese Bücher auch von Nicht-Mitgliedern gekauft werden. Das Archiv braucht im Moment jede Unterstützung. Bevorzugt werden kurzfristige Darlehen z.B. über 5.000,– DM, die natürlich auch verzinst werden (und man/frau könnte Steuern sparen).

Die Jugendkulturen waren noch nie so vielschichtig und unterschiedlich wie jetzt, sie in Originaldokumenten zu studieren, zu hinterfragen und sie zu erforschen, sollte eine wichtige Aufgabe sein.●

Adresse und Informationen:
Archiv der Jugendkulturen e.V., Fidicinstr. 3,
D-10965 Berlin, Tel.: (0 30) 694 29 34, Fax: 691 30 16

ERGEBNISSE DER FORSCHUNGSARBEIT DES NETS-PROJEKTS

Die Zukunft der Arbeit im »Dritten Sektor«

1998 führte das Bremer »Institut für Lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen« (i.l.s.) eine Befragung der gemeinnützigen Organisationen des deutschen »Dritten Sektors« durch. Die ersten empirischen Forschungsergebnisse liegen nunmehr in einem Zwischenbericht vor. (1)

von Sigrid Betzelt/Rudolph Bauer, i.l.s. ● Die sozialwissenschaftliche Untersuchung des deutschen »Dritten Sektors« ist Teil eines europäisch vergleichenden Forschungsprojekts. Neben dem *i.l.s.*, einer Wissenschaftlichen Einheit des Fachbereichs Human- und Gesundheitswissenschaften der Universität Bremen, beteiligen sich daran die *Assoziatione Lunaria* und die Wirtschaftsfakultät der *Universität La Sapienza* (Rom) sowie die spanische Stiftung *Fundació Francesc Ferrer i Guàrdia* (Barcelona). Gefördert wird das Projekt im Rahmen des TSER-Programms für Sozio-ökonomische Forschung durch die Generaldirektion XII der Europäischen Kommission.

Der Titel des EU-Projekts lautet: »New Employment Opportunities in the Third Sector (NETS)«. Ziel der im Rahmen von NETS durchgeführten Befragung war es einerseits, den »Dritten Sektor« in seiner gegenwärtigen Eigenschaft als Arbeitsmarkt zu untersuchen, und andererseits, die Zukunft der Arbeit im »Dritten Sektor« zu bewerten, d.h. die Beschäftigungspotentiale und die sozialintegrative Funktion von gemeinnützigen Organisationen zu analysieren. Durch den geplanten Vergleich mit den italienischen und spanischen Befragungsergebnissen soll ferner herausgefunden werden, welche politischen Maßnahmen gegebenenfalls geeignet sind oder geeignet sein dürften, neue, d.h. zusätzliche Möglichkeiten der Erwerbsbeschäftigung im »Dritten Sektor« zu erschließen.

Zeitlicher Bezugspunkt für die schriftliche Befragung im Rahmen des NETS-Projekts war die aktuelle Situation der deutschen Nonprofit-Organisationen in den Monaten Juli / August 1998. Darüber hinaus wurden zusätzliche Daten für die Jahre 1995 und 1997 in Erfahrung gebracht. Angeschrieben wurden in Deutschland insgesamt 625, in einem Quotenverfahren (2) ausgewählte Nonprofit-Organisationen. Innerhalb des vorgegebenen Befragungszeitraums wurden 243 Fragebogen beantwortet und zurückgesandt. Die Rücklaufquote beträgt 39 Prozent. Die Ergebnissen beanspruchen keine exakte statistische Repräsentativität. Es handelt sich vielmehr um Annäherungswerte.

Die Befunde der NETS-Untersuchung lassen sich für Deutschland im wesentlichen wie folgt zusammenfassen (3):

- (1.) Bei fast drei Viertel der untersuchten Nonprofit-Organisationen waren zum Zeitpunkt der Befragung Arbeitskräfte erwerbsbeschäftigt. Die vergleichende Gegenüberstellung der Gesamtbeschäftigtenzahlen aus den Jahren 1995 und 1997 zeigt nur geringe Veränderungen. Die Gesamtsumme der erwerbstätig Beschäftigten blieb bei den befragten Organisationen in etwa konstant (4).
- (2.) Zu beobachten ist im erfragten Zeitraum allerdings eine 10-prozentige Zunahme derjenigen Organisationen, die bezahlte Mitarbeiter/innen beschäftigen (5). Eine dynamische Entwicklung der Beschäftigtenzahlen (im Sinn von deutlichen Ab- oder Zunahmen) ist aber nur bei einer Minderheit von Organisationen festzustellen. Bei den meisten Organisationen – nämlich bei rund zwei Dritteln derselben – stagnierten die Beschäftigtenzahlen zwischen 1995 und 1997.
- (3.) Auffallende Veränderungen zeigen sich indessen hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur. So ist zwischen 1995 und 1997 die Zahl der in der Sammelkategorie »vorübergehend Beschäftigte« klassifizierten Mitarbeiter/innen (d.h. Beschäftigte in temporären, nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen) mit rund 11 Prozent am stärksten angestiegen. Ebenfalls leicht zugenommen hat die Summe der Teilzeit-Beschäftigten um rund 6 Prozent. Die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten blieb hingegen konstant (6).
- (4.) Die Daten der NETS-Untersuchung bestätigen den sehr hohen Anteil von Teilzeitstellen im deutschen »Dritten Sektor«. Werden alle gültigen Fälle der NETS-Befragung in die Auswertung einbezogen, dann ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten gegenüber früheren Befunden aus dem Jahre 1990 (= 27 Prozent (7)) um 5 Prozentpunkte auf 32 Prozent angestiegen, d.h. bei rund jedem dritten Arbeitsplatz handelt es sich um eine Teilzeitstelle (8). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist bei gemeinnützigen Organisationen somit zwei- bis dreifach höher als in der gesamten Privatwirtschaft.
- (5.) Auch hinsichtlich des deutlich geringeren Männeranteils unter den Beschäftigten weicht der »Dritte Sektor« von den gesamtwirtschaftlichen Daten ab. Die NETS-Ergebnisse zeigen einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil von rund zwei Dritteln der Gesamtbeschäftigten. 1997 handelte es sich bei 64 Prozent, d.h. bei zwei von drei Vollzeitbeschäftigten, um Frauen. Bei den Teilzeitbeschäftigten betrug der Frauenanteil sogar 81 Prozent, bei den vorübergehend Beschäftigten 64 Prozent.
- (6.) Bemerkenswert ist auch, daß sich der Anteil der weiblichen Vollzeitkräfte zwischen 1995 und 1997 um rund 2 Prozent verringert hat, während der Anteil vollzeitbeschäftigter Männer um rd. 4 Prozent leicht angestiegen ist. Demgegenüber hat die Zahl der weiblichen vorübergehend Beschäftigten um 20 Prozent deutlich zu-, die der männlichen hingegen um 3 Prozent leicht abgenommen. Das Verhältnis zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung entspricht bei den Männern der Relation von 80 : 20, bei den Frauen der von 60 : 40.
- (7.) Durchschnittlich beschäftigen diejenigen »Nonprofits«, die nicht vereinsförmig organisiert sind (= eingetragene Genossenschaften, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Stiftungen), erheblich mehr Arbeitskräfte als die anderen, einen vereinsrechtlichen Status aufweisenden gemeinnützigen Organisationen. Obwohl es sich bei mehr als zwei Dritteln der befragten Organisationen rechtlich um eingetragene Vereine (e.V.) handelt, macht ihr Anteil an sämtlichen Beschäftigten lediglich 44 Prozent aus, also nicht einmal die Hälfte. (9)
- (8.) Auch hinsichtlich des arbeitsrechtlichen Status der Beschäftigten lassen sich zwischen Vereinen und Nicht-Vereinen Unterschiede feststellen. Vollerwerbstätige Arbeitskräfte sind nur bei etwa der Hälfte der Vereine – als der vorherrschenden Rechtsform des deutschen »Dritten Sektors« – beschäftigt. Dagegen arbeiten Vollzeitkräfte bei fast zwei Dritteln der Organisationen des nicht-vereinsförmigen Typs. Bei den Teilzeitbeschäftigten läßt sich eine ähnliche Tendenz beobachten: Jede zweite nicht-vereinsförmige Organisation beschäftigt Teilzeit-Mitarbeiter/innen, hingegen nur jeder dritte Verein. Lediglich bezüglich der Gruppe der vorübergehend Beschäftigten bestehen keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Organisationen der unterschiedlichen Rechtsformen.
- (9.) Bemerkenswert ist allerdings auch, daß im Zeitvergleich zwischen 1995 und 1997 die Zahl vereinsrechtlicher Organisationen mit bezahlten Beschäftigten geringfügig zugenommen hat, während sich bei den anderen Organisationstypen eine gegenläufige Entwicklung zeigt. Hier verringerte sich die Gesamtzahl der Organisationen mit erwerbstätigen Beschäftigten.
- (10.) Die Zahl der Erwerbstätigen im »Dritten Sektor« ist – deutlich erkennbar insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern – zu einem nicht unwesentlichen Teil abhängig von der jeweiligen »Konjunktur« öffentlicher Programme zur Beschäftigungsförderung (z.B. im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung / ABM). 1995 machte der Anteil derjenigen Arbeitnehmer/innen, die durch Beschäftigungsförderungsprogramme finanziert wurden (10), in ostdeutschen Organisationen 64 Prozent aus (11). Zwei Jahre später erfolgte ein Einbruch; die Summe der in den ostdeutschen Organisationen öffentlich geförderten Beschäftigten verringerte sich 1997 gegenüber 1995 um 25 Prozent, so daß der Anteil der öffentlich geförderten an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten »nur« noch bei 54 Prozent lag. (12)
- (11.) Die meisten der bezahlten Mitarbeiter/innen sind in demjenigen Gesamttätigkeitsbereich beschäftigt, der die Arbeitsfeldkategorien »Soziale Dienstleistungen« sowie »Gesundheit und medizinische Rehabilitation« umfaßt. Die niedrigsten Beschäftigungswerte finden sich hingegen in der Sammelkategorie »Sport und Freizeit«; hier ist die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 1997 sogar um 4 Prozent weiter zurückgegangen. Allerdings verzeichnete auch der Bereich »Soziale Dienstleistungen und Gesundheit« zwischen 1995 und 1997 einen Rückgang um rund 3 Prozent, während im Bereich »Kultur / Bildung« ein Anstieg um 5 Prozent zu verzeichnen war. Die Prozentwerte dieser Veränderungen nach unten bzw. nach oben erlauben es allerdings nicht, bereits von deutlichen Trendentwicklungen zu sprechen.
- (12.) Eine Gesamtübersicht zum Anteil der einzelnen Einnahmequellen am Budget des deutschen »Dritten Sektors« kann auf der Basis der Befragungsergebnisse des NETS-Projekts nicht gegeben werden. (13) Hinsichtlich des Stellenwerts der öffentlichen Mittel (= öffentliche Förderungsmittel und Kostenerstattungen durch die staatlichen Systeme der Sozialen Sicherung und der Sozialhilfe) läßt sich jedoch folgendes feststellen: Fast jede zweite der antwortenden Organisationen finanziert sich überwiegend (14) aus öffentlichen Mitteln. Ein weiteres Siebtel der antwortenden Befragten gab an, daß sich das Organisationsbudget zwischen einem und 30 Prozent aus öffentlichen Mitteln speist. (15) Im Gegensatz dazu erhalten allerdings 40 Prozent der gemeinnützigen Organisationen keinerlei öffentliche Zahlungen.
- (13.) Aus eigenerwirtschafteten Mitteln (d.h. durch den Verkauf von Produkten und Leistungen) finanziert sich überwiegend – d.h. zwischen 51 und 100 Prozent – nur ein sehr geringer Teil von 4 Prozent der befragten Organisationen. Bei einem Fünftel der Organisationen macht diese Einnahmequelle maximal bis zu 15 Prozent des Budgets aus. Entsprechend äußerten rund 60 Prozent der im Rahmen der NETS-Untersuchung Auskunft gebenden deutschen Nonprofit-Organisationen (16), daß sie keinerlei Eigenmittel erwirtschaften.
- (14.) Private Zuwendungen (= Mitgliedsbeiträge, Spenden, Lotterie- und Stiftungsmittel etc.) spielen bei der Finanzierung eines Fünftels der gemeinnützigen Organisationen des deutschen »Dritten Sektors« keine Rolle. Überwiegend aus privaten Mitteln – d.h. mit einem Anteil zwischen 51 bis 100 Prozent des Budgets – finanziert sich hingegen jede dritte der befragten Organisationen. Bei einem Viertel aller befragten »Nonprofits« macht dieser Anteil sogar mehr als 80% aus.
- (15.) Hinsichtlich der Verteilung der Einnahmequellen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern des »Dritten Sektors« zeigt sich das kaum überraschende Ergebnis, daß sich die Budgets in den Bereichen »Soziale Dienstleistungen / Gesundheit« sowie »Kultur / Bildung« zum Großteil aus öffentlichen Mitteln speisen, während der Bereich »Sport / Freizeit« vor allem aus privaten Mitteln schöpft.
- (16.) Die hohe Bedeutung, welche der öffentlichen Finanzierung bei der Beschäftigung bezahlter Arbeitskräfte im »Dritten Sektor« zukommt, läßt sich auch daraus ersehen, daß diejenigen Organisationen mit bezahlten Beschäftigten rund vierfach höhere Anteile öffentlicher Mittel an ihrem Budget aufweisen, als dies bei den Organisationen ohne erwerbstätig Beschäftigte der Fall ist. Umgekehrt weist die Gruppe der Organisationen ohne bezahlte Mitarbeiter/innen rund doppelt so hohe Anteile privater Zuwendungen am Budget auf, als dies bei der Vergleichsgruppe mit erwerbstätig Beschäftigten der Fall ist.
- (17.) Wohl deshalb setzt der deutsche »Dritte Sektor« im wesentlichen auf die Verbesserung staatlicher Förderungsmaßnahmen, wenn es um die Frage nach den Bedingungen zur künftigen Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze geht. Für andere Konzepte oder veränderte politische Rahmenbedingungen votierten – mit Ausnahme des Wunsches nach einem kostengünstigen Zugang zu Kommunikationsmitteln, technischer und räumlicher Infrastruktur – nur verhältnismäßig wenige der in der NETS-Studie befragten Nonprofit-Organisationen.

Die empirischen Befunde des NETS-Projekts legen es nahe, Skepsis zu äußern gegenüber der Erwartung, daß es sich beim deutschen »Dritten Sektor« – v.a. angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen zur Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit – um einen noch unentdeckten, zu wenig beachteten »Hoffnungsträger« (Helmut K. Anheier (17)) handelt.

Die sozialwissenschaftlichen Vorarbeiten im Rahmen des NETS-Projekts geben Anlaß zu der These, daß in Deutschland – neben der überwiegenden Fixierung des Nonprofit-Sektors auf staatliche Förderungsmaßnahmen – zahlreiche organisations-und arbeitsrechtliche Hindernisse sowie Defizite beim Zugang zu den Kapitalmärkten bestehen – Bedingungen, welche sich als Fesseln des Arbeitsmarktes »Dritter Sektor« erweisen. (18) Das sperrige Recht und die risikofeindlichen Finanzierungsgepflogenheiten der Banken behindern die Entfaltung von Eigenverantwortung und Selbstorganisation.

Das NETS-Projekt gelangt beim gegenwärtigen Stand der Forschungsarbeit zu dem Schluß, daß es zum einen v.a. eine Aufgabe der Politik im lokalen, nationalen und europäischen Kontext ist, die juristischen und monetären Fesseln des Arbeitsmarktes »Dritter Sektor« zu erkennen und dann auch entsprechend zu handeln (19). Andererseits müssen die deutschen Nonprofit-Organisationen aber auch selbst dazu bereit sein, von ihrem tradierten Domänen-Denken der Bewahrung des Status quo Abstand zu nehmen. Um ihrerseits die Voraussetzungen für das künftige Entstehen neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze im »Dritten Sektor« zu schaffen, müssen sich die gemeinnützigen Organisationen verstärkt für die Veränderung der sie betreffenden politischen Rahmenbedingungen engagieren und für neue, innovative Konzepte öffnen, wie sie jenseits der Grenzen der Bundesrepublik zum Teil bereits erfolgreich bestehen.●

KONGRESS

»Anders arbeiten – oder gar nicht?!«
Politische und rechtliche Rahmenbedingungen selbstbestimmter Arbeitsformen jenseits von Markt und Staat

Vom 23.4. bis 25.4.99 findet der Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« in Berlin statt. Unter der Perspektive Alternativentwürfe von Arbeit sollen die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert werden, die für eine forcierte Entwicklung des »Dritten Sektors« notwendig sind und Forderungen an die Politik erhoben werden. Geplant sind u.a. Arbeitsgruppen zu den Themen: Selbstorganisation/Selbstverwaltung; Reformen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Sozialgenossenschaften, Tauschringe, lokale Foren / lokale Partnerschaften, Existenzgeld und Gender.
Informationen und Anmeldung:
Netzwerk Selbsthilfe, Kongreßbüro,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,
Tel. (0 30) 695 98 306, Fax: 691 30 05
E-Mail: netzwerk-kongress@t-online.de

ANMERKUNGEN

(1) Siehe S. Betzelt/R. Bauer: Erwerbsarbeit im »Dritten Sektor«: Wachstum oder Stagnation? Bremen: Universität (Manuskript) 1999. Im Zwischenbericht werden die Bremer Ergebnisse im Vergleich mit den 1995 veröffentlichten Resultaten des internationalen Johns-Hopkins-Projekts diskutiert.

(2) Es wurden auf der Basis vorhandener Daten sowie nach einem Schätzverfahren Proportionen gebildet hinsichtlich der Kriterien Rechtsform, Tätigkeitsfeld und geografischer Verteilung der Organisationen.

(3) Die NETS-Befragungsergebnisse aus Italien und Spanien werden z.Z. ausgewertet. Sie sollen bis Ende des Jahres 1999 mit den deutschen Resultaten verglichen und interpretiert werden.

(4) Bei Einbeziehung aller gültigen Fälle ist sogar ein minimaler Beschäftigungsrückgang um 0,7% zu beobachten. Nach Eliminierung der Extremfälle kann indes ein leichter Beschäfzigungsanstieg um 3,8% festgestellt werden.

(5) Dies gilt gleichermaßen für die Erwerbstätigen auf Vollzeit-, Teilzeit- oder auf vorübergehender Basis (wie z.B. Honorarkräfte oder geringfügig Beschäftigte).

(6) Unter Einbeziehung aller gültigen Fälle hat sich das Verhältnis der Beschäftigten jedoch in einem erheblichen Ausmaß zu Lasten der Vollzeit- und zu Gunsten der vorübergehend und insbesondere der Teilzeit-Beschäftigten verschoben. Erst bei einer Eliminierung der Extremwerte zeigt sich eine gewisse Konstanz der Zahl der Vollzeit-Mitarbeiter/innen.

(7) Siehe die Ergebnisse der Johns-Hopkins-Befragung in H.K. Anheier/E. Priller: Der Nonprofit-Sektor in Deutschland: Eine sozial-ökonomische Strukturbeschreibung. Berlin: Wissenschaftszentrum 1995.

(8) Bei Nichtberücksichtigung der Extremwerte beträgt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 26 Prozent.

(9) Bei der Eliminierung von Extremwerten beträgt der Anteil der »Vereinsbeschäftigten« sogar nur 38 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl im »Dritten Sektor«. – Auf eine genauere Differenzierung der Ergebnisse bei den nicht-vereinsförmigen Organisationen wird an dieser Stelle verzichtet.

(10) Gefragt wurde nach der Summe der bezahlten Arbeitskräfte, die von deutschen oder europäischen Behörden im Rahmen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen öffentlich gefördert wurden.

(11) %-Anteil, bezogen auf die Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland.

(12) Zum Vergleich: In Westdeutschland lag der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen aufgrund öffentlicher Beschäftigungsförderung 1995 bei 18, 1997 bei 24 Prozent. Während die Zahl der geförderten Beschäftigten im Osten sank, wuchs sie 1995-97 in den westlichen Bundesländern um 41 Prozent.

(13) Aufgrund einer selbst auferlegten Beschränkung bei der Erhebung – es wurden keine absoluten Zahlen erfragt, sondern nur die prozentualen Anteile der verschiedenen Einnahmequellen – konnten die Anteile nur annäherungsweise und nicht summativ berechnet werden.

(14) »Überwiegend« heißt in diesem Fall, daß sich der Anteil öffentlicher Mittel am Budget zwischen 51 und 100 Prozent bewegt. In einem Viertel aller Fälle macht dieser Anteil zwischen 81 und 100 Prozent des Budgets aus.

(15) In dieser Berechnung sind die (öffentlichen) Leistungsentgelte (z.B. der Versicherungsträger) nicht enthalten, da diese Einnahmequelle nur für eine kleine Minderheit der befragten Organisationen (15 Prozent) überhaupt relevant ist.

(16) Die Antwortverweigerung lag im Finanzteil des Fragebogens relativ hoch (um die 11 Prozent), was die eher »zugeknöpfte« (diskrete?) Haltung des deutschen »Dritten Sektors« bezüglich seiner Finanzsituation widerspiegeln dürfte.

(17) H.K. Anheier: Hoffnungsträger Dritter Sektor? Baltimore: Institute for Policy Studies (Manuskript) 1997.

(18) Siehe dazu im Detail R. Bauer/S. Betzelt: Review of present policies: Germany. Bremen: Universität 1998 (=New Employment Opportunities in the Third Sector, Work pakkage 2). Der Werkstattbericht kann gegen Kostenerstattung ebenfalls angefordert werden unter e-mail: sbetzelt@uni-bremen.de, oder schriftlich: Ingeborg Brüggemann, Universität Bremen, FB 11, Grazer Str. 2, D-28359 Bremen.

(19) Hierzu werden im Verlauf der weiteren Arbeit des NETS-projekts – u.a. auf der Basis des Vergleichs mit den italienischen und spanischen Ergebnissen – Empfehlungen entwickelt und und in Vorschlag gebracht, die sich an der Politik auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene wenden sollen.

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT, HANNOVER

Lösungen für soziale Brennpunkte?

Auf dem langen Weg zur selbstorganisierten Bewohnergenossenschaft

In Hannover-Vahrenheide wird mit Hilfe einer stadtteilorientierten Genossenschaft experimentiert. Ziel ist es, die Mieten stabil zu halten, die Mieterstruktur zu festigen, die Bewohner zu beteiligen und Nachbarschaften zu stärken. Die Aufnahme der Genossenschaft beim zuständigen niedersächsischen Prüfungsverband ist Ende Dezember 1998 frisch vollzogen.

Klaus Habermann-Nieße/Kirsten Klehn, Red. Genossenschaften

● Vahrenheide – das ist eine typische Großsiedlung der sechziger und siebziger Jahre im Norden Hannovers mit 11.000 Einwohnern, davon mehr als 2.400 Kinder und Jugendliche. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger liegt mit 11% mehr als doppelt so hoch als im Stadtdurchschnitt. 64% aller Wohnungen sind Belegrechtswohnungen. In bestimmten Teilbereichen konzentrieren sich wegen der einseitigen Belegung durch das Amt für Wohnungswesen Haushalte mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Eine hohe Wegzugsbereitschaft und häufiger Mieterwechsel kennzeichnen die Wohnungssituation. Das Entstehen von Nachbarschaften wird erschwert.

Vor diesem Hintergrund gründeten im Sommer 1997 engagierte BürgerInnen aus dem Stadtteil eine neue Wohnungsgenossenschaft. Ziel ist es, aus dem Besitz des kommunalen Wohnungsunternehmens (GBH) einzelne Wohnungsgebäude in diese neue Trägerschaft zu überführen. Auf diese Weise werden, so die Hoffnung, die Mieterstruktur stabilisiert sowie die Beteiligungsmöglichkeiten für BewohnerInnen und die Nachbarschaften verbessert.

Schwieriges Wohnumfeld

Der Stadtteil Vahrenheide hat in Hannover einen schlechten Ruf. Die Gebäude sind überwiegend im Sozialen Wohnungsbau errichtet. Neben drei- bis fünfgeschossigen Zeilenbauten ragen bis zu sechszehngeschossige Hochhaustürme auf. Das Wohnungsumfeld wirkt trotz starker Durchgrünung unattraktiv. Die soziale Infrastruktur ist nach wie vor ungenügend, obwohl in den letzten Jahren bereits verschiedene Nachbesserungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Einzelne Teilbestände, wie beispielsweise die Hochhausgruppe »Klingenthal«, haben sich aufgrund geringer Wohnungsqualität und einseitiger Belegung zu sozialen Brennpunkten mit einer hohen Problemdichte entwickelt:

- die Wohngebäude befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand (Bauschäden am Beton, Instandhaltungsversäumnisse u.ä.),
- die Bruttomiete ist aufgrund der Mietpreisdynamik der Sozialen Wohnungsbauförderung der siebziger Jahre und der Nebenkosten relativ hoch (Warmmiete ca. 15,00 DM/qm),
- mehr als 50% der Haushalte sind auf Sozialhilfe angewiesen,
- der Mieterwechsel liegt zum Teil bei über 30%,
- die Zahl der Leerstände nimmt zu,
- viele Familien sind mehrfach belastet durch materielle Armut, Trennungssituationen, Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum,
- in der angespannten Lage führt das enge Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft und Sprache zu massiven sozialen Konflikten,
- es besteht ein beträchtliches Gewalt- und Konfliktpotential,
- die Wahlbeteiligung im Klingenthal lag bei den Kommunalwahlen im Herbst 1996 bei 19%.

Maßnahmen der Stadtteilerneuerung

Seit einigen Jahren wird im Stadtteil an der Verbesserung der Gesamtsituation gearbeitet. Es wurden private und öffentliche Außenräume neu gestaltet, Hauseingänge verschönert und die soziale Infrastruktur ausgebaut. Ein markantes Projekt war der Ausbau der Hochgarage Plauener Straße zu einem Stadtteilzentrum mit öffentlichen Einrichtungen wie Stadtteilcafe und Kindertagesstätte sowie Räumen für die Sozialen Dienste der Stadt. Die Problembelastung des Stadtteils bleibt trotz dieser Maßnahmen nach wie vor hoch.

Deswegen wurden im Sonderinvestitionsprogramm zur nachhaltigen Stadtentwicklung, dem »Hannoverprogramm 2001«, Grundlagen für die weitere Erneuerung des Stadtteils Vahrenheide geschaffen. Durch eine Verzahnung verschiedener Handlungsansätze aus den Bereichen Wohnen, Kultur, Soziales und Umwelt sollen die Lebensbedingungen und das soziale Klima in Vahrenheide verbessert werden. Folgende Ziele werden vorrangig verfolgt:

1. Verbesserung der Angebote für Freizeit, Begegnung und Kommunikation; speziell die Schaffung von Perspektiven für belastete Lebenslagen,
2. Verbesserung der Wohnungssituation, der Bewohnerstruktur und des Erscheinungsbildes des Stadtgebietes; speziell der Abbau negativer Entwicklungen durch Verwahrlosung und Zerstörung, Bedrohung und Gewalt,
3. Beschreiten neuer Wege bei der Lösung der Probleme vor Ort durch eine stärkere Einbeziehung der hier lebenden Menschen an den geplanten Projekten und Maßnahmen sowie eine stärkere Förderung der Selbstorganisation.

Hoffnungsträger »Genossenschaft«

Ansatzpunkte für die Stabilisierung der Bewohnerstruktur in Vahrenheide sieht die Stadtverwaltung in der Bewohnerbeteiligung, der Belegungskonzeption, der Mietpreisgestaltung sowie mieternaher Privatisierung. Um dies umzusetzen, trifft sich regelmäßig eine Gruppe engagierter BürgerInnen im Stadtteil seit dem Herbst 1995. Sie gründet im Sommer 1997 die »Wohnungsgenossenschaft Vahrenheide/Sahlkamp VASA«. Mit dem genossenschaftlichen Wohnungsträgers wollen sie Möglichkeiten zur Bewohnerbeteiligung schaffen und Einfluß auf die Mitpreisgestaltung nehmen.

Sie knüpfen an den Erfahrungen von zwei in den achtziger Jahren in den Sanierungsgebieten Hannovers gegründeten Wohnungsgenossenschaften an. Die Wohnungsgenossenschaft Selbsthilfe Linden e.G., gegründet 1984, verfügt heute über einen Wohnungsbestand von etwa 270 Einheiten und die Wohnungsgenossenschaft WOGE Nordstadt e.G., gegründet 1989, über etwa 190 Wohnungen. Besonders in den letzten Jahren gelang es beiden Trägern einen beachtlichen Wohnungsbestand aufzubauen. Dies geschah größtenteils, indem Wohnungen mit Selbsthilfe der MieterInnen modernisiert bzw. neu errichtet oder von der Stadt übernommen wurden.

Für die Genossenschaftswohnungen ist eine stabile Mietpreisentwicklung garantiert. Auch zeigt sich, daß die stadtteilbezogene, bewohnernahe Verwaltung den Umgang mit sozialen Problemen erleichtert. Hintergrund hierfür ist nicht zuletzt der Selbsthilfecharakter von Wohnungsgenossenschaften: Sie verfolgen das Ziel, dauerhaft gesicherten und gemeinschaftlich verwalteten Wohnraum für ihre Mitglieder zu schaffen. Nicht die optimale Kapitalverwertung, sondern die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder steht im Vordergrund. Als demokratischste Unternehmensform werden allen Mitgliedern, unabhängig von der Höhe der Kapitalbeteiligung, gleiche Rechte eingeräumt. Sie können die wesentlichen Entscheidungen mitbestimmen.

Aufwendige Vorarbeiten

In Vahrenheide ist das Ziel:

- durch eine stadtteilorientierte Genossenschaft mit überschaubarem Wohnungsbestand die Verwaltung der Häuser bewohnernah und bedürfnisgerechter zu gestalten,
- unter Beteiligung der BewohnerInnen die Aufwertung der Häuser durch Sanierung und Bereitstellung zu wohnungsnahen Gemeinschaftsräumen zu erreichen,
- die Mieten zu senken durch Einwerben zusätzlicher Finanzierungsmittel und mit Selbsthilfekonzepten zur Reduzierung der Nebenkosten.

Zur Verwirklichung der genannten Ziele wurde im August 1996 nach Vorgesprächen mit der Stadt Hannover, dem kommunales Wohnungsunternehmen, dem Initiativkreis und verschiedenen PolitikerInnen das Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie e.V. (IWS) von der Stadt mit dem Projekt »Förderung der mieternahen Privatisierung im Stadtteil Vahrenheide« beauftragt. Neben der Darstellung und Bewertung unterschiedlicher mieternaher Privatisierungsmodelle unterstützt das Institut im Rahmen dieses Projektes den »Initiativkreis zur Gründung einer Wohnungsgenossenschaft Vahrenheide-Sahlkamp VASA« in seiner Arbeit fachlich und organisatorisch.

Mittlerweile wurden von den beteiligten Akteuren einzelne für die Übernahme durch die Genossenschaft in Frage kommende Wohngebäude benannt. Das Wohnungsunternehmen ließ zu diesen Häusern Verkehrswertgutachten erstellen. Die auf dieser Grundlage erarbeiteten Wirtschaftlichkeitsberechnungen verdeutlichen, daß die ausgewählten Wohngebäude mit leicht reduzierten Bestandsmieten übernehmbar sind.

Wohngebäude in Klingenthal, deren Übernahme die »Wohngenossenschaft VASA e.G.« anstrebt

Knackpunkt Finanzierung

Auf der Basis dieser ersten Berechnungen zur Finanzierbarkeit entschied sich der Initiativkreis im November 1996, die Gründung der Genossenschaft voranzutreiben. Es wurden Fördermitglieder für die Genossenschaft geworben und mit Unterstützung des Amtes für Wohnungswesen konnte im Frühjahr 1997 eine ABM-Stelle eingerichtet werden. Sie soll die Mitwirkungsbereitschaft der MieterInnen in den zu übernehmenden Wohnungsbeständen einwerben. Im Sommer 1997 fand schließlich die Gründungsversammlung statt. Rund 25 BürgerInnen des Stadtteils zeichneten als Gründungsmitglieder einen Anteil. Überwiegend sind es Förderer der Genossenschaftsidee, aber auch einzelne MieterInnen wurden bereits Mitglieder. Ein Mieter ist in den Aufsichtsrat der »Wohnungsgenossenschaft VASA i.G.« gewählt.

Im ersten Anlauf geht es nun um die Übernahme der Wohngebäude Klingenthal 5e und 5d. Diese Gebäude sind Bestandteil eines Hochhauskomplexes mit über 300 Wohnungen. In den beiden sechs- und achtgeschossigen Wohngebäuden befinden sich insgesamt 36 Wohnungen. Die Nettomiete beträgt 8,90 DM qm/Monat und die Nebenkosten im Durchschnitt 6,00 DM je qm/Monat.

Die Kosten für die Betoninstandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei der Übernahme von Gebäuden aus dem Hochhauskomplex am Klingenthal wurden gutachterlich geschätzt. Denn die Häuser sollen von der Genossenschaft erst gekauft werden, wenn deren Erneuerung bei einer stabilen Mietpreisgestaltung gesichert ist. Die Stadt stellt deswegen ein zinsgünstiges Darlehen zur Förderung des Erwerbs und der Modernisierung der Häuser Klingenthal 5e und d in Aussicht. Grundlage für die Darlehensvergabe wäre eine langfristige Belegungsvereinbarung mit der Stadt Hannover auf der Grundlage des II. Wohnungsbaugesetzes. Nach längerem Vorlauf erfolgte der entsprechende Ratsbeschluß zur Unterstützung des Genossenschaftsprojekts im November 1998.

Motivieren der Bewohner

Die Genossenschaft befindet sich noch immer in der Aubauphase. Die Förderzusage der Stadt war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Genossenschaft nun die ersten Häuser kaufen kann. Um allerdings die eigentlichen Ziele – Stabilisierung der Bewohnerstruktur und Stärkung der Nachbarschaften – zu erreichen, sind noch weitere Hürden zu überspringen.

Der aktive Kern der Genossenschaft besteht bisher aus engagierten BürgerInnen, die nicht in den für die Genossenschaft ausgewählten Beständen wohnen. Solange die Realisierbarkeit des Genossenschaftsmodells unklar war, wurde unter den BewohnerInnen nicht dafür geworben, um Enttäuschungen zu vermeiden. Der Kontakt mit den MieterInnen muß nun verstärkt hergestellt werden. Aufgabe ist es, bei den BewohnerInnen mit überwiegend geringen Einkommen das Engagement zu wecken. Dabei müssen klare Vorteile der neuen Genossenschaft gegenüber den bisherigen Strukturen deutlich werden.

Erschwert wird dies, weil das Zustandekommen der für den Kauf notwendigen Beschlüsse und die Gründungsprüfung einen langen Vorlauf benötigen, bevor Veränderungen für die BewohnerInnen tatsächlich spürbar sind. Als Problem kommt hinzu, daß die Vermietung der Wohnungen in den Hochhäusern Klingenthal aufgrund der zur Zeit noch geringen Wohnqualität schwierig ist. Dies zeigen die hohen Leerstände. Insofern müssen nicht nur die vorhandenen BewohnerInnen von dem neuen Trägermodell überzeugt werden. Vielmehr sind auch neue MieterInnen zu werben, um die soziale, aber auch die wirtschaftliche Basis der Genossenschaft zu sichern.

Positive Modellbeispiele

Dies stellt hohe Anforderungen an das ehrenamtliche Engagement des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Genossenschaft. Sie müssen außerordentlich viel Überzeugungskraft aufbringen, um Motivation und Mitwirkungsbereitschaft bei den Mitgliedern und den MieterInnen zu wecken und zu erhalten. Die Erfahrungen mit ähnlichen Genossenschaftsgründungen in den letzten Jahren wie der »Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg e.G.« in Trier und der »Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank e.G.« in Mannheim bestätigen, daß längere Entwicklungszeiträume für derartige Projekte erforderlich sind. Gleichzeitig verdeutlichen sie: Eine Genossenschaft in sogenannten »Sozialen Brennpunkten« kann funktionieren. Durch ein bewohnernahes Trägermodell wird Identifikation, Selbsthilfe und Solidarität gefördert. ●

Rechtsformen

In der Reihe »Leitfaden Wirtschaft« ist der dritte Band: **Rechtsformen** (ehemals: Auf fremden Pfaden) erschienen, als Ergänzung zu den, bereits in den letzten beiden Ausgaben der CONTRASTE vorgestellten, Bänden: Grundlagen: Rechtsformen, Buchführung, Finanzierung und Betriebsorganisation & Management.

Ausführlich vorgestellt werden sowohl Personengesellschaften (GbR, OHG, KG, EWIV, Partnerschaft) als auch juristische Personen (GmbH und e.V.), aber auch weitere juristische Personen (Genossenschaft, AG, Stiftung) werden im Überblick, auf das wesentliche beschränkt, dargestellt.

Dieser Ratgeber bietet eine klare Übersicht über die o.g. Rechtsformen mitsamt den Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten.

Nützlich ist dieses Buch für Personen, welche einen Betrieb, Vereinigung oder einen Verband gemeinsam mit anderen führen oder es planen, also sowohl für Neugründer als auch für bestehende Unternehmen. Auch für Einzelunternehmer ist es informativ, weil gerade diese ja oft gezwungen sind, Geldgeber zur Finanzierung in die Firma aufzunehmen und sich genauestens über Mitpracherechte informieren müssen.

Ausführlicher als in Band 1 dieser Reihe wird nicht nur auf die wesentlichen Merkmale der Organisationsformen eingegangen, er liefert auch die allgemeinen Grundzüge der VertragsGestaltung (mit Musterverträgen). Auch Aspekte des Steuerrechts und auch des Konkursrechts werden angesprochen. Der Autor gibt Tips und Hinweise, welche Organisationsform für welches Unternehmen besser geeignet ist, welche ihrer Stärken und Schwächen zu bedenken sind. Vor- und Nachteile werden erklärt und gegenübergestellt und zeigen so die Möglichkeiten der Vertragspartner (anschaulicher als die betreffenden Gesetzestexte). Ein praxisorientiertes Handbuch, auch für Nicht-Experten.

Die Reihe Leitfaden Wirtschaft wird demnächst fortgesetzt mit den Themen: Fördermittel, Finanzierung, Steuerrecht (Band 4,5 und 6)●

Jürgen Arlt

Dr. Matthias Neuling: Leitfaden Wirtschaft 3 –Rechtsformen. Stattbuch Verlag GmbH, Berlin 223 Seiten, Format A5, DM 29,80 ISBN 3-922778-40-2

Verzeichnis von Arbeitsloseninitiativen

Das neue bundesweite Verzeichnis von Arbeitsloseninitiativen liegt vor. Es wurde wieder vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ e.V.) zusammengestellt und ist als Band 20 in der Reihe »Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen« der Stiftung MITARBEIT erschienen. Das neue Verzeichnis enthält nach Postleitzahlen sortiert ca. 795 Anschriften von Arbeitslosengruppen in Deutschland, die vom FALZ sowie vom Projektteam »Arbeitsloseninitiativen in den neuen Bundesländern« (ALIN) durchgeführt wurden.●

dp

FALZ e.V. (Hrsg.): Arbeitslosengruppen in Deutschland. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 1998, ca. 170 Seiten, ISBN 3-928053-61-2, 8 DM zzgl. Porto; zu beziehen bei der Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax (02 28) 604 24 22.

ATOM-Standort Dresden-Rossendorf

Rossendorf war der größte und dreckigste Atomstandort der DDR, und er liegt gerade mal 14 km von Dresdens Zentrum entfernt. Und dennoch wissen die wenigsten Menschen von Rossendorf. Trotz der Bemühungen des Arbeitskreises gegen Atomanlagen, der seit 1990 daran arbeitet, große und kleine Sauereien zu veröffentlichen. Daher haben sich auch nach und nach mehr Menschen an Demos und so beteiligt, aber viele oder gar genug sind es noch lange nicht.

Wir wollen Euch also Rossendorf mit einer Broschüre vorstellen und dabei möglichst alle Themengebiete umfassen, die wichtigen und die unwichtigen, die langweiligen und die interessanten. Und sie soll für jede/n verständlich sein, deshalb auch mal ein paar Erläuterungen zu Dingen, über die Profis vielleicht schon Bescheid wissen. Es ist schließlich das erste Mal, daß Rossendorf so zerpflückt wird.

Das Zentralinstitut für Kernforschung (ZfK) Rossendorf, das am 1.1.1956 zunächst als Zentralinstitut für Kernphysik (ebenfalls ZfK) gegründet wurde, war bis zum 31.12.1991 ein Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR. Anschließend wurden als Nachfolger die Vereine für Kernverfahrenstechnik und Analytik Rossendorf e.V. (VKTA) und das Forschungszentrum Rossendorf e.V. (FZR e.V.) gegründet, die untereinander Mitglieder sind. In Rossendorf wurde jedoch nicht nur »geforscht«, sondern es wurden in diversen nuklear-chemischen Anlagen in sehr großem Umfang radioaktive Isotope hergestellt; u. a. für den Export. Es wäre daher – zumindest in den letzten DDR-Jahren – angemessener gewesen, Rossendorf als »Nuklearchemische Fabrik mit Forschungsabteilung« zu bezeichnen. Ansonsten hoffen wir, keine Zutaten vergessen zu haben. Reingetan haben wir jedenfalls alles von Emissionen und Leukämie über die verschiedenen Bereiche mit ihren Anlagen bis hin zum Müll. Was wir von der ganzen Scheiße halten ist in einem extra Artikel zusammengefaßt.●

venceremos

Die Einzelausgabe kostet 2,50 DM. Außerhalb kommt noch das Porto dazu. Gegen finanzielle Unterstützung haben wir nichts einzuwenden. Meldet Euch, wenn Ihr die »ATOM-venceremos« bei Euch verkaufen wollt. Rabatte für WiederverkäuferInnen: 2 DM + Porto gegen Vorkasse.
Bestellanschrift: »ATOM-venceremos«, c/o INFO-Laden Dresden, Louisenstr.93, D-01099 Dresden
eMail: INFO_LADEN-Dresden@Link-DD.cl.sub.de

GRÜNE BRANCHENBÜCHER

Der Verlag »Das grüne Branchenbuch« (bisher AVI-Verlag) hat Ende 1998 die nun schon 4. Auflage des grünen Branchenbuches Schleswig-Holstein vorgelegt. Die Ausgabe 1999/2000 enthält über 4.000 Adressen von Anbietern ökologischer Produkte und Dienstleistungen in Schleswig-Holstein und soll den VerbraucherInnen, die umweltbewußt einkaufen möchten, Kenntnisse über die angebotenen Alternativen vermitteln.

Ergänzt wird das Branchenbuch durch den Herausgeber BUND mit Kurzinformationen und Tips zum Energiesparen, zur Ernährung, Verkehr & Reisen und Haus & Garten.

Die grünen Branchenbücher gibt es bisher für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (98/99) – eine Neuauflage ist für Oktober 1999 geplant, Niedersachsen/Bremen (97/98), Berlin (98/99). Ausgaben für die Bundesländer Hamburg und Hessen sind in Vorbereitung.●

dp

BUND (Hrsg.): Das grüne Branchenbuch – Schleswig-Holstein 1999/2000, Verlag das grüne Branchenbuch, Lasbeker Str. 9, D-22967 Tremsbüttel,
ISBN 3-932309-05-7, 6,90 DM

Leitfaden: Viele Sozialhilfe-Tips

Seit 1976 gibt die AG TuWas, eine Arbeitsgemeinschaft von Studierenden der Fachhochschule Frankfurt unter Leitung von Prof. Rainer Roth Sozialhilfeleitfäden heraus.

Auch der Ende 1998 neu erschienene Leitfaden der Sozialhilfe von A-Z gibt praxisnahe Antworten auf typische Probleme mit dem Sozialamt. 100 Stichworte erklären das Notwendige z.B. über Eheähnliche Gemeinschaft, Fernseher, Kraftfahrzeug, Miete, Unterhaltspflicht usw.

Die teilweise komplizierte Rechtslage leicht verständlich nachlesen zu können, ist besonders dann wertvoll, wenn sich SachbearbeiterInnen und Sozialämter nicht an das geltende Recht halten.

Der Leitfaden hat einen umfangreichen Adressenteil über Sozialhilfeinitiativen und Beratungsstellen in Deutschland und klärt nebenbei auch über Sozialhilfe für Reiche auf. Wie gut der Leitfaden ankommt, zeigt seine inzwischen auf 165.000 gestiegene Gesamtauflage.

Die AG TuWas bietet an, den Leitfaden zu abonnieren, da er jährlich aktualisiert und überarbeitet wird. Viele nutzen diesen Service schon. Man bekommt den preiswerten Ratgeber gegen Rechnung zugeschickt.

Der Leitfaden ist gegen Vorauszahlung von 8 DM in Form von Briefmarken oder Verrechnungsscheck an die AG TuWas, Kleiststr. 12, D-60318 Frankfurt zu beziehen (Versand inclusive).●

ub

Das Ende der lokalen Ökonomie im ländlichen Raum

Die Soziologin *Christa Müller* untersucht in ihrem Buch die Transformation der dörflichen lokalen Ökonomie im nordrhein-westfälischen Borgenteich in eine weltmarktorientierte, und welche Auswirkungen und Ursachen dieser Prozeß hatte. Müller ist Anhängerin der Subsistenztheorie, ihre Doktormutter ist *Veronika Bennholdt-Thomsen*, eine der drei bundesdeutschen Mitbegründerinnen dieses ökofeministischen Ansatzes.

Müller dimensioniert zuerst ihren theoretischen Rahmen, der hier vor allem auf dem Ansatz von Polanyi zur Einbettung und Entbettung von Ökonomien beruht. Sie kommt zum Schluß, daß auch heutige weltmarktorientierte Ökonomien nicht entbettet seien, sondern eben in die jeglicher sozialen Beziehungen enthobene Warenlogik eingebettet seien. Dann stellt sie ihr Untersuchungsobjekt vor: Die Bauern und Bäuerinnen und die Handwerker in Borgentreich, ihre Produktion, ihren Konsum und ihr Selbstverständnis. Die genannten praktizierten, so fand Müller durch Befragungen und Beobachtungen heraus, teilweise bis in die beginnenden 70er Jahre hinein eine stark auf soziale Beziehungen beruhende *Moral Economy*. Zwischen ihnen bestand eine hohe Kooperationsbereitschaft und das Handeln des/der Einzelnen orientierte sich am Wohle der Gemeinschaft, Wirtschaften fand auch fast ohne Geld statt. Im dritten Kapitel umreißt Müller die Veränderungen, die zum Zusammenbruch der lokalen Ökonomie Borgentreichs führten: die staatliche) Agrarpolitik verursacht das Höfesterben, standardisierte Massenprodukte ruinieren die teureren lokalen Handwerksbetriebe und importierte Lebensmittel den dörflichen Einzelhandel. Die noch vorhandene, in die sozialen Beziehungen der Wirtschaftenden eingelassene Subsistenzproduktion verliert immer mehr an Bedeutung.

Nach dem Niedergang der lokalen Ökonomie schildert Müller verschiedene Reaktionen von noch heute existierenden landwirtschaftlichen Betrieben. Während viele das »Wachsen oder weichen« hemmungslos mitmachen, versuchen wenige neue und andere Wege zu gehen. Landwirte, die Alternativen aufgebaut haben und weitersuchen, knüpfen dabei auch wieder an »alte«, wenn auch modernisierte und angepaßte Formen von Kooperationen an: Statt im eigenen Dorf arbeiten sie z.B. mit städtischen VerbraucherInnen zusammen. Zum Schluß stellt die Autorin das Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung und verschiedene konkrete Projekte aus der Region um Borgentreich vor. Der Band endet mit einem Exkurs zu »Sustainability und Wachstum« in dem Müller auf den Nachhaltigkeitsdiskurs eingeht.

Das Werk von Müller umreißt ein weites, fast zu weites Feld: Es reicht von neuerer sozialökonomischer Theorie bis zu neo-bäuerlicher Praxis, vom Landhandwerker bis zum Weltmarkt, von der Agrarpolitik bis zu kulturellen Traditionen der Nachkriegszeit. Die grundsätzliche zu begrüßende Weitläufigkeit und auch die Interdisziplinarität der Arbeit geraten manchesmal an ihre Grenzen. Die kulturelle und ökonomische Attraktivität des neuen, die lokale Ökonomie ablösenden Modells wird zwar konstatiert, und dies ist für die manchmal etwas dogmatische Subsistenztheorie schon ein gewagter Schritt; warum es aber so attraktiv war und ist, darauf geht Müller nicht ein. Warum tauschten die Menschen vor allem aus Lust und Überzeugung und weniger aus Zwang (den es auch gab), die beengenden Kontrollmechanismen des Dorfes, die Abhängigkeit von Verwandten, NachbarInnen etc., sobald sie die Möglichkeit dazu hatten, gerne gegen die Abhängigkeit von Gelderwerb und der Zuteilung von Gütern durch relativ anonyme Märkte? Angesichts dessen, daß bei Müller eine normative Sympathie für die kulturelle und ökonomische Praxis der (vergangenen) lokalen Ökonomie besteht, würde die weitergehende Diskussion dieser Frage auch politische Anhaltspunkte für die heutige Debatte geben. Dann würde sich zeigen, daß, wie Müller es auch anführt (S. 124), die Orientierung an sozialen Hierarchien eine wichtige Bedingung für den Erfolg der marktwirtschaftlichen Logik war, ergo die Verhältnisse im Dorf eben nicht so egalitär und freundschaftlich waren, wie es Müller zwischen den Zeilen immer mal wieder unterstellt.

Vor dem Hintergrund ihres theoretischen Ansatzes verbleibt sie gegenüber nachhaltiger Regionalentwicklung, wie der Nachhaltigkeit allgemein, erstaunlich unkritisch. Auf die Praxis und den theoretischen Diskurs zur Regionalentwicklung der letzten zwei Jahre geht sie nicht ein (was vermutlich am Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit liegen dürfte), gibt dazu also leider keine neuen kritischen Impulse.

Die Berichte ihrer InterviewpartnerInnen dienen vor allem der Illustration und der Untermauerung der theoretischen Aussagen des Bandes. So entsteht der – vielleicht falsche – Eindruck, es seien nur die passenden Zitate ausgewählt worden. Ihre inhaltlichen Aussagen sind auch für Dörfer in anderen Regionen Deutschlands zutreffend, wie der Rezensent anhand der eigenen Erinnerungen an die von Dorf und elterlicher Landwirtschaft geprägte Kindheit und aus Erzählungen anderer bestätigen kann.

Trotz aller Kritik ist das Buch einer der wenigen zeitgenössischen, wenn auch theoretischen Beiträge zu lokaler Ökonomie im Dorf, der von einer sozial-ökologisch motivierten Kapitalismuskritik ausgeht und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung große Bedeutung zumißt. Es zeigt eindringlich die Veränderungen der Lebensverhältnisse auf, denen das Dorf und der ländliche Raum unterworfen waren. Nicht zuletzt gibt es den betroffenen Menschen eine Stimme und Raum, ihre Erlebnisse und Urteile mitzuteilen.●

Bernd Hüttner

Christa Müller: Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf. Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung, Campus Verlag Frankfurt 1998, 232 S., 44 DM

Eine gute Zwischenmahlzeit von p.m.

Agbala dooo!

Während die Fans auf den dritten Teil des fünfbändigen Werkes »Die Schrecken des Jahres 1000« von *p.m.* warten (vgl. hierzu CONTRASTE Nr. 164, Mai 98), ist ein kleines Schmankerl für zwischendurch vom Zürcher Paranoia City Verlag, in dem schon vier Bücher von *p.m.* erschienen sind, herausgekommen. Der Titel »Agbala dooo« stammt aus der Yoruba-Sprache (Nigeria) und heißt: Die Kraft sei mit Dir!

Die SchweizerInnen mögen ja in einigen Dingen Weltruhm erlangt haben, aber daß sie auch die Geschichte der Menschheit vor etwa 200 Jahren in eine ganz andere – bessere – Bahn hätten lenken können, davon erzählt das neue Buch von p.m. Das p.m.'sche Lesevergnügen besteht in der Spekulation, was wäre, wenn an einem gewissen Punkt in der Geschichte alles anders gelaufen wäre.

Am Ende des 18. Jahrhunderts gelingt den Schweizern ein Attentat auf Napoleon I. und geben so der gesamten europäischen Geschichte einen ganz anderen Verlauf. Aber nicht nur in Europa, welches eh nur ein unwichtiger Teil – eben der westliche – des asiatischen Kontinents ist. Einer von Männern geprägten Revolution folgt eine zweite, die von Sufifrauen samt ihren ekstatischen Tänzen. Global bringen sie die Verhältnisse in Bewegung. Dieser zweiten Revolution ist es vor allem zu verdanken, daß eine unnötig auswuchernde Industrialisierung gestoppt wurde. Technik kann nicht nur der Möglichkeiten wegen entwickelt werden, sondern sie muß auch Sinn machen – im Gegensatz zu den meisten bisher entwickelten Errungenschaften.

Heute schreiben wir das Jahr 205 p.r. (post revolutionem), Kanua Igbono, ein Brückenbauer aus Lagos, ist per Fahrrad (einem »Rotaped«) durch das Helvetische Territorium Nr. 57 unterwegs. Die Erde ist inzwischen in 753 Territorien eingeteilt (Nr. 1=Portugal bis 753=Feuerland). Seine Abenteuer sind zahlreich und vielfach: »Offenbar war Westasien in das heitere Stadium einer Senilität eingetreten...« (S. 8). Auf seinem Weg nach Katmandu möchte er ein paar von dem Appenzeller Baumeister Hans Ulrich Grubenmann (1709-1783) errichtete Brücken besichtigen (z.B. die Schaffhausener Rheinbrükke). Hierbei trifft er auch die verschiedensten Menschen, die alle gastfreundlich sind. Sadistische Feinschmecker, Steinzeitsiedlungen, verschiedene Glaubensfanatiker, alte Männer die sinnlose Automaten bauen usw. Eine Parodie auf die bestehende Schweiz, und gleichzeitig sociafiction vom allerfeinsten. Und der Humor kommt auch nicht zu kurz: Wenn der Brückenbauer mit der Zahnärztin ein Techtelmechtel beginnt und beide konstatieren, daß der Brückenbau zu ihrem Beruf gehört. Die Schweiz als multikulturelles Ereignis. Sushi und Bratwurst, Indianer, Afrikaner, Sufis und Bayern Sie alle haben ihren Platz, der über die rein kulinarische Vielfältigkeit hinausgeht.

In Abwechslung mit »schweren« Sachbüchern, ist dieser Lesespaß eine willkommene Abwechslung. Man gönnt sich ja sonst nichts.●

Jochen Knoblauch

p.m.: Agbala dooo! Eine Reise durch das helvetische Territorium im Jahre 205 p.r, Parnoia City Verlag Zürich 1998, 128 S. 20,– DM

Es fehlt manchmal noch was im Leben

Zum 50. Jahrestag der Deportation ungarischer Frauen aus Budapest nach Ravensbrück kehren Jüdinnen zum ersten Mal zurück, die Stätten ihrer KZ-Haft und Zwangsarbeit zu besuchen. Sie sind eingeladen und treffen in Ravensbrück Frauen, die im Herbst 1944 mit ihnen die Donau entlanggetrieben wurden, bis nach Österreich, wo die Waggons nach Ravensbrück auf sie warteten.

Dort wurden sie selektiert – die Kräftigen unter ihnen wurden in die Rüstungsbetriebe abkommandiert, u.a. zu Daimler-Benz nach Genshagen. Mit den SS-Aufseherinnen aus Ravensbrück waren die Bedingungen bei Daimler-Benz wie im KZ. Ein ehemaliger Lehrling führt die Frauen über das Fabrikgelände und zeigt ihnen die Trümmer der zerstörten »Deutschlandhalle«, wo sie noch bis Anfang 1945 monatlich mehr als 1.000 Flugzeugmotoren montieren mußten.

Der Film endet mit der Schilderung der Evakuierung der Lagerinsassen durch die SS kurz vor Ende des Krieges. Auf diesem Todesmarsch gelang Edit Bán-Kiss und Agnes Bartha die Flucht. 50 Jahre danach findet Agnes das Haus wieder, in dem sie damals Unterschlupf fanden und wo Edit ihr das Leben rettete.

Der Film begleitet die Frauen auf ihrem Weg in schmerzliche Erinnerungen und beobachtet, wie in der Wiederbegegnung nach 50 Jahren lange verdrängte Bilder wiederkehren, wie traumatisierte Gefühle sich lösen und so von den Frauen ins Bewußtsein ihrer letzten Lebensjahre integriert werden können. Ihre Erinnerungen werden begleitet von Fotos und Dokumenten aus der Gedenkstätte Ravensbrück, dem Daimler-Benz-Archiv und gemalten Bildern über die grausame Realität von Deportation, KZ-Haft und Zwangsarbeit. Sie stammen aus dem Album »Deportation« von Edit Bán-Kiss, die sich 1966 das Leben nahm.●

ub

Es fehlt manchmal noch was im Leben. Helmut Bauer, BRD 1997, 43 Min., Verleih 50,– DM, Kaufkassette (V+Ö): 180,– DM. Bestellungen über: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, D-79100 Freiburg, Tel. (07 61) 70 97 57, Fax 70 17 96
Internet: www.freiburger-medienforum.de/medienwerkstatt

Dritte Welt-Handel

Der Bielefelder Laden im Dritte Welt Haus hat die 1992 erstmals erschienene Übersichtsbroschüre »entweder / oder – Die Lebensmittelprojekte des alternativen Dritte Welt Handels« neu aufgelegt.

Im Hauptteil des Heftes (auf kopierfähigen Vorlagen!) werden bekannte und weniger bekannte Lebensmittelprojekte porträtiert, im ersten Drittel werden aktuelle Entwicklungen im alternativen und fairen Handel dikutiert und die Importorganisationen der Weltläden vorgestellt.

Interessierte in den Weltläden – ob ehrenamtliche MitarbeiterInnen oder KundInnen – erhalten einen kompakten und informativen Überblick zum Stand des alternativen Dritte Welt Handels.●

dp

Bestellungen für das 64-seitige Heft im A4-Format zum Preis von 7 DM zzgl. Versandkosten über den Laden im Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, D-33602 Bielefeld, Tel. (05 21) 6 28 02, Fax 6 37 89. Für Mehrfachbestellungen gibt es Rabatte.

JOBS

Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, ein Betrieb in Selbstverwaltung, im Süden von München gelegen, sucht MitarbeiterIn für die digitale Druckvorstufe. Die Anforderungen an diese Stelle reichen vom selbstverständlichen Umgang mit den gängigen DTP-Programmen, über die Datenkonvertierung bis zum digitalen Ausschießen. Unsere technische Ausstattung: diverse Mac-Arbeitsplätze, Flachbettscanner, Belichtung bis 70x100cm (Signasetter), Linomontage. Wir freuen uns über viele Anfragen!
Kontakt: Ulenspiegel Druck, Besengassel 4, D-82346 Andechs
☎ (0 81 52) 81 26) Rainer oder Guido.

Team (2+2) sucht dringend (selbst-)bewußte u. einfühlsame Mitarbeiter für altersgemischte Kindergruppen zum gemeinsamen Leben & Lernen in der »Freien Alternativschule Güstrow«. Grundschule mit Orientierungsstufe/Sek I i.A. zu 02/99 u. 07/99.
Vor.: (mögl.) Lehramt f. Grund-/Sonderschule/od. Sek I.
Kontakt: FAS Güstrow, Waldweg 29, D-18273 Güstrow
☎ (0 38 43) 21 96 60, Fax 6 61 (D. Voß)

Raus aufs Land
Ab 8/99 für 1 Jahr nette Kinderfrau für unsere Kids (2+4J.) gesucht. Kunstschmiedebetrieb, Hobbytischlerei, Tiere, großer Selbstversorgergarten, Raum für eigenes Engagement.
Bei Interesse bitte melden bei G. u. R. Petau
☎ (0 55 35) 17 75 (Polle/Weser)

Interessierte Frau für selbstbestimmten Job in **Architekturbüro** gesucht. Vielfältige Arbeitsgebiete im Bereich Altbau, vom Entwurf bis Bauleitung alles möglich, freie Zeiteinteilung, auch Quereinsteigerinnen, ab sofort. Perspektivisch: Aufbau einer Basis-Architektur-Gruppe. Berlin; ☎ (0 30) 785 99 66

PROJEKTE

Das **Frauenkollektiv** »Giardineria Fondovilla« im sonnigen Südbünden sucht **Gärtnerin** in vielseitiger Bio-Blumen- & Gemüsegärtnerei.
Cooperativa Giardineria Fondovilla, CH-7742 Poschiavo
☎ 0041-81-844 14 33

Fidibus – Ökologische Dorfgemeinschaft e.V. plant in Südthüringen naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Erziehung, Bildung, Altenbetreuung und das, was du dir wünscht.
☎ (09 11) 33 02 58 und
(0 70 32) 8 20 79

Alter, sehr gr. **Bauernhof m. Gasthaus u. Garten** – 20 km Donau, 40 km Bodensee; Dorfmitte – sucht neuen Nutzer / Käufer.
Chiffre: 173

Landrausch will größer werden: 2w, 4m, 5k auf einem großen Hof 100 km nordwestlich v. BLN suchen Menschen (v.a. Frauen), die mit uns leben, den Hof gestalten und viell. auch gemeinsam Arbeitspersp. entwickeln wollen. Info:
☎ (03 39 73) 5 08 40, E-Mail: landrausch@aol.com

Tauschkreis »Gib und Nimm«; 1x monatlich Tauschanzeigen
Info: ☎ (0 72 61) 1 27 55
Buch: »Zeitenende oder Zeitenwende?«, 320 S., 12 DM / Thema: Endzeit.

Dringend: Winterplatz gesucht.
Die zwangsgeräumten Schönberg-WagenbürglerInnen, 6 Erwachsene und 3 Kinder, ziehen von Platz zu Platz, werden vertrieben von Platz zu Platz und brauchen dringend einen Winterplatz zum Verschnaufen. Wer weiß was?
☎ (07 61) 28 18 92

Wiesengrund am Stadtrand gesucht
ca. 2-3000 qm großes Wiesengrundstück, nicht im Landschaftsschutzgebiet, preisgünstig zu kaufen gesucht. Angebote werden vertraulich behandelt.
☎ (07 61) 28 18 92

BAND GESUCHT

Erf. **Schlagzeuger** sucht Band: am liebsten vielseitiger PUNK mit Ska-, Folk-, HC-, HipHop-, ... -Einflüssen, schwarz-roten Texten & Demotape! But anyway: Call ☎ (0 25 82) 65 93 18!
Wenns klappt, zieh ich um!

aLiVe assoziation Linker Verlage proudly presents:
Der neue aLiVe-Katalog *Herbst 1998*
92 lesenswerte Titel aus den Bereichen Internationalismus, Politische Theorie, Feminismus, Antifa, Romane und politische Kalender für 1999 ...
Katalog kostenlos anfordern bei:
aLiVe, Postfach 167, 63703 Aschaffenburg fon/fax: (06021) 15744

Zeitung für Linke
ak analyse und kritik
garantiert regierungsunabhängig
Jeden Monat neu
Probeexemplar oder gleich ein Abo: ak - Rombergstr.10 - 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

BEKENNEN SIE FARBE!
Rufen Sie uns an und bekennen Sie: Ich bin einE BürgerIn mit Zivilcourage! Dafür erhalten Sie kostenlos eine aufrechte *WAS LEFFT*. Tragen Sie diese immer sichtbar mit sich! Dadurch zeigen Sie Ihren Mitmenschen, wie engagiert Sie sind!
WAS LEFFT das nächste Jahrhundert
worte statt taten. aus erlangen.
Probeexemplar anfordern! bei *WAS LEFFT* e.V. Postfach 3543, 91023 Erlangen, Fax: 09131/205020 e-mail: was-lefft @ link-n.cl.sub.de
Besucht unsere Redaktionssitzungen, sonntags ab 21.00 Uhr, Erlangen, Feldstraße 22

neu → ehemalige Mitarbeiter der radikal
zum 13.06. dem Davor & Danach
Zu Bestellen über:
Informationsdienst Schleswig-Holstein
Kieler Str. 93
24534 Neumünster
52 seiten * 3 maak + porto * 52 seiten * 3 maak + porto * 52 seiten * 3 maak

nadir infoSystem
betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*
web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH
AKTUELL Meldungen und Hintergründe
PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften
ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart
INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Gewaltfreie Blockade des nächsten Castor-Transportes
Noch stehen die Castoren still - der Skandal um die verstrahlten Atommülltransportbehälter ist nicht vergessen. Damit dies so bleibt, und um den Druck für einen sofortigen Atomausstieg weiter zu erhöhen, kündigen wir schon heute an: Wir stellen uns quer! Zusammen mit X-tausend Menschen werden wir gewaltfrei aber entschlossen dem Castor im Weg sitzen - egal wann und wo er rollt.
ATOMKRAFT? NEIN DANKE
Mach mit!
X-tausendmal quer überall Herrlichkeit 1 - 27283 Verden
Tel: 0441/592 762 - Fax: 04231/957 565
Aktionskonto „X-tausendmal quer - überall" 24 42 28 03 Volksbank Clenze - BLZ 258 619 90

SCI Service Civil International, Blücherstr. 14, 53115 Bonn
Workcamps
Urlaub mit Engagement
Leben und Arbeiten in internationalen Gruppen
Freiwilligenarbeit in gemeinnützigen Projekten
Sommerprogramm mit 600 Camps in 60 Ländern! (5 DM)
fon: 0228-212086 sci-d@tronet.de home.tronet.de/sci-d

Ökosteuer, Schutzgebiete, Grünhelme ...:
Der moderne Umweltschutz kommt von oben!
Perspektiven
Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit
4-6mal jährlich.
Beiträge zur Theorie emanzipatorischer Umweltschutzarbeit, Praxis, Termine, Einmischung in die aktuelle Umweltschutzdebatte. Umweltschutz als Teil gesellschaftlicher Bewegung.
Abo (einschl. Beilage "Ö-Punkte"): 40 DM/Jahr. Aktuelle Ausgabe: 6 DM in Briefmarken.
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, **E-Mail**: a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, **Internet**: www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hkgw@vossnet.de, **Internet**: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail**: packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln**, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, **E-Mail**: h.weinhausen@link-k.de; **53119 Bonn, Redaktion Bonn**, Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, **E-Mail**: vzs5ek@uni-bonn.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland**, **AKTION 3. Welt Saar**, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: P.STREIFF@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, **E-Mail**: k.regenauer@link-n.cl.sub.de, **Internet**: http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung**: **27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch**, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, **E-Mail**: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik**: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe**: **49504 Lotte-Halen**, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, **E-Mail**: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **10777 Berlin**, Elisabeth Voß, Berlin **E-Mail**: elisv10777@aol.com

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de
oder CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

LESERBRIEF

Betr.: Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft in CONTRASTE Nr. 172

Hallo!
Bei der Kritik am Existenzgeld geht es nicht um ein »politisches Reinheitsgebot«, sondern um einen unterschiedlichen politischen Zweck. Wer begriffen hat, das Staat und Kapital nichts taugen, daß es gar nicht der Zweck des Staates ist, für den Unterhalt seiner Bürger aufzukommen, und das dafür noch nicht einmal das Staatspersonal persönlich verantwortlich zu machen ist, wird nicht auf die Idee kommen eben dies zu fordern.
Igendsowas wie Markt mit Existenzsicherung müssen übrigens auch die DDR-Politiker im Kopf gehabt haben, die stolz auf die Sozialleistungen ihres sozialistischen Staates, aber neidig auf den Markt im Westen waren, den sie künstlich zu immitieren versuchten.
Ich hätte natürlich nichts dagegen, vom Staat Geld zu bekommen, und es würde mir auch gar nichts ausmachen, daß damit die Macht des Gewaltmittels Geld beschädigt würde. Allein mir fehlt der Glaube.
Grüsse, Carlo

iz3w
Themenschwerpunkte 1999:
- Turbulenzen im Weltmarkt
- Neoliberalismus, was nun?
- Global Cities
- Gesellschaft und Alter
- Das Jahrhundert der Lager
- KulturIndustriePolitik
- 2000 Reisen – Reisen 2000
- Politik sexueller Identitäten

Einzelheft DM 8,– ▸ Abo DM 60,– erhältlich im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder direkt beim
iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: http://www.rolf.de/iz3w
✂
☐ ich bestelle ein Probeexemplar
Name
PLZ/Ort
Straße
Unterschrift
Datum
iz3w ▸ Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

Monat für Monat neu ...
✘ Fotos
✘ Berichte
✘ Analysen
✘ Meinungen
✘ Diskussionen
✘ Hintergründe
... für fünf Marken
zu bestellen:
aaa-Vertrieb
Helgenstockstr. 15
35 394 Giessen
0 64 1 - 49 13 90
(Rabatt für Wiederverkauf)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

KONGRESS

»Anders arbeiten – oder gar nicht?!« Politische und rechtliche Rahmenbedingungen selbstbestimmter Arbeitsformen jenseits von Markt und Staat
Vom 23.4. bis 25.4.99 findet der Koñgreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« in Berlin statt. Unter der Perspektive Alternativentwürfe von Arbeit sollen die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert werden, die für eine forcierte Entwicklung des »Dritten Sektors« notwendig sind und Forderungen an die Politik erhoben werden. Geplant sind u.a. Arbeitsgruppen zu den Themen: Selbstorganisation/Selbstverwaltung; Reformen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Sozialgenossenschaften, Tauschringe, lokale Foren / lokale Partnerschaften, Existenzgeld und Gender.
Informationen und Anmeldung:
Netzwerk Selbsthilfe, Kongreßbüro, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,
Tel. (0 30) 695 98 306, Fax: 691 30 05
E-Mail: netzwerk-kongress@t-online.de

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 9.-11.4.99,
11.-13.6.99, 27.-29.8.99, 1.-3.10.99

Los geht's: Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Mit diesem Motto lädt die Kommune Niederkaufungen zu Pfingsten (20.-24.5.99) Menschen ein mit der Idee, neue Gemeinschaftsprojekte zu gründen. Utopien können ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen helfen dabei mit Rat und Tat. Zur Unterstützung der Veranstaltung werden auch SpenderInnen und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage 1999
Themen:
- Ausbildung/Weiterbildung
- Finanzierung/Eigenkapital
- Selbstverwaltung
- Umweltbewußtes Produzieren/ Öko-Audit
- Digitale Druckvorstufe

Termin: 21.-24.5.99, Andechs
Information & Anmeldung:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, Besengassl 4, D-82346 Andechs
☎(0 81 52) 33 66, Fax 53 52

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 26.-28.3.99, Hausen (Schwarzwald)
Die inneren Fesseln sprengen
Visions-/Entscheidungsfindung, Konfliktlösung, Aufarbeitung von Kindheitserfahrungen
Ort: Delphin-Gemeinschaft, Hausen
Termin: 5.-7.3.99

Vorankündigung: Zu den Ökodorf-Festivals 97/98 gab es motivierende Feedbacks & Wünsche, solche Begegnungen von Gemeinschaften & InteressentInnen häufiger stattfinden zu lassen. Deshalb organisieren wir **1999 zwei Ökodorf-Festivals**: Pfingsten 1999 (22.-29.5.) in einer Gemeinschaft am Bodensee, 6.-12.8. in einer Gemeinschaft bei Mainz, beide Gemeinschaften mit je 20jähriger Erfahrung.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

NEUE ARBEIT

Reformperspektiven der Bürgergesellschaft – Die Zukunft des Sozialen
Die Rezepte von gestern taugen für heute nicht mehr. Weniger Menschen werden in Zukunft mehr erwirtschaften, als dies historisch jemals der Fall war. Die Idee der sozialen Bürgergesellschaft zeigt Chancen und Potentiale, um die Struktur der alten Arbeitsgesellschaft grundlegend zu verändern. Ist das Leitbild einer »aktiven Bürgergesellschaft« eine Antwort auf die Krisenerscheinungen der Zeit, auf die Arbeitslosigkeit und die Krise des Sozialen?
Der Referent *Warnfried Dettling* fordert in seinem neuen Buch »WirtschaftsKummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle« den Ausbau eines eigenständigen Dritten Sektors jenseits von Markt und Staat. Er entwirft ein Szenario der Hoffnung: Arbeit, Familie und Sozialstaat sind nicht am Ende. Sein Konzept schlägt neue Wege sinnvoller Arbeit und eine neue Balance von Familie und Beruf vor.
Termin: 10.3.99, 14-18.30 Uhr (Frankfurt/M.)
Information:
UJP-Regionalbüro Hessen, c/o ISO, Baumweg 10, D-60316 Frankfurt
☎(0 69) 44 30 14, Fax 405 95 95

LOKALE ÖKONOMIE

Das 3. System im lokalen Kontext
Die Werkstatt gGmbH in Heidelberg lädt am 12.3.99 zu einem Tagesseminar nach Heidelberg zum Thema »Das 3. System im lokalen Kontext: Ein sozial- und wirtschaftspolitischer Beitrag für die nachhaltige Stadtentwicklung« ein. Dr. Günther Lorenz, TU Berlin spricht zum Konzept des 3. Systems in der europäischen Beschäftigungspolitik; Dr. Hans Diefenbacher (FEST Heidelberg) stellt Ansätze nachhaltiger Wirtschafts-und Beschäftigungsentwicklung im regionalen Bereich dar. Lothar Binding (SPD MdB) stellt die bundespolitischen und kommunalpolitischen Rahmenbedingungen zur Entwicklung des 3. Systems und die notwendigen Veränderungen vor.
Daneben werden praktische Projektideen für die Arbeit auf kommunaler Ebene vorgestellt, wie z.B. Tauschringe, Bürger- und Selbsthilfebüros, Neue Formen der Finanzierung, Verknüpfung zwischen Selbsthilfearbeit und Erwerbsarbeit usw.
Das Seminar ist Bestandteil des »Pilotprojektes 3. System und Beschäftigung«, gefördert durch die Generaldirektion V der Europäischen Kommission.
Anmeldung und Information:
Die Werkstatt gGmbH, Postfach 10 23 25, D-69113 Heidelberg
☎(0 62 21) 8 35 30, Fax 83 53 85
http://www.werkstatt-spielart.de

KRISE

Krisenprozeß und Krisenreaktionen
- Krisenaufschub und Krisenverschärfung: Das fiktive Kapital und seine zentrale Rolle im gegenwärtigen Krisenprozeß (Robert Kurz)
- Die barbarische Auflösung des Staates: Zum Verhältnis von Staat- und Bandenherrschaft (Gerhard Scheit)
- Zwischen Selbstzerstörung und Verschwörungstheorie: Die wahnhaften Reaktionen der Warensubjekte auf die Krise ihres Zusammenhangs (Robert Bösch)
- Das neue Simulationsmodell: Sozialdemokratische Krisenverwaltung (Ernst Lohoff)
- Politisches Marodieren: Die Haider-Bewegung und ihr exemplarischer Charakter (Franz Schandl)

Termin: 26. bis 28.3.1999,
Linsengericht/Frankfurt a.M.
Information & Anmeldung:
Förderverein Krisis e.V., Postfach 2111, 91011 Erlangen
☎(09 11) 70 56 28

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die tödlichen Grenzen der Freiheit (West)
Von der Waffe im kalten Krieg zur Bedrohung Deutschlands.
Eine kleine Chronologie des Asylrechts: Wie und warum es entstanden ist, wofür es gebraucht und benutzt wurde, warum es noch nie für die Flüchtlinge gedacht war, warum die deutsche Politik in den 70er und 80er Jahren massenhaften Mißbrauch festgestellt hat und wie man abschafft, was ins neue Großdeutschland nicht paßt.
»Give me your tired, your poor, your huddled masses«
Warum lächelt die Freiheitsstatue so huldvoll, und das Herrmannsdenkmal nicht? Deutsche und US-amerikanische Einwanderungspolitik im Vergleich: Besser oder das Gleiche, nur anders?
Ein Volk steht auf – ein Staat macht mit
Wie rassistisch sind die Deutschen? Was ist der Zusammenhang von Staatskalkül und fanatisiertem Mob? Was heißt das für antirassistische Arbeit: Aufklärung, Sozialpsychologie und/oder Deutschland abschaffen? Erwünschter und unerwünschter Antifaschismus oder: Sind Antifas die Feuerwehr für das liberale Image des Rechtsnachfolgers des Dritten Reichs?
Feindbild Flüchtling
Wie entsteht das Bild vom faulen, dealenden und schmutzig-bedrohlichen Flüchtling? Was tut der Staat dazu? Wie wichtig ist es für den Seelenhaushalt der NormalbügerInnen? Was tun Flüchtlinge gegen ihre Marginalisierung?
Deutsche Lehren aus Rostock & Co
Neonazis – ein einziger Werteverfall. Fluchtursachen – bekämpft die Bundeswehr in den Herkunftsländern. Ausländer – wer nützlich ist, bestimmt die Regierung. Der Rest geht besser. Rassismus – rechts von den regierenden Demokraten darf kein Platz bleiben.
Wenn in New York eine Scheibe zerbricht...
Flüchtlings- und Sicherheitspolitik: Die Flüchtlingspolitik als Testfeld für die anderen Sauereien der mittleren und späten 90er Jahre. Und über das Lebensgefühl, daß irgendwas immer mehr zunimmt und was politisch damit gemacht wird.
Termin: 19.-21.3.99
Information & Anmeldung:
Junge Linke, Borriesstr. 28,
D-30519 Hannover
☎(05 11) 838 62 26, Fax 838 60 11
E-Mail:
junge-linke@oln.comlink.apc.org

FRAUEN

LUDWIG-QUIDDE-FORUM

Rhetorik für Frauen
Reden, quatschen, sprechen: das alles ist ganz einfach, wenn wir uns sicher fühlen. Dann können wir genau das mit Sprache verständlich machen, was wir sagen wollen. Doch dann sind da noch die Situationen, die wir alle kennen: Wir fühlen uns unwohl, sind aufgeregt und schon fangen wir an zu stottern, die Hände schwitzen, ... Das muß nicht sein!
Bei diesem Rhetorik-Seminar für Frauen wollen wir gemeinsam Techniken ausprobieren und diskutieren, die uns in unangenehmen Sprechsituationen das reden erleichtern. Alle Übungen werden mit der Videoanlage aufgenommen und ausgewertet.
Gleichzeitig wollen wir gemeinsam die Zusammenhänge von Macht und Sprache erarbeiten. Patriarchat, das bedeutet auch Macht von Männern, indem sie Frauen überdurchschnittlich oft unterbrechen, indem sich Männer immer nur auf Männer beziehen und so ihre Redebeiträge wichtig nehmen und aufwerten...
Termin: 12.-14.3.99, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
Ludwig Quidde Forum, Kiler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 45 50 54, Fax 45 11 23
E-Mail: lqf@aol.com

FRAUENNETZWERK KIEL

Frauen – Arbeit – Beratung. Beratung in der sich verändernden Arbeitswelt von Frauen
Vorträge, Workshops, Informationen – Fachtagung.
Termin: 25.3.99, 9 bis 18 Uhr, Haus des Sports, Winterbeker Weg 49, Kiel.
Kontakt:
Frauennetzwerk zur Arbeitssituation Kiel e.V.
☎(04 31) 67 88 30, Fax 66 52 06

raDikal reisen

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen-Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschrenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an auch andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.
Israel: Tel Aviv und Jerusalem
18.-28.7.99
Israel und die Gründung eines palästinensischen Staates

USA: San Francisco
14.-28.8.99
»Queer-Theorie«

USA: New York & Vermont
14.-29.8.99
Zero Toleranz – Kriminalitätsbekämpfung und Innere Toleranz

Jugoslawien: Belgrad
12 Tage im September 1999

Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.
Information:
Jungdemokratinnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

MEDIENARBEIT

Die eigene Hompage texten
Der eigene Verein, Verband, Ortsverein ist bereits im Internet – jetzt geht es darum, regelmäßig ein aktuelles Angebot zu texten. Dazu sind keine Programmierkenntnisse nötig – »Word97« genügt! Ideen und Know-How für die inhaltliche Ausgestaltung gibt es auf diesem Seminar.
Termin: 19.3.99
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@link-m.de

FRAUEN-COMPUTER-SCHULE

Internet für Einsteigerinnen
Aus der Bürokommunikation sind sie nicht mehr wegzudenken: die elektronische Post (E-Mail) und der Anschluß ans Internet, das »Netz der Netze«. Was bedeuten »World Wide Web«, was »ftp«, »chat« und »news«? Wer nutzt E-Mail, und wozu brauche ich eine E-Mail-Adresse? Wie ist das Internet entstanden, und wohin geht die Reise? Am PC probieren wir das »Netsurfing« aus.
Termine: 23.3. und 25.3. (jeweils 9-12 Uhr), 17.4.99 (10-17 Uhr)

Internet mit Zeit & Muße
Sie sind noch oder nicht (mehr) berufstätig und wollen mehr wissen über das Internet? Im Internet finden Sie Informationen und Gleichgesinnte zu Ihrem persönlichen Interessensgebiet, mit denen Sie sich austauschen können.
Auf diesem Seminar lernen Sie das Internet kennen, surfen im »World Wide Web« und verfassen einen elektronischen Brief (E-Mail).
Termin: 8. bis 10.3.99 (jeweils 9-12 Uhr).

Professionelle Online-Recherche
Das Internet und seine Datenbanken bieten das Wissen der Welt – wenn frau sich erst einmal zurechtgefunden hat. Der Zugang zum Internet ist da – wie finde ich, was ich suche? Welche Fachdatenbanken bietet das Internet, und welche Hilfen (»Suchmaschinen«) gibt es hier? Das Seminar ist gedacht für Anwenderinnen, die bereits über Grundkenntnisse der Online-Welt verfügen. In kleinen Gruppen am PC recherchieren wir online zu Fachthemen nach Ihren Wünschen.
Termine: 16.3., 21.4.99
(jeweils 18-21 Uhr)
Anmeldung & Information:
Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fcs-m@link-m.de
Bei dieser Anschrift gibt es auch das ausführliche Kursprogramm.

SOMMERCAMP

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info:
@-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, Fax 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

TRAINING

Anleitung zum Mächtigsein
Training für OrganisatorInnen in Sozialen Bewegungen
Themenschwerpunkte und Arbeitsweise: Aufbau von Organisationen, Gruppen und Teams, Planung von Kampagnen und Projekten, Gestaltung von Analyse- und Ziel- und Strategieentwicklungsprozessen, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Entscheidungsfindung und Konfliktbearbeitung in Gruppen und Bündnissen u.a.m. Die projektorientierte Anlage des Trainings ermöglicht eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis.
Zielgruppen: Freiwillige, ehren- und hauptamtlich Engagierte aus Koordinationsbüros, Projektgruppen und Initiativen aus dem Feld der Neuen Sozialen Bewegungen, Mitglieder von Selbsthilfegruppen mit politischem Selbstverständnis. Das Seminar ist als Bildungsurlaub anerkannt.
Zeit und Ort:
1. Block: 1.-7. Mai 1999
2. Block: 3.-6. Juni 1999
Information & Anmeldung:
Ein ausführlicher Prospekt ist beim Veranstalter erhältlich: UMBRUCH, Bildungswerk für gewaltfreie Veränderung, Scharnhorststr. 6, D-50733 Köln
☎(02 21) 760 99 14, Fax 765 889

VERKEHR

Lebenslust statt Autofrust
Vom **13. bis 16. Mai 1999** treffen sich die Aktiven im Verkehrsbereich zu ihrem Bundeskongreß im Kölner Bürgerzentrum »Alte Feuerwache«. Die erwarteten 400 TeilnehmerInnen werden auf diesem Arbeits-und Aktionstreffen zu der Themenvielfalt im Verkehrsbereich (über 20 Arbeitsgruppen vom Fußgänger bis zum Flugverkehr) informieren, diskutieren und Aktionen planen. Schwerpunkte sind diesmal die Verkehrspolitik der neuen Bundesregierung und der EU. Spaß und Kultur im vielfältigen Rahmenprogramm werden nicht zu kurz kommen.
Information & Anmeldung:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20,
D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.